

Das Parlament

Berlin, Montag 26. März 2018

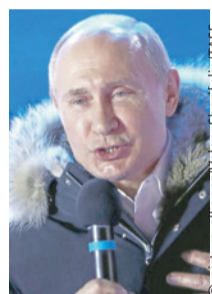
www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 13-14 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Starker Mann im Kreml

Wladimir Putin Dass der russische Präsident erneut wiedergewählt würde, daran konnte schon vor dem Wahltag am 18. März kein Zweifel bestehen. Das Rekordergebnis von 77 Prozent aber überraschte dann doch. Erstmals hat mehr die Hälfte der Wahlberechtigten Wladimir Putin ihre Stimme gegeben; der Aufruf zum Wahlboykott von Kreml-Kritiker Alexej Nawalny – der selbst nicht kandidieren durfte –, der Giftgas-Skandal um Doppelspion Sergej Skripal und mutmaßliche Wahlmanipulationen dürften ihm geholfen haben. Die Bundesregierung reagierte verhalten. Man werde bald über die Meinungsverschiedenheiten zu sprechen haben, hieß es mit Blick auf die Lage in Syrien und der Ukraine. Zeit ist genug: Bis 2024 bleibt Putin der starke Mann im Kreml. (siehe Seite 9) joh



ZAHL DER WOCHE

618 Millionen

Euro fallen die deutschen Exporte im Monat als Folge der 2014 verhängten Sanktionen gegen Russland niedriger aus. Dies hat das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) ermittelt. Die deutsche Wirtschaft erleidet laut IfW mit 40 Prozent im Westen mit Abstand die größten Exportverluste.

ZITAT DER WOCHE

»Wir müssen aus der Sprachlosigkeit heraus.«

Wolfgang Kubicki, stellvertretender Vorsitzender der FDP und Bundestagsvizepräsident, zu einer Lockerung der Sanktionen gegen Russland

IN DIESER WOCHE

- INNENPOLITIK**
Gesundheit Die Pläne des neuen Ministers Jens Spahn (CDU) Seite 4
- WIRTSCHAFT UND FINANZEN**
Finanzen Minister Olaf Scholz (SPD) präsentiert seine Vorhaben Seite 6
- EUROPA UND DIE WELT**
Verteidigung Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) und die Bundeswehr Seite 11
- KEHRSEITE**
Bundestag Die Parlamentarische Versammlung der OSZE in Berlin Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Gegen die Spaltung

REGIERUNGSERKLÄRUNG Selbstkritisch blickt Merkel zurück und appelliert an den Zusammenhalt

Was vom Charakter ihrer Kanzlerschaft bleibt, das fragte sich nicht nur Christian Lindner, der FDP-Vorsitzende. Nein, das fragte sich ganz offensichtlich am vergangenen Mittwoch auch die Kanzlerin selbst. Und da sie weiß, dass die nun angebrochenen vermutlich letzten Jahre als Kanzlerin für den historischen Gesamteindruck, für ihr politisches Vermächtnis, eine wichtige Rolle spielen werden, zeigte sie sich ungewohnt offensiv und selbstkritisch und präsentierte eine Regierungserklärung, die so manche nachfolgende Rede dahinter verblasen ließ. Der Wind war ihren Kritikern doch etwas aus den Segeln genommen, wie es schien. Aber zum Glück gab es ja noch die aktuellen Debatten um Hartz IV und die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre, angestoßen von den Ministern Jens Spahn (CDU) und Horst Seehofer (CSU), so dass sich Kritik für die Oppositionsfractionen auf jeden Fall lohnte. Zumal ihnen Angela Merkel dafür doch noch eine Steilvorlage lieferte, indem sie die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts als die entscheidende zentrale innenpolitische Herausforderung bezeichnete. Diesen Zusammenhalt sieht Merkel seit der Flüchtlingskrise von 2015 bröckeln. Nicht verwunderlich also, dass sie auf das Thema noch einmal ausführlich und gleich zu Beginn ihrer Rede einging. „Obwohl es Deutschland wirtschaftlich so gut geht, wie lange nicht, machen sich die Menschen Sorgen, ist der Ton der Auseinandersetzung rauer geworden. Die Debatte über die Flüchtlinge hat unser Land gespalten. So sehr, dass ein eigentlich banaler Satz zum Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung werden konnte.“ Merkel spielte damit auf ihre eigene „Wir-schaffen-das-Auflösung“ an, die vielfach als realitätsfremd kritisiert worden war. Selbstkritisch räumte sie ein, der Westen habe die humanitäre Katastrophe in den Flüchtlingslagern Libanons zu spät erkannt und gehofft, „dass uns diese Entwicklungen nicht tangieren werden“. Dies habe die große Zahl an Flüchtlingen provoziert. Es dürfe deshalb nie wieder passieren, dass die UN-Hilfsprogramme so dramatisch unterfinanziert werden, wie es 2015 der Fall gewesen sei. Hilfe müsse künftig gezielt vor Ort geleistet und Fluchtursachen bekämpft werden, so Merkel. Dennoch könne Deutschland stolz darauf sein, diese „unglaubliche Bewährungsprobe“ aller Schwierigkeiten zum Trotz bestanden zu haben. Merkel distanzierte sich also keineswegs von ihrem „banalen“ Satz, machte aber genauso deutlich klar, dass sich eine solche Ausnahmesituation nicht wiederholen dürfe.



„Wir haben die Botschaft der Wähler verstanden“: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vergangene Woche im Bundestag

© picture-alliance/Wolfgang Kumm/dpa

mit fremden Menschen zu teilen.“ Merks Verständnis von gesellschaftlichem Zusammenhalt ist, das betonte sie mit Nachdruck, freilich ein ganz anderes, weil es sich nicht darüber definiert, wen man davon ausgrenzt. Wie schon 2015 machte sie unmissverständlich klar, dass Deutschland auch künftig ein weltoffenes Land bleiben solle, nicht zuletzt, weil es wirtschaftlich davon profitiere. In diesem Zusammenhang untermauerte Merkel noch einmal ihr Bekenntnis zur Europäischen Union: „Unsere Zukunft liegt im Zusammenhalt Europas und nicht in nationalen Egoismen.“ Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) pflichtete ihr bei: „Europa ist für uns wichtig, um deutsche Interessen in der Welt zu vertreten. Alleine schaffen wir das nicht.“

»Kinderarmut in einem so reichen Land wie Deutschland ist eine Schande.«

Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin

Bekenntnis am Ende Am Ende der Legislaturperiode werde sich ihre Regierung daran messen lassen müssen, ob dieser Zusammenhalt gestärkt worden sei, sagte Merkel. Sie verwies auf die laut Koalitionsvertrag geplanten Entlastungen für Familien. „Kinderarmut in einem reichen Land wie Deutschland ist eine Schande“, sagte die Bundeskanzlerin. Sie hob weiter die Milliardenförderung des Bundes für den sozialen Wohnungsbau und die Investitionsoffensive für die Schulen hervor. „Herkunft darf den Erfolg in der Schule

nicht bestimmen.“ Andrea Nahles, Fraktionsvorsitzende der SPD, ging noch einen Schritt weiter, bezeichnete die Frage bezahlbaren Wohnraums als „die soziale Frage des 21. Jahrhunderts“. Darauf biete der Koalitionsvertrag zahlreiche Antworten, so Nahles. Für Dietmar Bartsch, Fraktionschef der Linken, klang das nach „Lyrik ohne Schwung“. Er kritisierte, dass sich seit Einführung von Hartz IV die Kinderarmut verdoppelt habe und 2,7 Millionen Kinder arm oder von Armut bedroht seien. „Und da frage ich mich natürlich auch: Wer hat denn in den letzten Jahren Regierungsverantwortung getragen? Irgendwer ist doch dafür zuständig, dass wir dahin gekommen sind.“ Die Debatte um Hartz-IV-Leistungen, die nach Ansicht von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) kein Zeichen von Armut, sondern nur eine Reaktion darauf seien, nannte FDP-Chef Lindner wichtig. Hartz IV sichere das Existenzminimum, womit jedoch niemand zufrieden sein könne, so Lindner. Die Regierung solle den Impuls von Jens Spahn aufnehmen und den „aktivierenden Sozialstaat neu ausgestalten“. Jede Stunde zusätzlicher Arbeit müsse sich für einen Hartz-IV-Empfänger wirklich lohnen, forderte er. „Was wir nicht brauchen, ist ein Gesundheitsminister, der glaubt, seine Karriere auf dem Rücken der Schwächsten aufbauen zu

können.“ So klang eine andere Antwort, nämlich die von Anton Hofreiter, dem Fraktionschef der Grünen. Er verlangte von Merkel gar die Entlassung von Spahn und Innenminister Seehofer. Das wäre eine konsequente Antwort, wenn die Bundeskanzlerin ihr Versprechen vom Zusammenhalt ernst meine, sagte er.

»Wir brauchen ein wirklich weltoffenes, modernes Einwanderungsgesetz.«

Christian Lindner (FDP), Fraktionsvorsitzender

Miteinander der Religionen Merkel hatte da allerdings schon ihre eigene Antwort gefunden. „Es ist völlig klar, dass die historische Prägung unseres Landes eine christlich-jüdische ist.“ Dennoch sei auch der Islam inzwischen ein Teil Deutschlands geworden, widersprach sie Seehofer. „Ich weiß, dass viele Menschen ein Problem haben, diesen Gedanken anzunehmen. Das ist ihr gutes Recht“, betonte sie. „Doch als Bundesregierung haben wir eine übergeordnete Aufgabe, nämlich die Diskussionen so zu führen, dass am Ende durch konkrete Entscheidungen der Zusammenhalt aller, die dauerhaft in Deutschland leben, größer und nicht kleiner wird.“ Das war zwar eine deutliche Ansage. Auf dem Weg dorthin muss Merkel jedoch zu nächst innerhalb der Großen Koalition noch einige Überzeugungsarbeit leisten oder aber ihre Richtlinienkompetenz nutzen. Denn sowohl Bundesinnenminister Seehofer als auch sein Parteikollege Alexander Dobrindt, Chef der CSU-Landesgruppe in Berlin, machten vergangene Woche noch einmal deutlich, dass für sie der Islam keineswegs ein Teil Deutschlands sei. FDP-Chef Christian Lindner fragte dann auch leicht genevrt: „Wem nützt diese Uneinigkeit? Was soll aus der Debatte folgen für die Millionen Muslime, die seit Jahrzehnten in unserem Land leben?“ Er forderte „ein wirklich weltoffenes Einwanderungsgesetz und eine Integrationspolitik, die Religionen nicht gegeneinander ausspielt, sondern die republikanischen Werte des Grundgesetzes ins Zentrum stellt“. Nach Ansicht von Dietmar Bartsch ist es nicht der Islam, der nicht zu Deutschland gehört, sondern „Rassismus, Ausgrenzung und Menschenhass“. Dies zu betonen, wäre eigentlich Aufgabe eines Innenministers, sagte er.

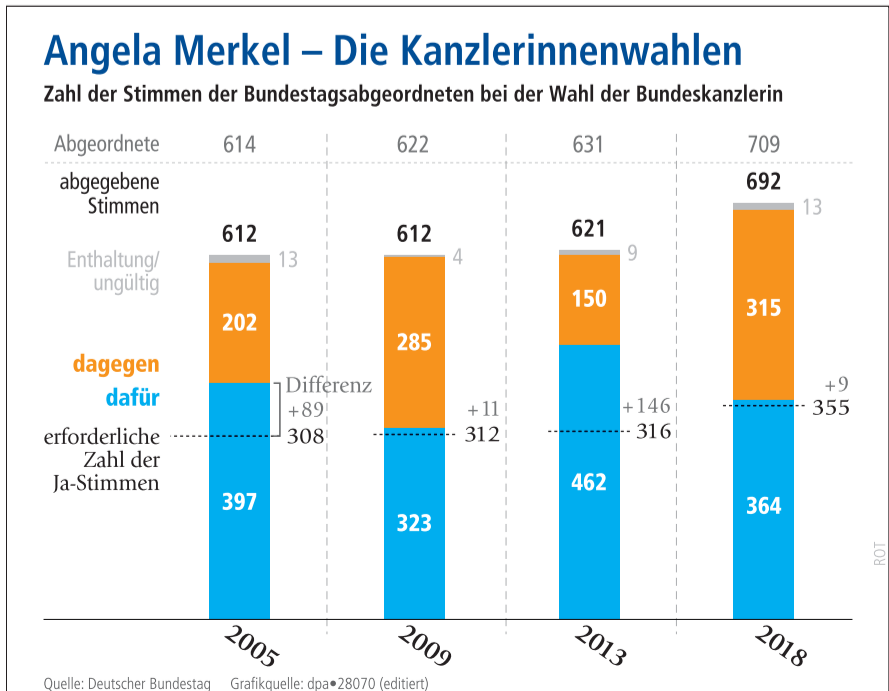
EDITORIAL

Lebendiger Start

VON JÖRG BIALLAS

Und wieder ein Startschuss für eine Große Koalition: Mit der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat die 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages in der vergangenen Woche Fahrt aufgenommen. Endlich, seufzen viele, endlich fügt sich das Politgeschäft ein halbes Jahr nach der Wahl wieder in geregelte parlamentarische Abläufe. Nach einer langwierigen, schwierigen Regierungsbildung ist die politische Struktur nunmehr geklärt. Zumindest formal. Denn mit neuerdings vier Oppositionsparteien sehr unterschiedlicher Couleur sind die praktischen Folgen des theoretischen Machtverhältnisses im Bundestag schwer kalkulierbar. Eines hat sich bereits in den ersten Wochen dieser Legislaturperiode abgezeichnet: Im Parlament geht es lebendiger zu. Das hat zu tun mit der Empörung über einzelne Auftritte von Abgeordneten aus der AfD-Fraktion, die zu ebenso bemerkenswerten wie notwendigen Debatten über angemessenes parlamentarisches Verhalten führten. Aber auch das neue Kräfteverhältnis zwischen Koalition und Opposition wird dazu beitragen, der Regierung fortan selbstbewusster zu begegnen. Bleibt zu hoffen, dass die kommenden dreieinhalb Jahre nicht wieder von außenpolitischen Kümmernissen, Krisen und Katastrophen bestimmt werden. Die Annexion der Krim, der Brexit, die Situation in Erdogans Türkei, die Wahl Trumps zum US-Präsidenten, eine internationale Terrorwelle, vor allem aber die Flüchtlingskrise haben die Agenda der vorhergegangenen Legislaturperiode unerwartet diktiert. Natürlich muss die deutsche Politik auf solche Ereignisse reagieren. Bei vielen Wählern ist aber das Gefühl entstanden, ihre eigenen Sorgen und Nöte verlören angesichts der globalen Herausforderungen an Relevanz. Diesen Eindruck auszuräumen, wird die vorrangige Aufgabe der kommenden Jahre sein. An entsprechenden Bekenntnissen von Vertretern der Parteien mangelt es nicht. Jetzt wird es also darauf ankommen, die Protest- und Nichtwähler zu erreichen, sie mit Argumenten und Taten vom hohen Gut Demokratie zu überzeugen. Darüber hinaus lautet die Botschaft an alle, die in extreme Bewegungen flüchten: Diese Demokratie ist stark genug, um mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen radikale Organisationen aller Art effektiv vorzugehen.

sagte Merkel. Sie verwies auf die laut Koalitionsvertrag geplanten Entlastungen für Familien. „Kinderarmut in einem reichen Land wie Deutschland ist eine Schande“, sagte die Bundeskanzlerin. Sie hob weiter die Milliardenförderung des Bundes für den sozialen Wohnungsbau und die Investitionsoffensive für die Schulen hervor. „Herkunft darf den Erfolg in der Schule

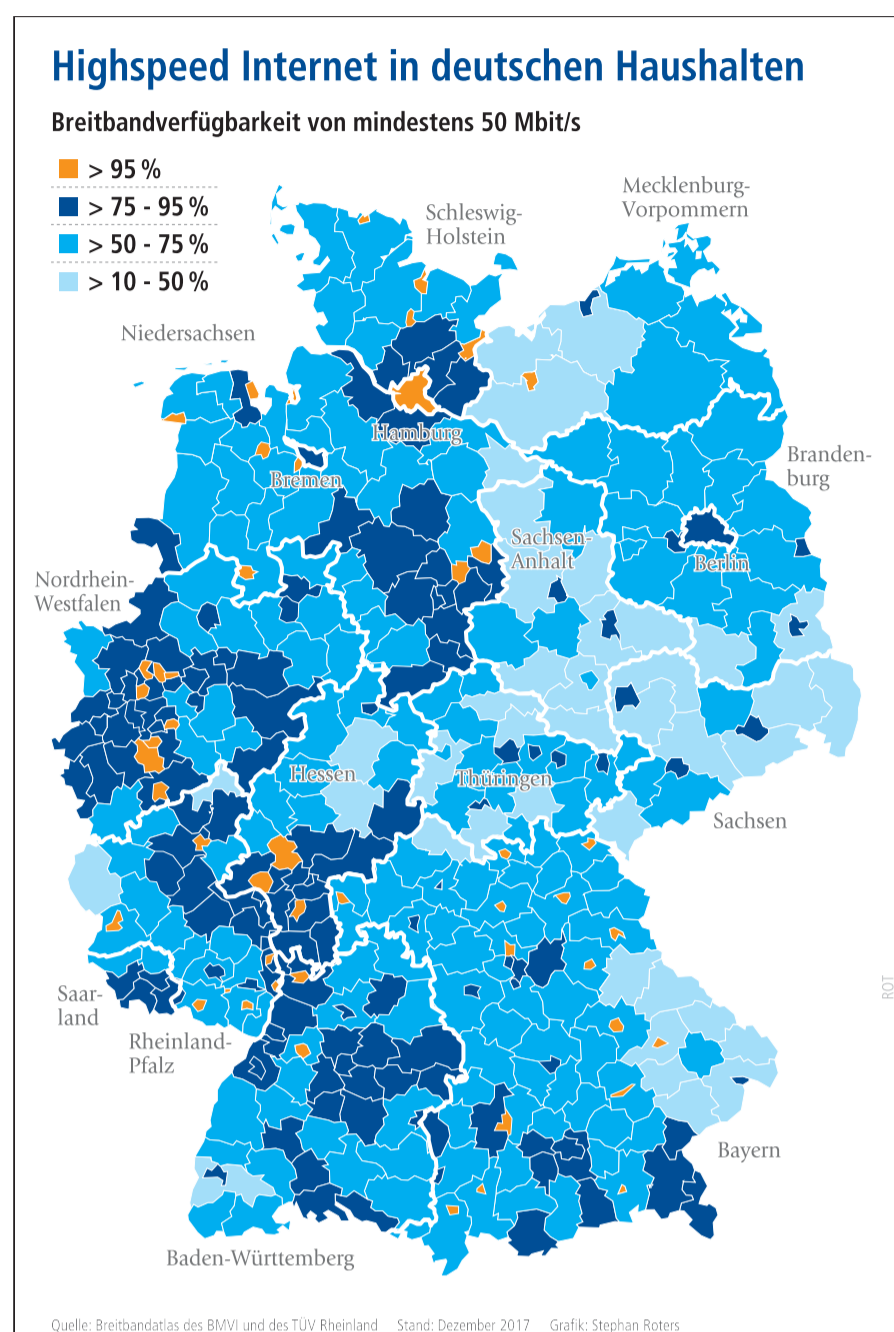


und nicht kleiner wird.“ Das war zwar eine deutliche Ansage. Auf dem Weg dorthin muss Merkel jedoch zu nächst innerhalb der Großen Koalition noch einige Überzeugungsarbeit leisten oder aber ihre Richtlinienkompetenz nutzen. Denn sowohl Bundesinnenminister Seehofer als auch sein Parteikollege Alexander Dobrindt, Chef der CSU-Landesgruppe in Berlin, machten vergangene Woche noch einmal deutlich, dass für sie der Islam keineswegs ein Teil Deutschlands sei. FDP-Chef Christian Lindner fragte dann auch leicht genevrt: „Wem nützt diese Uneinigkeit? Was soll aus der Debatte folgen für die Millionen Muslime, die seit Jahrzehnten in unserem Land leben?“ Er forderte „ein wirklich weltoffenes Einwanderungsgesetz und eine Integrationspolitik, die Religionen nicht gegeneinander ausspielt, sondern die republikanischen Werte des Grundgesetzes ins Zentrum stellt“. Nach Ansicht von Dietmar Bartsch ist es nicht der Islam, der nicht zu Deutschland gehört, sondern „Rassismus, Ausgrenzung und Menschenhass“. Dies zu betonen, wäre eigentlich Aufgabe eines Innenministers, sagte er.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Dimensionen des Digitalen



Verbindungen und Vorlieben lassen sich in Sozialen Medien leicht erheben – und für viele Zwecke einsetzen oder missbrauchen. © picture-alliance/Jörg Pinkawa/Shotshop



Premiere für eine Mobilitäts-Vision: Ende September 2017 hob in Dubai ein in Deutschland erfundener Volocopter zu einem autonomen Testflug ab. © picture-alliance/abaca

Im Schneckentempo

BREITBAND Der Weg zur Datenautobahn ist mühsam

Wenn Geschichten Mut machen sollen, beginnen Texte zum Breitbandausbau meist in einem Dorf. Darin kommen Bauern vor, die mit ihren Traktoren Felder um- und Glasfaserkabel einpflanzen und sich so eigenhändig um ihre digitale Zukunft kümmern: Wenn keiner kommt, helfen wir uns eben selbst.

Indes, so anrührend die Botschaft, so ernüchternd der Blick in die Fläche: In Deutschland haben erheblich weniger Menschen Zugang zu schnellem Internet als in anderen Ländern, selbst in wirtschaftlich weniger entwickelten. Deutschland hinke beim Ausbau leistungsstarker Breitbandnetze hinterher, bilanziert das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung. „Gerade im Hinblick auf eine Glasfaserinfrastruktur, die als besonders zukunfts-trächtig gilt, ist Deutschland eines der am schlechtesten versorgten Länder in Europa – vor allem in ländlichen Gebieten.“ Auch wenn Zahlen wegen unterschiedlicher Berechnungsgrundlagen und der Dynamik des Themas mit Vorsicht zu genießen sind, fällt bei schnellen Internetverbindungen allgemein die Kluft auf zwischen Land und Ballungsräumen:

»Bei Glasfaser ist Deutschland mit am schlechtesten versorgt in Europa.«
Fraunhofer-Institut

Denn im bundesweiten Durchschnitt mögen zwar drei Viertel aller Haushalte Zugang zu Internet mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Mbit pro Sekunde haben, im ländlichen Raum sind es aber weniger als 40 Prozent. Die Abdeckung mit zukunfts-trächtigen Glasfaserleitungen lag dem Fraunhoferer zufolge auf dem Land bei 1,4 Prozent. Von den gleichwertigen Lebensverhältnissen, wie sie sich die Bundesregierung auf die Fahnen geschrieben hat, ist das digitale Deutschland weit entfernt.

Kupfer noch die Regel Die verantwortlichen Politiker wollten dies eigentlich schon in der abgelaufenen Legislaturperiode korrigieren: Spätestens in diesem Jahr sollten alle Bürger schnelles Internet im Haus haben. Das wird wohl nicht klappen. Die Gründe für den im internationalen Vergleich allenfalls behäbigen Fortschritt sind vielfältig, wie Christian Wernick von der auf Infrastruktur spezialisierten Beratung WIK erklärt: Neben den hohen Ausbaubudgets und einer vergleichsweise niedrigen Zahlungsbereitschaft für hohe Bandbreiten hätten regulatorische Bedingungen eine Rolle gespielt, die dem Glasfaserausbau bis ins Haus weniger Gewicht verliehen hätten. Derzeit läuft es überwiegend so, dass Glasfaser bis zum Verteilerkasten

auf dem Bürgersteig gelegt wird, danach geht es per Kupferleitung ins Haus. „Außerdem ist das Wettbewerbsumfeld stark zersplittert, so dass keine großen alternativen Anbieter eigene Glasfaser-Infrastrukturen überregional ausrollen“, ergänzt Wernick. Ausschreibungen der Bundesnetzagentur für Versorgungsaufträge waren häufig so gefasst, dass sich Unternehmen auf die lukrativen Stadträume beschränken konnten, während dünner besiedelte Gegenden vernachlässigt wurden. Solche Schlupflöcher könnten nun gestopft werden, genau so wie der Koalitionsvertrag noch einmal ein eindeutiges Plädoyer für Glasfaser hält. „Wir wollen den Netzinfrastukturwandel zur Glasfaser“, heißt es dort. Künftig soll nur noch gefördert werden, wer Glasfaser einsetzt. Dabei geht die Bundesregierung

von einem öffentlichen Finanzierungsbedarf von bis zu zwölf Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode aus. Sie sollen unter anderem aus einem Investitionsfonds kommen, in den Erlöse aus der Vergabe von UMTS- und 5G-Lizenzen einfließen.

Um den Ausbau zu beschleunigen, will die Koalition Impulse aus der Wirtschaft aufnehmen und auf einen Open-Access-Zugang setzen: Wer seine Infrastruktur für Dritte öffnet, bleibt von einer strengen Vorab-Regulierung verschont. So können Wettbewerber kooperieren. Die Bundesnetzagentur stelle den Wettbewerb sicher und kontrolliere in Streitfällen, heißt es. Die Telekom, die in ihrer bisher marktbeherrschenden Stellung von einer Umsetzung der Pläne wohl deutlich betroffen wäre, äußerte sich diplomatisch und forderte schnelle Klarheit über die künftige Förderung.

Mit einem Rechtsanspruch auf schnelles Internet bis 2025 untermauern die Koalitionäre ihre Absichten. Der Digitalverband Bitkom bekräftigt diese Kritik. „Ein Recht auf schnelles Internet hört sich zwar zunächst gut an, ist aber so diffus, dass es jetzt schon zu einer starken Verunsicherung bei den investierenden Unternehmen geführt hat und Gefahr läuft, den Breitbandausbau eher zu bremsen als zu beschleunigen“, sagt der zuständige Bereichsleiter Nick Kriegeskothe. Vor allem lasse es offen, wer solch einen Rechtsanspruch erfüllen soll. Pikant ist zudem die zeitliche Frist: 2025 wird die jetzige schwarz-rote Bundesregierung nicht mehr in der Verantwortung stehen. Wenn es wieder nichts wird mit dem schnellen Internet – Schuld sind also im Zweifel die anderen.

Kristina Pezzei

Wem gehören Daten?

DATENSCHUTZ Schwierige Debatten sind zu erwarten

Der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD war noch nicht unterschrieben, da hatte der Kampf um den Datenschutz bereits begonnen. Die inzwischen zur Staatsministerin für Digitales ernannte CSU-Politikerin Dorothee Bär schimpfte über einen „Datenschutz wie aus dem 18. Jahrhundert“, der am besten so schnell wie möglich durch eine „smarte Datenkultur vor allem für Unternehmen“ ersetzt werden sollte. Da war den Datenschützern hierzulande klar, dass sie sich in der kommenden Legislaturperiode nicht gemächlich zurücklehnen können würden.

Dabei haben sie demnächst mehr als genug zu tun. Am 25. Mai 2018 tritt die europaweit gültige Datenschutzgrundverordnung in Kraft. Ein wichtiger Termin für alle, die bisher Datenschutz als Bagatelle abgetan haben. Denn die drohenden Bußgelder von bis zu vier Prozent des Jahresumsatzes machen sogar Firmen-Vorstände nervös. Es wird wohl Jahre dauern, bis wichtige Umsetzungsfragen von Datenschutzbehörden und Gerichten geklärt sind. Auch die politische Debatte über die Zukunft des Datenschutzes ist noch längst nicht beendet. Das machte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer Regierungserklärung deutlich. Die EU-Verordnung sei „ein erster, kleiner, zaghafter Schritt“. Eine Aussage, die angesichts der jahrelangen harten Debatten überraschend wirkte und die Wirtschaft wie Verbraucher gleichermaßen aufhorchen lassen sollte. Ebenfalls ungewöhnlich: Die Kanzlerin verband in ihrer Rede die Datennutzung mit der Sicherung des Eigentums und der Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. „Wird der Einzelne auf neue Weise ausgebeutet, weil die Daten privaten Monopolen oder Staaten gehören, oder schaffen wir es, ein faires System des Dateneigentums zu schaffen?“, fragte Merkel. Laut Koalitionsvertrag wollen Union und SPD die Frage angehen „ob und wie ein Eigentum an Daten ausgestaltet sein kann“.

Dateneigentum Bislang kann es kein Eigentum an Daten geben, da es ihnen an Körperlichkeit mangelt. Doch wem „gehören“ beispielsweise Fahrzeugdaten, die durch Anonymisierung keinen Personenbezug besitzen, aber durch neue vernetzte Dienste einen großen Wert für Autohersteller oder Kartendienste erhalten können? Kein Wunder, dass die Wirtschaft möglichst ungehemmt auf die Autodaten zugreifen will. Dabei würde es nur stören, wenn diese das Eigentum des Fahrers oder

Die Eigentumsfrage ist nicht das einzige Datenproblem, das die Koalition lösen muss.

des Halters wären und dieser über die Nutzung bestimmen könnte. Die große Mehrheit der Unternehmen aus der Automobilbranche (86 Prozent) verlangt daher eine gesetzliche Verpflichtung zur Bereitstellung anonymisierter Fahrzeugdaten. Das ergab eine Umfrage des IT-Branchenverbandes Bitkom vom vergangenen Oktober. Ob die Industrie ihre Vorstellungen in dem von der Koalition geplanten „digitalen Straßengesetz“ realisieren kann, ist offen. Nimmt man die Kanzlerin beim Wort, müssten die Verbraucher bei „fairen System des Dateneigentums“ ebenfalls vom Geschäft mit den Daten profitieren. Wenn Autos den „Rohstoff der Zukunft“ selbst produzieren, sollten deren Besitzer dabei nicht leer ausgehen.

Die Eigentumsfrage ist nicht das einzige Datenproblem, das die Koalition lösen muss. Dazu soll eine „Daten-Ethikkommission“ eingesetzt werden, die „einen Entwicklungsrahmen für Datenpolitik, den Umgang mit Algorithmen, künstlicher Intelligenz und digitalen Innovationen“ vorschlagen. „Innovation“ lautet ohnehin das Schlagwort im Umgang mit Daten. So will die Koalition „die Entwicklung von innovativem Einwilligungsmanagement“ fördern und sich „für eine innovationsfreundliche Anwendung der Datenschutzgrundverordnung“ einsetzen. Im Zusammenhang mit der umstrittenen E-Privacy-Verordnung wollen die Parteien „den Spielraum für Innovation und digitale Geschäftsmodelle erhalten“.

In all diesen Themen steckt viel Konfliktpotenzial. Die Digitalwirtschaft befürchtet, wegen der neuen Anforderungen nicht mehr so leicht an die persönlichen Daten der Nutzer zu kommen oder sie für Zwecke zu verwenden, die ursprünglich nicht vorgesehen waren. Das betrifft auch das sogenannte Tracking der Nutzer beim Surfen im Internet. Da die E-Privacy-Verordnung für diesen Zweck künftig eine individuelle Einwilligung der Nutzer erforderlich machen könnte, sehen die Verlage ihr Werbegeschäftsmodell in Gefahr.

Die aktuelle Debatte um den Missbrauch von Facebook-Daten zur politischen Beeinflussung (siehe auch Seite 6) hat allen Akteuren gezeigt, wie wichtig der Datenschutz künftig werden könnte. Möglicherweise ist dies auch der einzige Hebel, um die Meinungs- und Werbemacht der IT-Konzerne überhaupt noch wirksam bekämpfen zu können. *Friedhelm Greis*

Der Autor ist netzpolitischer Redakteur bei dem Internetportal golem.de.

Wenn das Taxi alleine fliegt

MOBILITÄT Erste Exemplare werden getestet

In der Welt der Science Fiction war das fliegende Auto quasi schon immer Realität. In Luc Bessons schriller SciFi-Klamotte „Das fünfte Element“ (1997) mimt Bruce Willis einen Taxifahrer, der mit einem natürlich fliegenden Fahrzeug im Jahr 2263 durch die futuristische Stadt kreuzt. Bessons Vision scheint aber seltsam anachronistisch: In den aktuellen Visionen von Mobilität fehlt nämlich Bruce Willis Charakter. Seinen Job macht der Computer. In Bruchsal in Baden-Württemberg wird an solch einer Vision gearbeitet. Mit dem Volocopter will das gleichnamige, unter anderem von Daimler unterstützte Startup die „dritte Dimension“ der Mobilität erobern – statt im Stau zu versauern, sollen die Nutzer einfach per App-Bestellung abgeholt werden. Nicht nur Volocopter arbeitet daran,

auch andere wie das Startup Lilium aus München, Uber oder Großkonzerne wie Airbus sind in dem Feld aktiv. Von klassischen Helikoptern grenzen sich diese neuartigen Fortbewegungsmittel durch ihre Technologie ab. Der Volocopter kommt beispielsweise ohne Verbrennungsmotor aus, die 18 Rotoren werden elektrisch betrieben. Im Vergleich zu klassischen Helikoptern ist die Neuentwicklung deutlich leiser, für den Einsatz im städtischen Raum damit verträglicher. Assistenzsysteme sollen zudem laut Volocopter die Steuerung so einfach machen, dass es nur eine kurze Einweisung brauche, um abzuheben. Wenn denn das überhaupt noch nötig sein wird.

»Wir fühlen uns in Deutschland von der Regierung sehr gut unterstützt.«
Alex Zosel, Mitgründer Volocopter

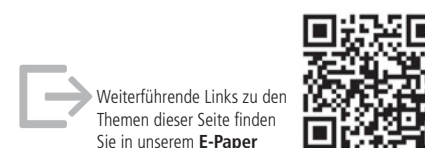
Schneller als gedacht Die Freigabe für bemannte Flüge in Deutschland hat Volocopter bereits. Doch das wird wohl nur ein Zwischenschritt bleiben. „Wir waren bis vergangenes Jahr davon ausgegangen, dass der Weg zum autonomen Fliegen dem des autonomen Fahrens gleichen wird“, sagt Alex Zosel, Mitgründer von Volocopter. Im PKW-Bereich schreitet die Automatisierung aktuell von einfachen Assistenzsystemen zu teilautonomen Systemen voran, die wohl bald auch auf deutschen Autobahnen zum Einsatz kommen werden. Hoch- und vollautonome System werden gerade vor allem in den USA getestet. Der Grund für Zosels Optimismus im Flugbereich liegt etwa 4.800 Kilometer Luftlinie von Bruchsal entfernt: Dubai. Die Megacity in den Vereinigten Arabischen Emiraten setzt auf autonome Technologien. Bis 2030 soll ein Viertel des öffentlichen Nahverkehrs autonom erfolgen, auch in der Luft. Dort testete die Firma Ende September 2017 eine autonome Variante

ihres Volocopters. Der Testflug ohne Passagiere dauerte acht Minuten und verlief nach Darstellung des Unternehmens ohne Probleme. „Seit unserer Zusammenarbeit mit Dubai wissen wir, dass die Zwischenschritte auch übersprungen werden können“, sagt Zosel. Das Projekt sei ideal für Volocopter, konnte doch so mit den Behörden zusammen erarbeitet werden, welche Auflagen ein autonomes Lufttaxi erfüllen müsse. Der Mitgründer der Firma rechnet damit, dass in Deutschland autonome Volocopter in zehn bis 15 Jahren in den regulären Betrieb gehen könnten.

Bevor es soweit ist, müssen aber noch viele Fragen geklärt werden. In einem „White Paper“ hat der US-amerikanische Fahr-dienstleister Uber etwa auf technische Herausforderungen wie Effizienz und Batterieentwicklung hingewiesen. Wesentliche Rahmen-setzungen braucht es zudem mit Blick auf den urbanen unteren Luftraum und dessen Sicherung. Volocopter stehe hinsichtlich des autonomen Lufttaxis schon im regen Austausch mit der deutschen und europäischen Flugsicherheit, berichtet Zosel. Zudem habe Volocopter schon eine erste gesetzliche Anpassung erfolgreich erbeten, um

auch in Deutschland unbemannte Testflüge zu absolvieren. „Wir fühlen uns in Deutschland von der Regierung sehr gut unterstützt“, sagt Zosel.

Offene Fragen Ein großes Thema ist auch die Sicherheit der fliegenden Taxis. Die Vorstellung, dass ein Computer alleinverantwortlich für Leib und Leben der Passagiere und Unbeteiligter ist, ist noch gewöhnungsbedürftig. Das machte vergangene Woche der tödliche Unfall mit einem selbstfahrenden Auto im US-Bundesstaat Arizona deutlich, der weltweit Reaktionen hervorrief. Für die Politik stellen sich noch viele, nicht nur regulatorische Fragen, etwa nach der technischen Infrastruktur, um datenintensive Anwendungen in und außerhalb urbaner Räume zu ermöglichen. Sozialpolitisch ist im Zuge von Automatisierung und Digitalisierung ebenfalls noch viel Klärungsbedarf vorhanden. Was soll eigentlich Taxifahrer Bruce Willis beruflich machen? Denn sein Taxi fliegt demnächst allein. *Sören Christian Reimer*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Ludwig Erhards Vermächtnis wirkt bis in die Gegenwart.

© picture-alliance/Kurt Rohwedder

Erhard im Geiste

WIRTSCHAFTSPOLITIK Eine Aussprache im Bundestag steht im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft

Sein Geist schwebte über der gesamten Debatte: Ludwig Erhard (CDU), Vater der Sozialen Marktwirtschaft und Ex-Kanzler, durchzog die Aussprache über die wirtschaftspolitische Richtung der neuen Bundesregierung. Gleich zum Auftakt bezog Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) mit nahezu philosophischem Grundton die Grundpfeiler Erhards auf die gegenwärtigen Herausforderungen. „Wir verdanken den einzigartigen Erfolg von 70 Jahren deutscher Nachkriegspolitik im Hinblick auf Wohlstand und Wachstum vor allen Dingen auch der Sozialen Marktwirtschaft“, sagte Altmaier am Donnerstag im Bundestag. Seit dem Fall der Mauer erlebe dieses Wirtschaftsmodell zudem einen „unerhörten Siegeslauf“ rund um den Globus. Für die Bundesregierung sei dies eine Motivation, die gute Wirtschaftslage weiter zu stärken. „Nichts ist auf Dauer gesichert, alles muss neu errungen werden“, erklärte Altmaier und verband damit eine Einladung an die Abgeordneten, gemeinsam an einer neuen, über die Legislaturperiode hinaus tragenden „Charta der Sozialen Marktwirtschaft“ zu arbeiten.

»Nichts ist auf Dauer gesichert, alles muss neu errungen werden.«

Peter Altmaier (CDU), Bundeswirtschaftsminister

Zu den Herausforderungen im Inland zählten die Gestaltung der Energiewende, der digitale Wandel, ein verlässlicher Rahmen für den Mittelstand, der Fachkräftebedarf auch unter dem Gesichtspunkt von Einwanderung und der Erwerbsbeteiligung von Frauen – und eben die Teilhabe idealerweise aller an den Errungenschaften einer Sozialen Marktwirtschaft.

Wettbewerb Altmaier plädierte im Energiebereich für einen möglichst raschen wettbewerbsfähigen und subventionsfreien Markt, drohte aber zugleich an, beim für die Energiewende notwendigen Leistungsausbau notfalls persönlich Druck zu machen – „bei jeder problematischen Leitung“: Ein Beispiel für seine angekündigte Politik zwischen Zurückhaltung zugunsten eines freien Marktes und dem Steuern dort, wo es der Allgemeinheit oder dem Schutz einzelner Gruppen gilt. Der Minister sprach unmittelbar nach einer ersten Amtsreise zu Krisengesprächen in die USA, wegen der von Donald Trump angekündigten Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumprodukte. Offener Welthandel müsse das Ziel bleiben, sagte er über die Reise. Wenige Stunden später wurde be-

kannt, dass die EU von den Zöllen zunächst ausgenommen ist. Der Koalitionspartner SPD stimmte den Worten des Ministers weitgehend zu. Freier Handel reiche indes allein nicht, es brauche auch fairen Handel, ergänzte Bernd Westphal (SPD). Ebenso müsse die Wirtschaftspolitik für die Menschen in Deutschland neue Chancen für eine faire Teilhabe eröffnen – etwa mit der Möglichkeit, Beschäftigte an ihren Betrieben zu beteiligen. „Wir brauchen Bedingungen, bei denen Arbeit zufrieden und nicht krank macht“, forderte Westphal. Mit Blick auf die Energiewende erwähnte er die Notwendigkeit konventioneller Energieträger als Brücke hin zu einem von Erneuerbaren Energien dominierten Zeitalter.

Kritik aus der Opposition Die AfD-Fraktion hingegen sprach der Regierung den Bezug zur Sozialen Marktwirtschaft ab. Deutschland sei zu einem Land geworden, von dem man gut leben könne, egal woher man komme, sagte Heiko Heßenkemper. Er warf Altmaier vor, Migranten Leistungen und Möglichkeiten zugestehen, die Deutsche nicht hätten. Die Mittel, die nun etwa für die Integration von Migranten aufgewendet würden, hätte man besser zur Schuldentilgung verwenden können. Die anderen Oppositionsfraktionen widersprachen zwar der AfD in Inhalt und Rhetorik, gingen aber auch die Wirtschaftspla-

ne der Koalitionäre an – je nach ihrer politischen Überzeugung wegen eines zu viel oder zu wenig an Staat. So sah Michael Theurer von der FDP-Fraktion in der Vergangenheit zu viele Eingriffe von Seiten des Staates in ein System der Sozialen Marktwirtschaft. Seine Partei sei im Zweifel für Freiheit, Markt und Wettbewerb, daran werde die FDP auch die Arbeit des Wirtschaftsministers messen. Theurer forderte flexiblere und unbürokratischere Regelungen für Startups und zeigte sich gespannt, welche Vorschläge Altmaier zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts vorlegen werde. Klaus Ernst (Die Linke) wiederum zeigte sich enttäuscht von den Ausführungen Altmaiers über die Gespräche in den USA. Er hätte sich mehr zu den Ergebnissen der Krisendialoge erwartet, sagte Ernst. Zu-

gleich warnte er davor, den USA mit einem Aufstocken des Rüstungsetzes entgegenzukommen. Dies dürfe auf keinen Fall passieren. Für seine Fraktion wiederholte er das Plädoyer zu einem Abbau des Außenhandelsüberschusses. Die Grünen fokussierten auf die Klimapolitik. Bei den Zielen für das Jahr 2020 habe Deutschland in nahezu allen Indikatoren versagt, sagte die Abgeordnete Kerstin Andreae von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Weder sei die Verkehrswende eingeleitet, noch sei man bei der Gebäudeeffizienz weitergekommen. Sie forderte den Bundeswirtschaftsminister zu mehr Mut auf, auch unbeliebte Maßnahmen einzuleiten. „Sie können Klimapolitik nicht nur aus der Wohlgefühlzone heraus machen“, sagte Kerstin Andreae an Altmaier gewandt. Kristina Pezzer

STICHWORT

Die Aussichten für die Wirtschaft

- > **Prognose** Die Wirtschaftsweisen gehen nun von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 2,3 Prozent für 2018 aus, etwas mehr als zuvor. Für das Jahr 2019 rechnen sie mit einem Wachstum von 1,8 Prozent.
- > **Risiken** Zugleich warnen sie vor Risiken wie dem Brexit und einer Spirale aus protektionistischen Maßnahmen, ausgelöst durch die US-Zollpolitik. In Deutschland könnten sich auch eine Überlastung von Maschinen und Engpässe am Arbeitsmarkt auswirken.

Kindergeld ins Ausland

FINANZEN Die Zahlungen von Kindergeld auf ausländische Konten haben sich seit 2010 fast verzehnfacht. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort (19/1275) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (19/1003) mitteilt, wurden im vergangenen Jahr von der Bundesagentur für Arbeit rund 343 Millionen Euro Kindergeld auf Konten im Ausland überwiesen. Im Jahr 2010 waren es rund 35,9 Millionen Euro gewesen. Insgesamt betragen die Zahlungen von Kindergeld auf ausländische Konten seit 2010 rund 1,48 Milliarden Euro. Aus der Bestandsstatistik der Bundesagentur für Arbeit ergibt sich, dass im Dezember vergangenen Jahres die meisten Überweisungen für Kinder in Polen (102.939), Kroatien (17.427), Rumänien (16.925), Tschechien (16.421), Frankreich (15.784), Ungarn (9.550) und Bulgarien (6.089) erfolgten. Die Bundesregierung erklärt in der Antwort, sie strebe eine Indexierung von Kindergeld entsprechend den Lebenshaltungskosten im Wohnsitzstaat des Kindes an. Da die Lebenshaltungskosten im Ausland oft niedriger sind als in Deutschland, würde die Indexierung zu einer Reduzierung der Zahlungen führen. Allerdings ist für eine Indexierung eine Änderung von EU-Recht erforderlich. Die EU-Kommission sei mehrfach aufgefordert worden, einen Vorschlag vorzulegen, der eine Indexierung des Kindergelds ermögliche. Der Vorschlag werde so „bald wie möglich“ erwartet, so die Regierung. Wie hoch die Steuermehreinnahmen dann ausfallen würden, hänge von der konkreten Ausgestaltung der Regelung ab. hle

Höchste Löhne in Luxemburg

LOHNNIVEAU Innerhalb der Euro-Währungszone erzielen Arbeitnehmer in Luxemburg mit 57.270 Euro im Jahr die höchsten Bruttolöhne. Dies ergibt sich aus Statistiken, die in einer Antwort der Bundesregierung (19/1210) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (19/927) enthalten sind. Die Abgeordneten wollten wissen, wie sich die Euro-Krise auf die Wirtschaft der verschiedenen Länder ausgewirkt hat. Die deutschen Arbeitnehmer sind demnach mit 33.304 Euro auf dem achten Rang im vorderen Mittelfeld zu finden. Am wenigsten verdienen Arbeitnehmer in Lettland (12.459 Euro), in der Slowakei (12.277 Euro) und in Litauen (11.136 Euro). Höher als in Deutschland liegen die Jahresbruttolöhne in Frankreich (34.200 Euro), in den Niederlanden (36.100 Euro), in Österreich (37.049), Finnland (38.244), Belgien (39.390), Irland (40.144) und Luxemburg. Hinter den deutschen finden sich die italienischen Arbeitnehmer mit einem durchschnittlichen Jahresbruttolohn in Höhe von 26.355 Euro sowie die spanischen Arbeitnehmer mit 25.735 Euro. Auch 1999 mit Beginn der Währungsunion hatten die luxemburgischen Arbeitnehmer mit einem Jahresbrutto von 35.708 Euro die höchsten Löhne erzielt, gefolgt von ihren Kollegen in Irland (26.165), Belgien (27.208), Österreich (25.546), Deutschland (24.811), in den Niederlanden (24.557), in Finnland (23.914), Frankreich (22.879) und Italien (19.246). Das Krisenland Griechenland fiel in der Lohnstatistik zurück von Rang zwölf (12.669 Euro) auf Rang 15 (16.133 Euro). hle

Saubere Luft als »weltweiter Exportschlager«

VERKEHRSPOLITIK Den Grünen fehlt der Klimaschutz, die FDP befürchtet ein »Weiter so«. Die Linken vermissen Antworten auf wichtige Fragen und die AfD hadert mit den Grenzwerten

Die Pkw-Maut, das Prestigeobjekt seines Amtsvorgängers, hat Andreas Scheuer (CSU) nicht mit einer Silbe erwähnt. Auch das andere Steckbrief von Ex-Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU), die Digitalisierung, streifte Scheuer bei seiner ersten Rede als Bundesminister für Verkehr und Digitales am Donnerstag nur am Rande. Dafür widmete sich der ehemalige CSU-Generalsekretär ausgiebig den Dieselfahrern, denen er „rechtliche und finanzielle Sicherheit“ geben will und der sauberen Luft in deutschen Städten, die er zu einem „weltweiten Exportschlager“ machen möchte. Bei der Opposition kam seine Rede nicht so gut an. Das Wort Klimaschutz habe der Minister nicht ein einziges Mal erwähnt, nörgelte Oliver Krischer (Grüne). „Bitte kein ‚Weiter so‘“, stöhnte Frank Sitta (FDP). Nicht überzeugend nannte Ingrid Remmers (Die Linke) die Pläne des Ministers. Leif-Erik Holm (AfD) sprach gar von einer brachliegenden Infrastruktur in Deutschland. Gut für Scheuer, das zumindest SPD-Fraktionsvize Sören Bartol sich mit breiten Schultern vor ihn stellte. Die neue Koalition werde mehr Dynamik in die Verkehrspolitik bringen, zeigte sich Bartol zuversichtlich. Die Zeit, da sich ein Koalitions-

partner ausschließlich mit der Pkw-Maut beschäftigt hat, sei vorbei, sagte er. Doch in welche Richtung plant die Koalition in der Verkehrspolitik zu gehen? Der Minister will die Innenstädte sauberer machen und die öffentliche Infrastruktur verbessern „ohne die Mobilität einzuschränken“. Diese sei schließlich der „Kraftstoff für eine pulsierende Wirtschaft“. Scheuer forderte zudem, das hohe Niveau der Finanzausstattung für den Verkehrsbereich aus den letzten Jahren zu verstetigen. Zugleich müssten die Mittel schneller und effizienter abfließen.

Keine Panik Scheuer verwies auf wichtige Meilensteine, die vereinbart und erreicht worden seien. So sei der verpflichtende Rückruf von 2,46 Millionen VW-Fahrzeugen „nahezu abgeschlossen“. Beim Software-Update seien mehr als die Hälfte der 2,84 Millionen Fahrzeuge nachgerüstet. Dadurch würden die Stickstoffemissionen dieser Fahrzeuge um bis zu 30 Prozent reduziert. Der Verkehrsminister kündigte zudem die baldige Veröffentlichung der Förderrichtlinie für die Umrüstung von Dieseln im ÖPNV an. Es gehe dabei um 28.000 Stadtbusse, wofür 107 Millionen Euro in die Hand genommen würden. Fahrverbote wolle er natürlich nicht. „Kei-



Stau statt sauberer Luft: Die mobile Gesellschaft fordert Städte heraus. © picture-alliance/dpa

ne Panik und keine Verbote, sondern Anreize und Maßnahmen – und das konkret und schnell“, sei sein Motto. Fahrverbote will auch Bartol nicht. Software-Updates hält er jedoch nicht für ausreichend. Es müssten technische Nachrichten für Euro-5- und Euro-6 Dieseln kommen, die die Hersteller bezahlen, forderte er. Der SPD-Fraktionsvize versuchte

das große Ganze in den Blick zu nehmen. In Sachen Mobilität stehe Deutschland vor einer Zeitenwende. Man sei sich in der Koalition einig, dass die Mobilität bezahlbar bleiben, digitaler sowie vernetzter und dadurch effizienter und sauberer werden müsse. Klar sei auch, dass der Schienenverkehr wachsen müsse. Sonst seien die Klimaziele nicht zu erreichen.

Die Ankündigung des Ministers, Planungen beschleunigen zu wollen, stieß auf Zustimmung bei Frank Sitta. Derzeit sei es so, dass sich Infrastrukturmaßnahmen mit taktischen Klagen verzögern ließen. „Da sollten wir schauen, ob alles, was der Rechtsweg derzeit bietet, wirklich angemessen ist“, verlangte der Liberale. Es könne nicht sein, „dass die Exkremite eines Käfers gewissermaßen als Ersatzsprengsatz für bürokratisches Revolutionszertum dienen“.

Strafzahlungen Auf gesellschaftlich wichtigen Fragen habe der Minister keine oder nur sehr einseitige Antworten gegeben, bemängelte Ingrid Remmers (Die Linke). Ihre Fraktion wolle lebenswerte Städte, die nicht mit Autos vollgestopft seien. Remmers warf der Bundesregierung vor, den Abgasbetrug der Autoindustrie bei den Stickoxiden aussitzen zu wollen. Sie forderte Strafzahlungen für das „kriminelle Verhalten“ von Autokonzernen. Oliver Krischer sagte, weder im Koalitionsvertrag noch in der Rede des Ministers finde sich eine Idee, wie die Klimaziele erreicht werden können. „Das ist zukunftsvergessen und unverantwortlich“, kritisierte der Grünen-Abgeordnete. Eine „Lachnummer“ sei das Thema Elektromobilität. Da habe die Bundesregierung das Ziel von

einer Millionen E-Autos bis 2020 vorgegeben. „Sie haben dieses Ziel bis heute noch nicht einmal zu fünf Prozent erreicht“, betonte Krischer, der sich in Sachen Diesel für Hardware-Nachrüstungen auf Kosten der Hersteller aussprach. „Nur so werden wir zu sauberer Luft kommen“, sagte er. Dirk Spaniel (AfD) kritisierte einmal mehr die von der EU definierten 20 Jahre alten Grenzwerte bei Schadstoffen. Statt diese ebenso wie die den Werten zu Grunde liegenden Studien zu hinterfragen oder die Grenzwerte auf das Niveau der USA anzuheben, würden hunderte Millionen Euro Steuergeld für ein Sofortprogramm eingesetzt, „das man als heiße Luft bezeichnen kann“. Spaniel blickte auch auf die ab 2021 durch die EU geforderte Einhaltung des durchschnittlichen Verbrauchs für Pkw von 4,1 Liter Benzin pro 100 Kilometer. Absolut unrealistisch sei dies. „Die Gesetze der Thermodynamik kann man mit demokratischen Mehrheiten nicht ändern“, sagte der AfD-Abgeordnete. Götz Hausding





Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble mit den Journalisten Robin Alexander, Helene Bubrowski und Dietmar Ostermann (von links) während der Verleihung des Medienpreises

© Deutscher Bundestag/Achim Melde

Ein Akt tätiger Reue

BUNDESTAG »Welt«-Journalist Robin Alexander mit Medienpreis Politik ausgezeichnet

September 2015: Die Große Koalition will die Einreise Zigaretten-Migranten stoppen. Alles ist bereit, die Bundespolizei wird in Bussen und Helikoptern zur österreichischen Grenze gebracht. Doch dann geschieht – nichts. Minutenlang schildert Robin Alexander die Abläufe in den Tagen, als sich die Flüchtlingskrise zuspitzt. Für seinen Artikel „Das Bild, das es nicht geben sollte“, erschienen am 5. März 2017 in der „Welt am Sonntag“, hat ihm Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in der vergangenen Woche den mit 5.000 Euro dotierten Medienpreis Politik 2017 des Bundestages verliehen. Alexanders Report endet mit den Sätzen: „Aus der Ausnahme der Grenzöffnung wird ein monatelanger Ausnahmezustand, weil keiner die politische Kraft aufbringt, die Ausnahme wie geplant zu beenden. Die Grenze bleibt offen, nicht etwa, weil es Angela Merkel bewusst so entschieden hätte, oder sonst jemand in der Bundesregierung. Es findet sich in der entscheidenden Stunde schlicht niemand, der die Verantwortung für die Schließung übernehmen will.“

Claudia Nothelle, freie Journalistin und Mitglied der siebenköpfigen Jury des Medienpreises, rückte die Rechercheleistung Robin Alexanders in den Vordergrund: „Eine Recherche mit vielen Protagonisten und noch mehr losen Enden. Eine der Recher-

chen mit Sprengkraft, von denen es nicht viele gibt.“ Akribisch und kleinteilig sei sie gewesen, ein spannendes Stück Zeitgeschichte. Dem Autor sei eine „journalistische Sternstunde“ gelungen. Jurymitglied Bettina Schausten, Leiterin des ZDF-Hauptstadtstudios, fügte hinzu, dass Robin Alexanders Text zugleich das erste Kapitel seines Buches „Die Getriebenen“ bildet, das 2017 eines der erfolgreichsten Sachbücher gewesen sei. Alexanders Recherche habe nicht nur Politik beschrieben, sondern auch Politik gemacht – ein Lob, das beim Autor allerdings auf Vorbehalte stieß: „Wir sollten uns auf die Beobachtung konzentrieren. Für Politik haben wir kein Mandat.“ Nach Angaben Schaustens haben sich 94 Autoren mit Print-, Radio-, Fernseh- und Online-Beiträgen um das Urteil der Jury beworben, darunter auch „Neues und Überraschendes von außerhalb der Berliner Blase“. Zuvor hatte der Bundestagspräsident darauf hingewiesen, dass es in der 25-jährigen Geschichte des Medienpreises noch nie so viele Einsendungen von so vielen Bewerbern gegeben habe, fast die Hälfte davon Printveröffentlichungen: „Beteiligt haben sich in diesem

»Eine der Recherchen mit Sprengkraft, von denen es nicht viele gibt.«

Claudia Nothelle, Jury-Mitglied

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
 Jetzt auch als E-Paper.
 Mehr Information.
 Mehr Themen.
 Mehr Hintergrund.
 Mehr Köpfe.
 Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
 parlament@fs-medien.de
 Telefon 069-75014253

Das Erbe der Menschheit

KULTUR Dorgerloh wird Intendant des Humboldt-Forums

Der Generaldirektor der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten, Hartmut Dorgerloh, soll Intendant des Humboldt-Forums in Berlin werden. Dies verkündete Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) in der vergangenen Woche in der Generalaussprache über die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Das Humboldt Forum, das zukünftig die außereuropäischen Sammlungen der Stiftung Preussischer Kulturbesitz beheimaten und 2019 eröffnen soll, sei Deutschlands größtes Kulturprojekt, sagte Grütters. Zusammen mit der benachbarten Museumsinsel und den dort ausgestellten Kulturschätzen des Mittelmeerraumes biete es einmalige Einblicke in das kulturelle Erbe der ganzen Menschheit. Es verrate viel über das Selbstverständnis der Kulturnation Deutschland, dass „wir im Herzen unserer deutschen Hauptstadt nicht uns selbst in den Mittelpunkt stellen, sondern der Welt in Berlin ein Zuhause geben“.

Marc Jongen, kulturpolitischer Sprecher

der AfD-Fraktion, hielt Grütters vor, die Koalition setze die Ideologisierung der Kultur- und Medienpolitik fort, die das Kulturleben in den Dienst der allmählichen Schleifung unserer nationalen Identität stellen will. „Weltoffenheit, sei gut und schön und richtig“, aber wer nur weltoffen, ohne Kern und Identität, sei, werde sich „schon bald in nichts aufgelöst haben“. Der SPD-Kulturpolitiker Martin Rabanus wies die Kritik zurück: „Weltoffenheit ist Teil unserer deutschen kulturellen Identität.“ Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Vielfalt in Kunst und Kultur seien Grundwerte, die es zu verteidigen gilt. Rabanus bekannte sich zudem ausdrücklich zum dualen Medienordnung aus öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privaten Rundfunk sowie einer vielfältigen Presse- und Medienlandschaft. Erhard Grundl, kulturpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, unterstützte ausdrücklich den im Koalitionsvertrag garantierten „offenen Kulturbegriff“. Zugleich mahnte er Verbesserungen bei der sozialen Lage freischaffender Künstler an: „Wir brauchen sozial-arbeits- und vertragsrechtliche Mindeststandards. Die Kulturförderung müsse transparenter und geschlechtergerechter werden, es müssten verbindliche Quoten eingeführt werden.“

»Zum Wohle der Kinder«

BILDUNG Das Kooperationsverbot soll abgeschafft werden

Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern soll abgeschafft werden. Dafür warb die neue Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) in der Regierungserklärung zur Bildungs- und Forschungspolitik am vergangenen Donnerstag. Karliczek sagte: „Lassen Sie uns das gemeinsam machen, zum Wohle unserer Kinder.“ Für die Aufhebung des Kooperationsverbotes hatte während der Koalitionsverhandlungen die SPD gekämpft, aber auch FDP, Linke und Bündnis 90/Die Grünen treten seit langem für die Abschaffung ein, damit der Bund die Länder direkt finanziell unterstützen kann. Damit scheint die benötigte Zweidrittelmehrheit für eine entsprechende Grundgesetzänderung in Bundestag und Bundesrat gesichert. Nach der Grundgesetzänderung will die Regierung eine „Bildungsoffensive“ starten und 3,5 Milliarden Euro für die Umsetzung des Digitalpakts ausgeben. Oliver Kaczmarek (SPD) sprach von einem „neuen Geist der Zusammenarbeit“ in der Bildungspolitik und begrüßte die geplante Abschaffung des Kooperationsverbotes. Er forderte zudem die Erhöhung des BAföG und die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung. Kritisch bewerteten die Oppositionsparteien den Zustand der Bildung in Deutsch-

land. Götz Frömming (AfD) kritisierte, dass in den staatlichen Schulen bis zu über 30 Kinder in einer Klasse säßen, viele Gebäude marode seien, es an Kapazitäten in Turnhallen mangle. „Die Masseneinwanderung von Menschen aus vorwiegend bildungsfernen Schichten wird die bestehenden Probleme in den nächsten Jahren noch verschärfen“, sagte Frömming. Katja Suding (FDP) bemängelte, dass der Digitalpakt längst angekündigt und noch immer nicht umgesetzt worden sei. In „Anbetracht der großen Herausforderungen“ sei das „groß fahrlässig“. An den „march of science“ vor einem Jahr erinnerte Petra Sitte (Die Linke). Die internationale Demonstration habe sich für Forschung und Wissenschaft gegen eine postfaktische Ära stark gemacht. Gegen die Einschränkung von Forschung und Lehre weltweit müsse man sich stellen. Ferner warnte Sitte vor der Ökonomisierung des Wissenschaftssystems. Nach Ansicht von Kai Gehring (Grüne) bleibt unklar, was die Koalition gegen das Auseinanderdriften von arm und reich, von Bildungsgewinnern und Abgehängten, gegen Klimakrise und Artensterben unternehmen will. Deutschland brauche eine beherrschte Strategie zur Bildungsrepublik, zum Innovationsspitzenreiterland.

KURZ REZENSIIERT

Archie Brown:
Der Mythos vom starken Führer. Politische Führung im 20. und 21. Jahrhundert
 Propyläen Verlag, Berlin 2018; 473 S., 25 €

Donald Trump verdankt seinen Sieg bei der US-Präsidentenwahl nicht zuletzt seinem Image als starker Führer. Trump habe, so schreibt der Oxforder Politologe Archie Brown, während des Wahlkampfes Härte demonstriert und sich so einem großen Teil der Öffentlichkeit glaubhaft als solchen präsentiert. Auch wenn dies keineswegs automatisch bedeute, dass er ein effektiver Führer ist. In seinem aktuellen und exzellenten Buch beschäftigt sich Brown mit dem „Mythos vom starken Führer“ in demokratischen, revolutionären, autoritären und totalitären politischen Systemen. Brown analysiert die Rolle politischer Führer anhand konkreter Fallstudien. So habe Tony Blair 2003 sein Land „unter falschen Voraussetzungen“ in den Irakkrieg geführt und „war nicht bereit, Meinungen zu berücksichtigen, die seiner Gewissheit oder seinem Wunsch widersprachen, stets an der Seite des amerikanischen Präsidenten zu bleiben“. Der Mythos vom starken Führer in demokratischen Systemen beruhe auf bedeutsamen Missverständnissen, stellt der Autor fest. Vor allem in parlamentarischen Demokratien gebe es die Tendenz, der Person an der Spitze der Regierung über großes Gewicht beizumessen: Die politischen Leistungen des Kabinetts würden dem Regierungschef ebenso zugeschrieben wie die Wahlsiege seiner Partei. Der grundlegende Irrtum bestehe darin, jenen Typus des politischen Führers als wünschenswert zu betrachten, der seine politische Vorrangstellung durchsetzt, indem er seine Minister übergebt und sich stattdessen auf seine persönlichen Seilschaften stützt. Archie Brown kritisiert explizit jene demokratischen Führer, die glauben, sie hätten „einen persönlichen Anspruch darauf, die Entscheidungsfindung in zahlreichen Politikbereichen zu dominieren“. Das Beharren auf dieses vermeintliche Vorrecht schade einer guten Regierungsführung genauso wie der Demokratie insgesamt.

Volker Kitz:
Meinungsfreiheit. Demokratie für Fortgeschrittene
 S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2018, 125 S., 10 €

In einer Umfrage gaben unlängst 37 Prozent der befragten Bürger an, „sie können in Deutschland nicht frei ihre Meinung sagen“. Ihnen sei das Buch des Berliner Publizisten Volker Kitz dringend zur Lektüre empfohlen. Es bietet eine gelungene Nachhilfe in Sachen Meinungsfreiheit. Anhand zahlreicher Beispiele erklärt der Autor, wie ein Demokrat mit der Meinung seiner Mitbürger umgehen sollte. Sei es in der Familie, in der Nachbarschaft oder in alltäglichen Situationen auf der Straße. „Wir haben den Umgang mit unterschiedlichen Religionen, Kulturen, Geschlechtern, sexuellen Orientierungen gelernt – aber unterschiedliche Meinungen scheinen viele zu überfordern“. Dabei sei gerade die Vielfalt und Mischung der Meinungen wichtig für eine funktionierende, demokratische Gesellschaft. Kitz beschreibt, wie einige wenige Falschmeldungen über „die Ausländer“ zu einer ablehnenden Haltung gegenüber Migranten beigetragen hätten. Diese Falschmeldungen hätten viele Menschen verunsichert und Demagogen den Weg bereitet. Den Bürgern, die diesen entsetzten Unwahrheiten glauben, empfiehlt der promovierte Jurist, grundsätzlich die Quellen der Nachricht zu prüfen und sich dabei vor allem auf die Berichte von Augen- und Ohrenzeugen zu stützen. Genauso wichtig ist es aber nach Kitz auch, „die Wahrheit an der falschen Stelle nicht zu verteidigen“. Denn es gebe Äußerungen, die weder richtig noch falsch seien, ganz einfach deshalb, weil es sich um Meinungen handle. Laut Artikel 5 des Grundgesetzes hat jeder das Recht auf sein persönliches Werturteil. Schließlich bedeute Meinungsfreiheit nicht Tatsachenfreiheit. „Nach dem Grundgesetz kann jeder Blödsinn eine geschützte Meinung sein.“ Und das sei auch gut so. Der Unterschied zwischen Deutschland und autoritären Staaten mit ihren selbstherrlichen Potentaten bestehe darin, dass das Grundgesetz keine Meinungsrichter kennt. Dieser Stimme der Gelassenheit in aufgeregten Zeit wünscht man viele Leser.



Ministerpräsident Viktor Orbán (links), lange unangefochtene Nummer 1 in Ungarn, hat plötzlich einen ernstzunehmenden Herausforderer: Hinter Gergely Karácsony (rechts) steht ein Bündnis oppositioneller Parteien, seine Beliebtheitswerte sind inzwischen ähnlich hoch wie die Orbáns.



© picture-alliance/Xinhua News Agency/GEORG HOCHMUTH/APA/picturedesk.com

Lagebilder für das Mittelmeer

SEA GUARDIAN Mit den Stimmen von Union, SPD und FDP hat der Bundestag vergangenen Donnerstag die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an Nato-geführten Mittelmeereinsatz Sea Guardian beschlossen (19/1302). Die Bundeswehr patrouilliert nun weiterhin auf hoher See mit bis zu 650 Soldaten, „um den Seeraum im Mittelmeer zu überwachen, Lagebilder auszutauschen und den Terrorismus sowie den Waffenschmuggel zu bekämpfen“, wie es im Antrag der Bundesregierung (19/1097) heißt.

Siemte Möller (SPD) betonte während der Debatte, die flexible Teilnahme am Mandat, durch das „Einklinken von durchfahrenden Schiffen“, die damit einen Beitrag zur Lagebilderstellung leisteten, sei ein moderner Ansatz, den es auch bei zukünftigen Einsätzen geben werde. Roderich Kiesewetter (CDU) sagte, die Chance der Operation bestehe darin, gemeinsam den Mittelmeerraum zu gestalten. Aus Sicht von Christian Sauter (FDP) ist die Vernetzung der verschiedenen Einsätze im Mittelmeerraum – wozu auch Sea Guardian gehöre – eine große Stärke.

Das Mandat werde nicht benötigt, befand hingegen Ralf Nolte (AfD). Der Feind, dem zu Leibe gerückt werden soll, gebe es nicht. Michel Brandt (Die Linke) sagte, Sea Guardian gefährde das Leben von Flüchtlingen und zivilen Helfern auf dem Mittelmeer. Das sei nicht hinnehmbar. Das Aufgabenspektrum sei unklar, was dazu führe, dass der Einsatz für das Parlament „nicht kontrollierbar“ sei, bemängelte Tobias Lindner (Grüne).

hau II

Opposition im Aufwind

UNGARN In den Wahlkampf ist Bewegung gekommen, Viktor Orbáns absolute Mehrheit wackelt

Am 8. April entscheiden die Ungarn darüber, ob Ministerpräsident Viktor Orbán eine weitere Amtszeit regieren kann. Es wäre seine vierte, die dritte am Stück. Die Umfragen sehen Orbáns national-konservative Partei Fidesz, die in einer Listenverbindung mit der christdemokratischen KDNP antritt, seit Jahren kontinuierlich weit vorne. Wenn in den vergangenen Wochen dennoch so etwas wie der Hauch einer Ahnung von Wechselstimmung spürbar werden mochte, dann hatte das drei Gründe: Korruptionsvorwürfe konnten zeitweise die Anti-Migrations-Kampagnen der Regierung übertönen; eine Lokalwahl zeigte eine unerwartete Verletzbarkeit des Fidesz; und das an sich für Orbán günstige Wahlrecht kann, eine entsprechende Dynamik vorausgesetzt, Erdbeben in die eine oder die andere Richtung ermöglichen.

Mehr als die Hälfte der 199 Abgeordneten des ungarischen Parlaments werden in den 106 Wahlkreisen per Direktwahl bestimmt. Eine relative Mehrheit reicht dort aus. Im Prinzip nützt das dem Fidesz, der in der Fläche des Landes stärkste Kraft ist. Es sei

In Ungarn ist weder die Medienfreiheit, noch die Demokratie abgeschafft.

denn, allen anderen Parteien gelingt es, ihre Anhänger für einen Kandidaten zu mobilisieren. Eine solche Einigung schien lange Zeit undenkbar. Schon die linken und liberalen Parteien, die ideologisch miteinander kompatibel sein könnten, sind zersplittert und zerstritten. Fundamental entgegengesetzt steht auf der anderen Seite die rechtsextreme Jobbik, die in Umfragen mit rund 17 Prozent für sich genommen die stärkste Oppositionspartei ist. Fidesz, in der Mitte dieser scheinbar unvereinbaren Pole, schien daher in diesem Wahlsystem unschlagbar.

Allerdings haben zwei Nachwahlen für Parlamentsmandate bereits im Jahr 2015 gezeigt, dass das so nicht der Fall ist. Den einen Sitz gewann ein parteiloser Kandidat, den anderen ein Jobbik-Mann, und in beiden Fällen hatte es mindestens eine unausgesprochene Kooperation der Oppositionskräfte gegeben. Es ist kaum ein Zufall, dass Orbán danach auf einen intensiven Kampagnenmodus schaltete, den er bis jetzt, im eigentlichen Wahlkampf, beibehalten hat.

Die Grundhaltung, Zuwanderung über das Asylrecht aus Asien und Afrika abzulehnen, entspricht zweifellos seiner Überzeugung.

Jedoch hatten die scharfen Kampagnen zu dem Thema das klare Ziel, den gefährlichsten Konkurrenten kleinzuhalten. Nur ein Beispiel für die Besetzung der Jobbik-Themen: Der berühmt-berüchtigte „Zaun“, die Grenzbefestigung zu Serbien, war ursprünglich eine Forderung des Jobbik-Vorsitzenden Gábor Vona. Jobbik hat in den vergangenen Jahren eine interessante Entwicklung durchgemacht. Die Parteilösung hat versucht, aus einer antisemitischen, rechtsextremen Partei so etwas wie eine national orientierte bürgerliche Partei zu machen. So verschickte Vona Glückwunschkarten an israelitische Gemeinden zu jüdischen Feiertagen. Es gibt Zweifel allerdings daran, dass die Mäßigung mehr als ein Tapetenwechsel ist.

Ende Februar elektrisierte eine an sich wenig bedeutende Bürgermeister-Nachwahl in der Stadt Hódmezővásárhely das Land. In der bisherigen Fidesz-Hochburg trat die Opposition von links bis ganz rechts mit nur einem Kandidaten an, der tatsächlich mit beachtlichen 57,5 Prozent gegen den Amtsinhaber gewann. Das brachte mächtig Bewegung in den Wahlkampf. Mitte-Links kam es zu mannigfachen Strategiegesprächen der Parteien. Erleichtert wird die Sache dadurch, dass die Sozialisten nach internen Querelen nicht mehr einen der ihnen als Kanzlerkandidaten unterstützen. Herausforderer von Orbán ist nun Gergely Karácsony. Er ist Protagonist einer Splitter-

partei, aber als Bürgermeister des Budapest Stadtteils Zugló durchaus bekannt. Die Regierungspartei hat auf Hódmezővásárhely nervös reagiert. Man entschied sich, weniger Negativkampagnen gegen politische Gegner zu fahren und machte rasch noch ein paar Wahlgeschenke. Die Opposition brachte hingegen eine Enthüllungsgeschichte über angebliche Geldwäscheaktivitäten eines Fidesz-Granden in den ihnen geneigten Medien unter. Es zeigt sich: Entgegen allen Unkenrufen ist in Ungarn weder die Medienfreiheit,

noch die Demokratie abgeschafft. Der Meinungskampf tobt – und Viktor Orbán könnte seine Mehrheit verlieren, auch wenn das nach wie vor die weniger wahrscheinliche Variante ist. Wenn es so kommt, würde das noch nicht bedeuten, dass es eine andere stabile Regierungsmehrheit gäbe. Die Wähler Ungarns haben es in der Hand.

Stephan Löwenstein II

Der Autor ist politischer Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für Österreich und Ungarn.

STICHWORT

Die Kontrahenten bei der Parlamentswahl am 8. April

- > **Fidesz** Unter Führung von Regierungschef Viktor Orbán hat die Partei eine autoritäre und nationalistische Richtung eingeschlagen. Orbán lehnt die EU-Quote zur Verteilung von Flüchtlingen in Europa ab. 2015 ließ er Grenzzäune bauen, um den Flüchtlingsstrom über die Balkanroute zu stoppen.
- > **Jobbik** Die rechtsextreme Partei, zweitstärkste Kraft in Ungarn, entstand Anfang der 2000er Jahre aus einer Studentenbewegung. Seit drei Jahren schlägt sie unter Gábor Vona (Foto) einen moderateren Kurs ein.
- > **Neue Bewegung** Die Sozialisten (MSZP) sind mit einer liberalen Minipartei ein Bündnis eingegangen und haben deren Chef Gergely Karácsony zum Spitzenkandidaten erkoren.



© picture-alliance/dpa

Mit Soldaten gegen den Terror

BUNDESWEHR I Mehr Streitkräfte für Afghanistan, deutsche Ausbilder für den Zentralirak

Trotz starker Vorbehalte der Opposition wird sich die Bundeswehr nach dem Willen der Regierungsfaktionen CDU, CSU und SPD weiter am Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS) in Syrien und dem Irak beteiligen. In namentlicher Abstimmung votierten am vergangenen Donnerstag 359 Abgeordnete für das veränderte und bis zum 31. Oktober 2018 befristete Mandat (19/1093) und 218 dagegen. Es gab 79 Enthaltungen. Linke, Bündnis 90/Die Grünen und AfD lehnten den Einsatz ab, die FDP enthielt sich größtenteils.

Die Opposition kritisierte vor allem den Umstand, dass das neue Mandat zwei Missionen in einem vereint. Außerdem sei die Regierung dem Parlament Informationen zu Zielen und praktischer Durchführung des geplanten Einsatzes im Zentralirak schuldig geblieben.

Dort soll die Bundeswehr künftig mit bis zu 800 Soldaten die regulären irakischen Streitkräfte im Zentralirak beraten und ausbilden. Nach sieben Monaten soll der Bun-

destag erneut entscheiden, ob dies Erfolg zeigt und fortgesetzt werden kann. Der gegenwärtige Einsatz im Norden des Landes soll zunächst parallel weiterlaufen. Seit Januar 2015 bilden deutsche Soldaten in der autonomen Provinz Kurdistan-Irak kurdische Truppen, die Peschmerga, im Kampf gegen die Terrormiliz IS aus.

In ihren Antrag integriert hat die Bundesregierung nun auch das Mandat für die Beteiligung an der internationalen Anti-IS-Koalition in Syrien und dem Irak; Deutschland unterstützt diese Operation seit Ende 2015 durch die Bereitstellung von Tornado-Aufklärungsjets sowie von Tankflugzeugen für Luft-Luft-Betankungen von Kampfflugzeugen. Nach Ansicht der Opposition stellt dies eine nicht hinnehmbare Vermischung zweier sehr unterschiedlicher Missionen dar. Die Bundesregierung verbindet mit dem neuen Einsatz im Zentralirak die Hoffnung, das Land auf dem Weg der Stabilisierung unterstützen zu können.

Verstärkung am Hindukusch Ähnlich hatte die Bundesregierung auch ihren Antrag (19/1094) zur Fortsetzung des Einsatzes in Afghanistan begründet; ihn verlängerte der Bundestag am vergangenen Donnerstag mit 447 Ja-Stimmen bei 180 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen ebenfalls.

Die Bundeswehr bildet am Hindukusch im Rahmen der Nato-Ausbildungsmission „Resolute Support“ afghanische Soldaten aus. Damit die deutschen Ausbilder angesichts verstärkter Angriffe der radikalislamistischen Taliban sicherer arbeiten können, soll die Personalobergrenze von derzeit 980 Soldaten auf 1.300 steigen. Viele wagen sich kaum aus den Camps: Laut dem im März veröffentlichten Perspektivbericht der Bundesregierung (19/1120) zur Lage in Afghanistan können die Soldaten derzeit wegen der angespannten Sicherheitslage gerade einmal die Hälfte der vereinbarten Ausbildungsverpflichtungen erfüllen.

»Ohne Konzept« Union, SPD, FDP und Grüne verteidigten die Fortführung des Einsatzes trotz unbestreitbarer Rückschläge und Misserfolge. Ein stabiles und sicheres Afghanistan sei auch im Interesse Deutschlands, betonten viele Redner. Einen Abzug der Bundeswehr forderten hingegen AfD und Linke. Die AfD wirft der Bundesregierung vor, keine Strategie für Afghanistan zu haben, sondern „konzeptlos“ den USA zu folgen. Die Linke fürchtet, ein Mehr an Militär werde nicht zur Beruhigung beitragen, sondern die gewaltsamen Konflikte im Land noch verschärfen.

ahel/joh II

Mehr Personal für Mali-Einsatz

BUNDESWEHR II Für die Aufstockung des Kontingents zeichnet sich breite Zustimmung ab

Die Bundesregierung will den Mali-Einsatz der Bundeswehr verlängern. Dabei kann sie auf eine breite Unterstützung im Bundestag hoffen. Nicht nur Union und SPD sondern auch FDP und Grüne deuteten ihre Zustimmung zu dem vergangenen Mittwoch in erster Lesung beratenen Regierungsantrag (19/1098) an. Bis zu 1.100 Soldaten – statt wie bislang 1.000 – sollen vorerst bis Ende Mai 2019 in Afrika agieren. In „Notsituationen“ macht der Antrag sogar eine vorübergehende zahlenmäßig nicht beschriebene Überschreitung der Personalobergrenze möglich.

Kritik kam von ganz links und ganz rechts. Kathrin Vogler (Die Linke) sagte, der Einsatz sei für Deutschland und Frankreich das Testfeld für die Militarisierung der EU, auf die sowohl die deutsche Kanzlerin Angela Merkel (CDU) als auch der französische Präsident Emmanuel Macron drängten. „Das bedeutet weitere Aufrüstung. Dazu sagen wir als Linke ganz klar Nein“, betonte sie. Rüdiger Lucassen (AfD) vermisste einen konkreten Plan der Bundesregierung für das Engagement in Mali sowie eine Exit-Strategie. „Mali ist deswegen auf dem Weg zur nächsten Endlosgeschichte, wie Afghanistan“, sagte Lucassen, der auch fehlende Hubschrauber beklagte, „die unsere Soldaten im Notfall evakuieren können“.

Eine Vorlage für Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die den AfD-Abgeordneten auf den aktuellen Stand brachte. Es sei richtig, dass die Bundeswehr ihre Hubschrauber abziehen wolle. Seit ein paar Tagen sei aber klar, dass die Kanadier ab August dieses Jahres mit Chinook- und Griffon-Hubschraubern einströmen „und dort für uns den Staffeln übernehmen und weitertragen werden“, sagte sie.



Bundeswehrsoldaten bei einer Übung im Camp Castor in Gao in Mali

Niels Annen (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt, verwies auf Fortschritte in Mali, die in Zusammenhang mit dem Einsatz der Soldaten aber auch der vielen Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen stünden. So sei beispielsweise die überwiegende Mehrheit der Binnenflüchtlinge wieder in ihre Heimatorte zurückgekehrt. Zustimmung zu dem Einsatz signalisierten auch die Liberalen. Ulrich Lechte (FDP) verwies jedoch auf „beschämende Ausrüstungsmängel“ bei der Bundeswehr. Beleg dafür sei, dass im Februar 150 Bundeswehrsoldaten auf dem Rückweg aus ihrem Einsatz in der Hauptstadt Bamako „gestrandet“ seien. Eine Luftwaffenmaschine habe sie wegen eines Defekts nicht abholen können – eine Ersatzmaschine habe der Bundeswehr nicht zur Verfügung gestanden. „Diese Nachrichten müssen der Vergangenheit angehören“, forderte Lechte.

Mehr Druck auf die malische Regierung verlangte Frithjof Schmidt (Grüne). Die Reformen und der Kampf gegen die Korruption müssten an die erste Stelle gesetzt werden. Dabei sei die Stärkung der malischen Zivilgesellschaft „absolut zentral“. Thomas Erndl (CSU) sagte, es gehe um Hilfe zur Selbsthilfe. „Ohne die Präsenz der UN und der EU wird es keine friedliche Zukunft in Mali geben“, befand er.

Götz Hausding II

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Entschuldigung für alle(s)?

Endlich greift einer durch im Abgas-Skandal! Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) hat seine eigene Strategie, die Auto-Konzerne zur Verantwortung zu ziehen...

Der Minister geht aber noch weiter: Die millionenhohen Boni-Zahlungen für VW-Manager hält er für falsch. Man hätte sie lieber in einem „Entschuldigungsfonds“ anlegen sollen...

Ein paar Fragen muss die Koalition aber noch beantworten: Gibt es eigentlich eine Obergrenze beim Pardon? Darf sich der Islam auch entschuldigen? Und wer aus der Schul- und Sühne-erprobten SPD wird eigentlich Bundesentschuldigungsbeauftragter? Eva Bräth

VOR 25 JAHREN...

Vize gegen Kanzler

8.4.1993: Awacs-Urteil des Bundesverfassungsgerichts Dürfen sich deutsche Soldaten an Auslandseinsätzen beteiligen? Anfang der 1990er Jahre wurde darüber ähnlich kontrovers diskutiert...



Vizekanzler Klaus Kinkel (FDP) lag 1993 im Rechtsstreit mit Kanzler Kohl (CDU).

Bosnien-Herzegowina. Am 8. April 1993 gab das Bundesverfassungsgericht grünes Licht. Das Kuriose an der Entscheidung: Im Vorfeld war die schwarz-gelbe Koalition quasi gegen sich selbst vor die Karlsruher Richter gezogen.

Am 2. April, Mitten im Bosnienkrieg, hatte die Bundesregierung beschlossen, dass sich Soldaten in einem Nato-Awacs-Verband an der Mission im bosnischen Luftraum beteiligen sollen. Die SPD und auch die Regierungspartei FDP hatten aus verfassungsrechtlichen Gründen Bedenken...

Benjamin Stahl

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



ORTSTERMIN: DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE



Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, George Tsereteli (sitzend links), und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) unterzeichnen die Vereinbarung über die Jahrestagung des OSZE-Gremiums...

Abgeordnete als Diplomaten

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kennt man vor allem durch ihre Wahlbeobachter. Zuletzt überprüften sie Mitte März bei der Präsidentschaftswahl in Russland, ob an den Wahlurnen alles mit den rechten Dingen zugeht...

Parlamente“ in Berlin tagt, wird es an der Spree international. Aus 57 Mitgliedsstaaten kommen die 323 Teilnehmer der 27. Jahrestagung. Aus dem Deutschen Bundestag nehmen 13 Abgeordnete teil...

Diese interparlamentarische Zusammenarbeit soll die Grundlage bilden, um die Ziele der OSZE zu erreichen. Die Teilnehmer aus Nordamerika, Europa und Asien fördern den Austausch ihrer Parlamente und entwickeln Mechanismen, um Konflikte innerhalb der OSZE-Staaten zu verhindern oder zu lösen...

Friederike Beckh

LESERPOST

Zur Ausgabe 12 vom 19.3.2018, »Leicht und beständig« auf Seite 1:

Als ehemalige Abgeordnete lese ich gerne das Parlament: Es ist informativ, jeweils mit einem Schwerpunkt, strukturiert - etwa das Pro und Contra auf Seite 2. Man bleibt dran am Geschehen...

Sachverhalten auf die „leicht erklärten“ Ausführungen zurückgreifen. Letztes nicht ganz einfaches Beispiel: Werbeverbot für Abtreibungen - wird das Gesetz geändert? Ich bin für die Abschaffung des Gesetzes...

Ingrid Matthäus-Maier, ehemalige Präsidentin der Vereinigung der ehemaligen MdBs

Seit etwa einem Jahr lese ich „Das Parlament“ und glaube mich so über das politi-

sche Geschehen besser informiert als aus anderen Blättern. Was mich allerdings irritiert, ist die Beilage „leicht erklärt“. Anfangs kam mir der Gedanke, ich hätte ein Fehlerexemplar in Händen, aber nachdem Sie in Ihrem Editorial die Beilage als „großen Wurf“ feiern, muss ich feststellen, dass die Lücken- und Fehlerhaftigkeit gewollt ist...

H. Preis, per E-Mail

Zur Ausgabe 10-11 vom 5. März 2018, »Braucht's des?« auf Seite 8:

Wer hat Angst vor der Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz? Frau Grütters (CDU), Herr Lammert (CDU), Herr Thierse (SPD) und Herr Steinmeier (SPD) sicherlich nicht. Ist eine Ergänzung des Artikels 22 Grundgesetz geeignet, erforderlich und angemessen, um Deutsch als Amtssprache - oberhalb einfacher gesetzlicher Bestimmungen - verfassungsrechtlich und somit rechtlich eindeutig zu etablieren?

Ob ein Blick in die Verfassung der Republik Österreich genügt, um die Frage mit einem klaren Ja beantworten zu können, bleibt dahingestellt. Dass 18 von 27 EU-Staaten ihre Amtssprache verfassungsrechtlich fixiert haben, sollte alle Bundestagsfraktionen zu einer Diskussion über die Vor- und Nachteile der vorgeschlagenen Ergänzung veranlassen...

Fred Hagemeyer, Berlin

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 9. April.

PERSONALIA

>Anton Stark † Bundestagsabgeordneter 1965-1990, CDU

Am 10. Februar starb Anton Stark im Alter von 88 Jahren. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt aus Kirchheim unter Teck/Kreis Esslingen schloss sich 1956 der CDU an. Stark, Direktkandidat der Wahlkreise Nürtingen - Böblingen beziehungsweise Nürtingen, arbeitete im Bundestag im Rechtsausschuss mit, 1983/84 war er Vorsitzender des Gremiums. Von 1969 bis 1976 gehörte er dem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an.

>Gerhard Scheu Bundestagsabgeordneter 1983-2002, CSU

Gerhard Scheu vollendet am 27. März sein 75. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Verwaltungsbeamte aus Weilersbach/Kreis Forchheim wurde 1963 CSU-Mitglied und amtierte als stellvertretender Bezirksvorsitzender seiner Partei in Oberfranken. Von 1972 bis 1981 gehörte er dem Kreistag in Forchheim an. Im Bundestag engagierte sich der Direktkandidat des Wahlkreises Bamberg im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, im Finanzausschuss, im Haushaltsausschuss sowie im Rechtsausschuss. 1993/94 leitete Scheu den Untersuchungsausschuss „HIV-Infektionen durch Blut und Blutprodukte“.

>Jochim Stünker Bundestagsabgeordneter 1998-2009, SPD

Jochim Stünker wird am 29. März 70 Jahre alt. Der Vorsitzende Richter am Landgericht Verden trat 1965 der SPD bei, gehörte von 1976 bis 2006 dem Gemeinderat in Langwedel/Kreis Verden an - hier amtierte er von 1984 bis 2001 zugleich als ehrenamtlicher Bürgermeister - und saß seit 1986 im Kreistag von Verden. Von 2002 bis 2009 war er Rechtspolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion. Von 2004 bis 2009 gehörte er auch deren Vorstand an. Stünker wirkte im Rechtsausschuss mit, gehörte dem Richterwahlausschuss sowie dem Parlamentarischen Kontrollgremium an. Mit seinem Namen ist die im Juni 2009 vom Bundestag verabschiedete Regelung der Patientenverfügung verbunden.

>Eckhard Stratmann-Mertens Bundestagsabgeordneter 1983-1985, 1987-1990, Die Grünen

Am 3. April begeht Eckhard Stratmann-Mertens seinen 70. Geburtstag. Der Gymnasiallehrer aus Bochum gehörte 1979/80 zu den Gründungsmitgliedern der Grünen und war Mitglied des ersten Landesvorstands in Nordrhein-Westfalen. Im Bundestag saß der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher seiner Fraktion im Wirtschaftsausschuss. 1999, nach der Zustimmung seiner Partei zum Bundeswehreinsatz im Kosovo-Krieg, verließ Stratmann-Mertens die Partei.

>Klaus-Peter Creter Bundestagsabgeordneter 1990, CDU

Am 8. April wird Klaus-Peter Creter 75 Jahre alt. Der Elektroingenieur trat 1972 der CDU in der DDR bei und war stellvertretender Kreisvorsitzender. 1989 übernahm er den CDU-Kreisvorsitz von Gera-Stadt. Von März bis Oktober 1990 gehörte Creter der ersten frei gewählten Volkskammer an und war danach Mitglied des Bundestags bis zum Ende der 11. Wahlperiode. Seit Jahren ist Creter Stadtrat in Gera.

>Renate Diemers Bundestagsabgeordnete 1990-2002, CDU

Renate Diemers wird am 8. April 80 Jahre alt. Die langjährige Frauenreferentin der nordrhein-westfälischen CDU und ehrenamtliche Geschäftsführerin des Christlichen Frauenbildungswerks Westfalen-Lippe aus Haltern war 1966 ihrer Partei beigetreten und stand zeitweise an der Spitze der Frauen-Union des Kreisverbands Recklinghausen. Von 1973 bis 1986 war sie Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Berufstätiger Frauen in der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Im Bundestag wirkte Diemers im Ausschuss für Post und Telekommunikation, im Petitionsausschuss sowie im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit. Sie ist nach wie vor ehrenamtlich tätig. bmh

PANNENMELDER

Das Foto im „Kopf der Woche“ auf Seite 1 der Ausgabe 12 vom 19. März zeigt nicht den designierten US-Außenminister Mike Pompeo, Mike Pompeo sondern seinen Vorgänger, den Republikaner Rex Tillerson.



BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 16. - 20.04.2018

Jahresabrüstungsbericht 2017 (Do), Armut in Deutschland (Do)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

SEITENBLICKE



Fred Hagemeyer, Berlin

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Deutschland, das sind wir alle



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vor fast sechs Monaten, am 24. September 2017, wurde ein neuer Bundestag gewählt. Vor einer Woche wurde endlich die neue Regierung der Großen Koalition von CDU, CSU und SPD vereidigt. Gespräche zur Bildung einer sogenannten Jamaika-Koalition waren zuvor gescheitert. Der Regierungsbildungsprozess hat 171 Tage gedauert, so lange wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Schon allein diese schwierigen Umstände deuten darauf hin, dass sich in unserem Land ganz offenkundig etwas verändert hat, und das alles, obwohl unser Land gut dasteht, obwohl wir die höchste Zahl der Erwerbstätigen seit der Wiedervereinigung haben, obwohl die Arbeitslosigkeit nachhaltig sinkt, die Steuereinnahmen in Bund, Ländern und Kommunen steigen, obwohl die Investitionen zugenommen haben, wir in den vergangenen Jahren keine neuen Schulden aufgenommen haben und obwohl wir mehr Geld für Bildung und Forschung ausgeben.

Obwohl unser Land also gut dasteht, ja mehr noch, obwohl es uns wirtschaftlich so gut wie noch nie seit der Wiedervereinigung geht, machen sich viele Menschen Sorgen um die Zukunft, ist der Ton der Auseinandersetzung rauer geworden, ist der Respekt vor unterschiedlichen Meinungen zurückgegangen, ist die Angst vor falschen Informationen gewachsen, sind die Sorgen um den Zu-

sammenhalt unserer Gesellschaft größer geworden, den Zusammenhalt der Älteren und Jüngeren, von Ost und West, Stadt und Land, von Menschen, die über Generationen hier leben, und denjenigen, die als Migranten und Flüchtlinge zu uns gekommen sind. Die Frage, wie gut unser Rechtsstaat eigentlich funktioniert, die Frage, ob die soziale Marktwirtschaft ihr Wohlstandsversprechen auch in Zukunft halten kann, bewegt viele Menschen. Das haben auch die Parteien, die die Regierung tragen, also CDU, CSU und SPD, durch erhebliche Verluste im Wahlergebnis der Bundestagswahl zu spüren bekommen.

All das hat uns bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung umgetrieben. Uns hat während der Koalitionsverhandlungen die Frage beschäftigt, wie wir nach vier Jahren in der letzten Großen Koalition in dieser besonderen Situation unseres Landes die richtigen Antworten geben können.

Es ist vollkommen unbestritten, dass unter den vielfältigen Herausforderungen der letzten Jahre – ich nenne nur die Probleme der Euro-Zone und den Kampf gegen den internationalen Terrorismus – die vielen zu uns geflohenen Menschen vor allem aus Syrien, dem Irak und aus Afghanistan in den Jahren 2015 und 2016 unser Land in beispielloser Weise gefordert haben. Und nicht nur gefordert; vielmehr hat die Debatte über diese Entwicklung, die Debatte über den richtigen Weg, wie in einer akuten Situation zu handeln ist und wie wir langfristig die Integration bewältigen können, unser Land bis heute gespalten und polarisiert, und zwar so sehr, dass ein an sich unglaublich banaler Satz wie „Wir schaffen das!“, den ich im August 2015 gesagt habe und den ich zuvor mehr oder weniger wortgleich in meinem ganzen politischen Leben, auch privat, in allen möglichen inhaltlichen Zusammenhän-

gen schon unzählige Male gesagt hatte, zu einer Art Kristallisationspunkt dieser Auseinandersetzung werden konnte. Der Streit um diesen eigentlich so banalen Satz steht seither geradezu symptomatisch dafür, was unser Land und wir gemeinsam schaffen können, und vor allem auch, was wir gemeinsam schaffen wollen, auch und gerade angesichts einer weltweiten Fluchtbewegung, der größten seit dem Zweiten Weltkrieg, und angesichts dessen, was unser Land ausmacht und was unser Land prägt.

Führen wir uns noch einmal kurz vor Augen, was passiert ist. Vor sieben Jahren begann der so verheerende syrische Bürgerkrieg, ein Krieg, der Hunderttausende das Leben kostete, ein Krieg, der die Hälfte des syrischen Volkes zu Flüchtlingen gemacht hat. Hinzu kamen das Wüten des IS im Irak und in Syrien sowie der Zerfall der staatlichen Ordnung Libyens. Im Kern waren all das Folgen des zunächst mit so vielen Hoffnungen begleiteten Arabischen Frühlings. All das waren und sind Entwicklungen nicht irgendwo, sondern direkt vor der Haustür unserer Europäischen Union.

Zur ganzen Wahrheit gehört, dass wir – ich sage: auch ich – und viele unserer Partner in der EU und der NATO zu lange zu halbherzig reagiert oder einfach gehofft haben,

dass uns diese Probleme nicht direkt betreffen werden. Das war eine Hoffnung, die in Zeiten weltumspannender digitaler Vernetzung nicht nur falsch, sondern im Rückblick auch naiv war; denn es war ja eigentlich immer klar, dass Außenpolitik und Innenpolitik nicht zu trennen sind.

Zur ganzen Wahrheit gehört, dass wir uns damals zu spät damit befasst haben, dass die Türkei bereits 3 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen hatte, dass wir viel zu lange auf ein auf dem Papier zwar schlüssiges, aber in der Praxis untaugliches Dublin-

System gesetzt haben, auch weil wir annahmen, dass wir als Deutsche in der Mitte Europas von den Fluchtbewegungen um Europa herum schon nicht so sehr betroffen sein würden.

Zur ganzen Wahrheit gehört, dass wir zu spät erkannt haben, wie Millionen syrischer Flüchtlinge Zuflucht im Libanon und Jordanien fanden und nach Jahren mangelnder Mittel der internationalen Hilfsorganisationen weder genug zu essen noch zu trinken, geschweige denn Bildung für ihre Kinder hatten.

Zur ganzen Wahrheit gehört, dass wir zu lange weggesehen haben, dass im zerfallenden Libyen genauso wie in der Türkei, im Libanon und in Jordanien skrupellose Schlepperbanden auf dem Rücken der Flüchtlinge illegale Fluchtmöglichkeiten gefunden hatten, die diese Menschen in ihrer vollkommenen Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit genutzt haben.

Das waren die Gründe für die große Zahl von Flüchtlingen, die über Griechenland und auch Italien zu uns kamen: nach fast 200 000 im Jahre 2014 schließlich 890 000 im Jahre 2015 allein zu uns nach Deutschland.

Ja, und als sie kamen, haben wir diese Menschen aufgenommen und sie nicht abgewiesen. Jedem wurde ein Asylverfahren gewährt, entsprechend unseren Gesetzen und im Einklang mit europäischem und internationalem Recht. Die bei uns ankommenden Menschen konnten in ihrer übergroßen Mehrheit nichts dafür, dass die internationale Gemeinschaft sie fast vergessen hatte. Wir haben sie als Menschen in Not aufgenommen.

Ja, das war eine unglaubliche Bewährungsprobe für unser Land – für die Kommunen und die hauptamtlichen Mitarbeiter, für die vielen Freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer, für die Bundeswehr, die Deutsche Bahn, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAMF, für die Beschäftigten in den Ländern und im Bund. Keine unserer Strukturen war auf diese Aufgabe ausreichend vorbereitet. Wie konnten sie das auch sein? Und trotzdem haben wir diese Aufgabe im Großen und Ganzen bewältigt.

Dafür werde ich allen, die daran mitgewirkt haben und auch heute noch mitwirken, immer dankbar sein, und unser Land kann stolz darauf sein.

Natürlich gilt auch: Das war ei-

ne humanitäre Ausnahmesituation. Eine solche Ausnahmesituation soll und darf sich nicht wiederholen, weil eine Wiederholung nur zeigen würde, dass wir nichts gelernt hätten, weder national noch europäisch noch international.

Deshalb haben wir gehandelt, und deshalb müssen wir weiter handeln:

Erstens. Um Schleusern und Schleppern das Handwerk zu legen, haben wir das EU-Türkei-Abkommen geschlossen und die Türkei bei der Versorgung der Millionen Flüchtlinge finanziell unterstützt. Die zweite Tranche von noch einmal 3 Milliarden Euro muss von der Europäischen Union in den nächsten Monaten bereitgestellt werden. Ich weiß, dass das EU-Türkei-Abkommen bis heute viele Gegner hat. Ich werde es jedoch immer verteidigen, weil es allemal besser ist, als dem Sterben in der Ägäis und den Taten der Schlepper und Schleuser tatenlos zuzusehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ähnliche Vereinbarungen versuchen wir in Kooperation mit der libyschen Regierung der nationalen Einheit zu schließen, allerdings unter weit schwierigeren Voraussetzungen als mit der Türkei.

Zweitens. Nie wieder darf es passieren, dass die UN-Hilfsprogramme so dramatisch unterfinanziert sind wie vor zwei Jahren.

Deutschland hat deshalb in den letzten Jahren sowohl dem Welternährungsprogramm als auch dem UNHCR deutlich mehr Unterstützung zuteilwerden lassen. Hilfe vor Ort in der Nähe der Heimat ist eine zentrale Aufgabe.

Denn wir müssen – drittens – Fluchtursachen umfassend und entschieden bekämpfen – durch politische Lösungen, und das ist ungeheuer schwierig, wie wir gerade sehen. Gerade in diesen Tagen erleben wir grauenhaftes Tun

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

durch Bombardements zum Beispiel in Ost-Ghuta. Wir verurteilen diese Bombardements, zum Beispiel einer Schule, auf das Schärfste. Das sage ich in Richtung des Regimes von Assad, aber auch Russlands, das dem zusieht.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang sagen: Bei allen berechtigten Sicherheitsinteressen der Türkei ist es inakzeptabel, was in Afrin passiert, wo Tausende und Abertausende von Zivilisten verfolgt sind, zu Tode kommen oder flüchten müssen. Auch das verurteilen wir auf das Schärfste.

Fluchtursachen wollen wir auch durch eine neue Partnerschaft mit Afrika bekämpfen. Sowohl mit einem Marshallplan für Afrika als auch mit unseren Compacts with Africa werden Deutschland und die ganze Europäische Union dies tun.

Viertens. Europa kann seinen Raum der Freizügigkeit auf Dauer nur erhalten, wenn es gleichzeitig in der Lage ist, seine europäischen Außengrenzen zu schützen und zu sichern. Die Gründung einer gemeinsamen Grenzsicherungsagentur ist hier ein genauso wichtiger Schritt wie das Ein- und Ausreiseregister, das jetzt endlich aufgebaut wird. Ein Überblick, wer sich im Raum der Freizügigkeit, also im Schengen-Raum, aufhält, muss durch ein einheitliches Dateisystem in Zukunft jederzeit gewährleistet sein.

Wir brauchen eine solche Kontrolle; denn wir mussten ja auch erleben, dass unter den so vielen friedlichen und unbescholtenen Flüchtlingen auch islamistische Terroristen waren.

Die Zahl der Gefährder, solcher, die schon lange in Deutschland leben, und solcher, die seit 2015 zusammen mit den Flüchtlingen zu uns kamen, hat in den letzten Jahren zugenommen. Es hat furchtbare terroristische Anschläge

gegeben, die nicht verhindert werden konnten: in Ansbach, in Würzburg und vor allem in Berlin am Breitscheidplatz. Wir gedenken der Toten. Wir versuchen, den Angehörigen und den Verletzten zu helfen. Wir danken dem Opferbeauftragten Kurt Beck, und wir werden in Zukunft einen hauptamtlichen Opferbeauftragten in der Bundesregierung haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch ausdrücklich unseren Sicherheitsbehörden danken, die durch ihre Arbeit alles daransetzen, dass solche terroristischen Anschläge verhindert werden können. Ihre Arbeit verdient unsere gemeinsame Unterstützung, und das sollten wir auch zum Ausdruck bringen.

Und mehr noch: Unsere freiheitliche Gesellschaft wird sich unsere Art, zu leben, nicht durch Terroristen zerstören lassen.

Fünftens. Wir wollen und wir werden auch in Zukunft denjenigen Schutz geben, die in einer humanitären oder politischen Notlage sind. Das bedeutet dann aber auch, dass diejenigen, die keinen Anspruch auf Schutz haben, unser Land wieder verlassen müssen – am besten über freiwillige Rückkehrprogramme mit einer Starthilfe im Heimatland, notfalls auch durch staatlich angeordnete Rückführungen.

Über die Frage, wer einen Aufenthaltsstatus bekommt, wird zukünftig in sogenannten Ankerzentren schneller entschieden. Von dort sollen gegebenenfalls auch die Rückführungen erfolgen. Insgesamt brauchen wir ein europaweites gemeinsames Asylsystem, an dem wir mit Hochdruck arbeiten und das wir hoffentlich im Ju-

ni beschließen werden.

Sechstens. Wer einen Aufenthaltsstatus hat, muss schnell vor Ort integriert werden, das heißt die Sprache erlernen und Chancen für eine Ausbildung bekommen. Die Kinder sollen in Kindergärten und Schulen lernen können. Dabei unterstützt der Bund die Länder und Kommunen auch in den nächsten Jahren verlässlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind nur einige unserer wichtigsten Schlussfolgerungen, mit denen wir sicherstellen werden, dass sich eine Notlage wie die des Jahres 2015 nicht wiederholt – für niemanden, weder für Menschen, die zu uns kommen wollen, noch für unser Land. Mit diesem Maßnahmenpaket wollen wir Fluchtursachen bekämpfen und den Menschen Perspektiven vor Ort geben. Zugleich wollen wir erreichen, dass bei Einhaltung all unserer internationalen, europäischen und nationalen humanitären Verpflichtungen pro Jahr nicht mehr als 180 000 bis 220 000 Flüchtlinge in unser Land kommen. Das entspricht den langjährigen Erfahrungswerten.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, seien wir ehrlich! Diese beschlossenen Maßnahmen alleine wären noch keine ausreichende Antwort auf die von mir eingangs beschriebene Situation in unserem Land: auf den teilweisen Verdross, auf die Sorgen zu vieler um die Zukunft, auf die Polarisierung in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Die Herausforderungen, die alle staatlichen Institutionen 2015 mit den so vielen ankommenden Flüchtlingen zu bewältigen hatten, haben vielmehr

wie in einem Brennglas viele Themen und Probleme von Zuwanderung und Integration nur noch klarer zutage treten lassen, als sie es zuvor schon waren. Warum?

Erstens. Es steht völlig außer Zweifel, dass in den 60er-Jahren in der alten Bundesrepublik Millionen Menschen aus Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei und anderen Ländern durch ihre Arbeit und ihren Fleiß zum Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland beigetragen haben und dass ihre Kinder und Enkel heute zum Wohlstand ganz Deutschlands beitragen.

Ebenso außer Zweifel steht aber auch, dass diese Menschen in Zeiten von Strukturumbrüchen immer die Ersten waren, die ihre Arbeit verloren, dass ihre Kinder im Durchschnitt schlechtere Bildungsabschlüsse haben, dass sich Parallelgesellschaften entwickelt haben und dass Menschen ohne Aufenthaltsstatus auch kriminelle Strukturen gebildet haben. Um das zu überwinden, müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam agieren. Unser Koalitionsvertrag gibt darauf wichtige Antworten.

Zweitens. Bei meinem Amtsantritt habe ich 2005 sehr bewusst das Amt der Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration im Bundeskanzleramt angesiedelt, um damit die übergreifende Bedeutung dieser Aufgabe zu unterstreichen. Wir haben viele Fortschritte gemacht. Wir sind aber längst noch nicht da, wo wir sein wollen.

Insbesondere das Zusammenleben der Religionen stellt uns vor große Herausforderungen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, so heißt es in Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Dieser Artikel beschreibt den Kern unseres Zusammenlebens. Er macht klar, dass Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in unserem Rechtsstaat keinen Platz haben.

Die Menschen erwarten zu Recht, dass dies auch überall durch unseren Rechtsstaat durchgesetzt wird: auf dem Schulhof, in der U-Bahn, bei der Rechtsprechung; kurz: an jedem Ort in unserem Land. Deshalb ist es wichtig, dass wir in Bund und Ländern 15 000 neue Polizisten einstellen und einen Pakt für den Rechtsstaat schmieden werden. Das gilt für die Umsetzung von Recht und Gesetz im Allgemeinen genauso wie für die Garantie der Religionsfreiheit.

Dazu gehören auch der Respekt und die Achtung vor denen, die Recht und Gesetz in unserem Land durchsetzen: vor Polizisten, Zollbeamten, Richtern, Gerichtsvollziehern, Beamten, insbesondere in der Justiz, aber auch in den Ordnungsdiensten und anderswo.

Die Fragen des Zusammenlebens und des Zusammenhalts gehen aber natürlich weit über die Durchsetzung von Recht und Gesetz hinaus. Viele Menschen fragen ganz grundsätzlich nach dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft, nach der Zukunft ihrer eigenen Heimat, nach dem, was unser Land in der Vergangenheit geprägt hat und was uns heute und für die Zukunft prägt. Religiöse und kulturelle Vielfalt, Globalisierung und Digitalisierung machen diese Fragen immer drängender.

Deshalb – drittens –: Etwa 4,5 Millionen Muslime leben in Deutschland. Die große Mehrzahl dieser Menschen lehnt wie die Mehrheit aller in unserem Land lebenden Menschen Radikalismus und islamistischen Terror ab. Viele von ihnen leben ihren Glauben, den Islam, friedlich, verfassungstreu und gesetzestreu. Es steht völlig außer Frage, dass die historische Prägung unseres Landes christlich und jüdisch ist. Doch so richtig das ist, so richtig ist es auch, dass mit den 4,5 Millionen bei uns lebenden Muslimen ihre Religion, der Islam, inzwischen ein Teil Deutschlands geworden ist.

Ich weiß, dass viele ein Problem damit haben, diesen Gedanken anzunehmen.

Das ist ihr gutes Recht. Doch als Bundesregierung, meine Damen und Herren, haben wir eine übergeordnete Aufgabe, eine ganz bestimmte Verantwortung, nämlich die, alle Diskussionen so zu führen, dass am Ende durch konkrete Politik, durch konkrete Entscheidungen der Zusammenhalt in unserem Land größer und nicht kleiner wird, also der Zusammenhalt aller, die dauerhaft in Deutschland leben, ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Wir haben im Übrigen inzwischen verstanden, dass es nicht ausreicht, dass unser Land Studiengänge für islamische Theologie und die Ausbildung von Religionslehrern anbietet, ansonsten aber die Arbeit in den Moscheen den Imamen überlassen wird, ohne dass wir uns ausreichend um die jeweiligen Strukturen kümmern. Religionsfreiheit und Staatskirchenverträge mit den christlichen Kirchen und dem Zentralrat der Juden sind heute selbstverständlich. Im Umgang mit dem Islam müssen Bund und Länder auch hier zukunftsfähige Strukturen finden. Dass wir uns Jahrzehnte darauf verlassen haben, dass für die sogenannten Gastarbeiter Imame aus der Türkei kamen, reicht als Modell für das 21. Jahrhundert nicht mehr aus.

Hier kann und muss die Islamkonferenz eine zentrale Rolle spielen, und hier müssen Bund und Länder zusammenarbeiten. Deshalb habe ich den Bundesinnenminister gebeten, darüber Gesprä-

Fluchtursachen wollen wir auch durch eine neue Partnerschaft mit Afrika bekämpfen.



Die Zuwanderung im Jahr 2015 war eine „unglaubliche Bewährungsprobe für unser Land“, sagte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) vergangene Woche im Plenum. Behörden wie das BAMF seien nicht ausreichend auf die Aufgabe vorbereitet gewesen. © picture-alliance/dpa

che mit den Innenministern der Länder zu führen. Ich werde auch selbst gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder diesen Prozess begleiten und unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts all dieser Herausforderungen zieht sich die Frage des Zusammenhalts wie ein roter Faden durch den gesamten innenpolitischen Teil unseres Koalitionsvertrags. Wir als Bundesregierung wollen Spaltungen unserer Gesellschaft überwinden: zwischen denen, die als Deutsche schon immer hier leben, und denen, die zu uns kommen, Spaltungen zwischen Ärmern und Reicherem, zwischen Älteren und Jüngeren. Im Ergebnis wollen wir einen neuen Zusammenhalt schaffen.

Wir wollen dazu beitragen, den leider vorhandenen Eindruck zu überwinden, dass in einer großen Notlage ganz schnell und umstandslos Fremden geholfen wird, die einheimischen Deutschen, die ebenfalls der Hilfe bedürfen, aber zurückstehen müssen. Deshalb wollen wir erreichen, dass der übergroße Wohlstand unseres Landes, die großartige wirtschaftliche Entwicklung, die unser Land seit 2005 genommen hat, allen zugutekommen kann und allen zugutekommen wird.

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die von Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Zusammenhalt geprägt ist.

Zusammenhalt, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird zuerst in der Familie gelebt. Hier lernen Kinder, was es heißt, den eigenen Weg zu finden und zugleich füreinander da zu sein. Wenn wir Familien stärken, stärken wir den Einzelnen und gleichzeitig die Gemeinschaft.

Deshalb ist die Entlastung und Stärkung der Familien eine der ersten Prioritäten der Bundesregierung. Wir erhöhen das Kindergeld, wir passen den steuerlichen Freibetrag an. Davon werden alle Familien profitieren. Wir entlasten insbesondere Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Wir erhöhen den Kinderzuschlag. Denn hier gibt es nichts zu beschönigen: Kinderarmut in einem reichen Land wie Deutschland ist eine Schande, und wir müssen sie mit aller Kraft bekämpfen.

Wir sagen: Die, die täglich unser Land am Laufen halten, sollen mehr Gestaltungsmöglichkeiten für ihr eigenes Leben haben. Deshalb ist es richtig, dass die Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung und die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der Gesundheitsversicherung alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet.

Für 90 Prozent der Steuerzahler werden wir außerdem den Solida-

ritätszuschlag abschaffen. Vor allem für Familien und Bürger mit kleinen und mittleren Einkommen wird das eine gute Sache sein.

Auch Generationengerechtigkeit schafft Zusammenhalt. Das zeigt sich zum Beispiel in soliden Finanzen.

Der Bund hat seit 2014 keine neuen Schulden mehr aufgenommen, und das wird auch in den nächsten Jahren so bleiben. Das ist gelebte Generationengerechtigkeit.

Ein eigenes Heim gibt Familien das Gefühl von Sicherheit und Schutz, und es ist auch eine gute Möglichkeit, Vermögen aufzubauen. Deshalb wollen wir mit einem Baukindergeld von 1 200 Euro für jedes Kind über zehn Jahre zur Bildung von Wohneigentum beitragen.

Die Mehrzahl der Familien in Deutschland wohnt allerdings zur Miete. Es wird für viele immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Deshalb werden wir die Wirksamkeit der Mietpreisbremse prüfen und vor allen Dingen eine Wohnraumoffensive starten, mit dem Ziel, 1,5 Millionen frei finanzierte Wohnungen und Eigenheime zusätzlich zu bauen.

Mindestens 2 Milliarden Euro werden wir zusätzlich in den sozialen Wohnungsbau investieren, obwohl im Zusammenhang mit den Bund-Länder-Finanzverhandlungen eigentlich ausgemacht war, dass nur noch die Länder für diesen Bereich zuständig sind.

Deshalb werden wir darauf achten, dass das Geld in den sozialen Wohnungsbau geht und nirgendwo anders hin. Das will ich ganz deutlich sagen.

Wir wollen außerdem, dass Familien in der intensivsten Lebensphase mit Kindern alles besser unter einen Hut bekommen. Deshalb werden wir nach dem Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz nun auch bis 2025 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schaffen, und wir werden auch die Qualität des Lernens in den Kitas verbessern.

Herkunft darf den Erfolg oder den Misserfolg in der Schule nicht bestimmen.

Zwar bietet der Bildungsföderalismus die Chance, dass sich die besten Ansätze in den Ländern herauskristalisieren. Aber seien wir ehrlich: Für viele Eltern ist der Bildungsföderalismus auch oft ein Ärgernis, wenn es um die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen geht. Deshalb werden wir einen nationalen Bildungsrat einsetzen, der sich unter anderem mit der Vergleichbarkeit solcher Ab-

schlüsse beschäftigt.

Durch eine Änderung des Grundgesetzes wird es eine Investitionsoffensive für Schulen geben.

Hinzu kommen so zukunftsweisende Entscheidungen wie der Digitalpakt für die Schulen, wo wir uns um die Lerninhalte kümmern werden, um den Anschluss der Schulen und vor allen Dingen um die Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Wir werden einen Berufsbildungspakt auflegen. Denn seien wir ehrlich: Wir haben uns jahrelang um den Ausbau der Hochschulen gekümmert, um die Verbesserung der Bedingungen für das Studium. Jetzt sind auch einmal die beruflichen Schulen dran und die berufliche Ausbildung, eine große Stärke unseres Landes.

Unsere sozialen Sicherungssysteme sind im weltweiten Vergleich gut.

Trotzdem werden sie von vielen Menschen hinterfragt. Nehmen wir zum Beispiel die Pflege. Wir haben in den letzten vier Jahren einiges getan, vor allen Dingen die Leistungen für Pflegebedürftige deutlich verbessert und den Pflegebedürftigkeitsbegriff auch erweitert. Aber jeder spürt: Das reicht nicht. – Jeder unter uns kennt Freunde und Nachbarn, die Angehörige pflegen oder selbst in der Situation des Pflegenden oder des Pflegebedürftigen sind. Die größte Bürde tragen die Angehörigen, trägt die Familie. Aber die Pflegenden, ob in der Familie oder in einer Pflegeeinrichtung, sie alle sind die stillen Helden unserer Gesellschaft.

Sie leisten einen Beitrag zur Menschlichkeit unserer Gesellschaft; denn die Menschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich am Anfang und am Ende eines Lebens.

Angesichts der Dringlichkeit werden wir ein Sofortprogramm Pflege auflegen. 8 000 neue Pflegekräfte sollen ein erster Schritt der Entlastung sein. Ich weiß schon, dass viele sagen: Das ist bei rund 13 000 stationären Pflegeeinrichtungen nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Denen antworte ich: Das ist ein erster Schritt; dem werden weitere folgen müssen. Aber immerhin ist es ein erster, wichtiger Schritt. Den müssen wir erst einmal machen.

Pflegearbeit braucht Anerkennung. Deshalb werden wir die Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege nach Tarif stärken, mit den Tarifpartnern enger zusammenarbeiten, um endlich zu flä-

chendeckenden Tarifverträgen zu kommen.

Dann das Thema Gesundheit. Trotz eines der besten und leistungsfähigsten Gesundheitssysteme weltweit treibt die Menschen die Sorge um, ob eine flächendeckende Gesundheitsversorgung in Zukunft noch möglich ist. Das gilt für eine gleichermaßen gute Versorgung, unabhängig vom Wohnort, vom Einkommen und vor allem auch von der Art der Versicherung. Dafür werden wir in einem Sofortprogramm die Versorgung gesetzlich Versicherter verbessern: durch Terminservicestellen, Mindestsprechstundenangebote, regionale Zuschläge vor allen Dingen für Landärzte – da müssen wir endlich einen Paradigmenwechsel hinbekommen, sodass diejenigen, die später als Ärzte arbeiten wollen, Medizin studieren können und nicht nur diejenigen, die mit eins Abitur machen; das ist ganz wichtig –, eine bessere Vergütung für Hausärzte und vieles mehr. Wir werden – ich sage: endlich – genauso wie in der Pflege das Schulgeld für die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen abschaffen; das ist ein Anachronismus.

Wir werden stattdessen eine Ausbildungsvergütung in den Sozial- und Pflegeberufen einführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Rente ist der Lohn für Lebensleistung. Aber wie schaffen wir es, dass auch im Alter gilt: Wer lange gearbeitet hat, muss mehr haben, als wenn er nicht gearbeitet hat? Dazu gehen wir jetzt einen neuen Weg. Wir führen eine Grundrente für Menschen ein, die 35 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben. Sie wird 10 Prozent oberhalb der Grundsicherung liegen und von der Rentenversicherung ausgezahlt werden.

Altersarmut entsteht heute vor allem dort, wo Menschen wegen Krankheit ihre Erwerbstätigkeit aufgeben mussten, und ebenso dort, wo Eltern – zumeist Mütter – wegen der Kindererziehung Arbeit eingeschränkt haben oder gar nicht erwerbstätig waren. Wir werden daher zwei Dinge tun: die Erwerbsunfähigkeitsrente noch einmal verbessern und künftig für Eltern, die drei oder mehr Kinder erzogen haben, für Geburten vor 1992 auch das dritte Jahr Erziehungszeit in der Rente anrechnen.

Um aber das Vertrauen in die langfristige Stabilität der gesetzlichen Rente zu stärken, werden wir die gesetzliche Rente bis zum Jahr 2025 auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent festschreiben und

sicherstellen, dass der Beitrag nicht über 20 Prozent steigt. Allerdings wissen wir, dass unser Rentensystem durch die längere Lebensdauer und die geringere Zahl von Kindern für die Zeit nach 2025, spätestens nach 2030, nicht nachhaltig ausgestaltet ist. Deshalb wird es – ich glaube, das wird eine der größeren Aufgaben der neuen Bundesregierung sein – in einer Rentenkommission zusammen mit den Tarifpartnern langfristig notwendig sein, ein generationsgerechtes und finanzierbares Rentensystem der Zukunft auszuarbeiten. Dieser Aufgabe stellen wir uns jetzt und nicht irgendwann.

Jenseits der sozialen Sicherungssysteme fordern uns vor allem, und das in den letzten Jahren spürbar mehr, die unterschiedlichen Lebensbedingungen in Stadt und Land heraus. Rathäuser und Arztpraxen schließen. Die Schule ist weit entfernt. Der Bäcker findet keinen Nachfolger. Der Supermarkt ist nicht mehr im Ortskern, sondern nahe der Autobahnauffahrt, wo es Parkplätze gibt, wohin aber der Weg für Ältere viel zu weit ist. Bus und Bahn fahren nicht häufig genug. Ohne das Auto ist die Arbeitsstelle nicht zu erreichen.

Die Versorgung mit dem täglich Nötigen wird immer umständlicher, der Alltag immer beschwerlicher. Die jungen Menschen ziehen weg; denn sie finden keinen oder keinen gutbezahlten Job. Großeltern sehen ihre Enkel nur noch selten. Das fordert uns heraus. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Deutschland schaffen, und dazu handeln wir strukturell und inhaltlich.

Genau deshalb ist das Bundesinnenministerium um die Bereiche Bau und Heimat erweitert worden, und eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ wird unter Leitung des Innenministers die Programme aller betroffenen Ressorts bündeln, um mit Ländern und Kommunen Antworten auf die wirklich berechtigten Erwartungen der Menschen an die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in unserem Land zu geben.

Dabei reagieren wir sowohl auf die demografischen Herausforderungen, die wir haben, die ja ländliche Regionen in besonderer Weise treffen, als auch auf den notwendigen Strukturwandel – ich denke zum Beispiel an die Braunkohleregionen in den neuen Ländern oder in Nordrhein-Westfalen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das, was wir uns für die Verbesserung der Lebensbedingungen in unserem Land vorgenommen haben, wird letztlich

Wenn wir Familien stärken, stärken wir den Einzelnen und gleichzeitig die Gemeinschaft.

Jetzt sind auch einmal die beruflichen Schulen und die berufliche Ausbildung dran.

nur gelingen, wenn noch mehr Menschen als heute Arbeit haben. Deshalb wollen wir bis zum Jahre 2025 Vollbeschäftigung erreichen. Das bedeutet aber, dass wir uns mit großer Ernsthaftigkeit um die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Landes kümmern; denn die Wirtschaft schafft die Arbeitsplätze, die wir brauchen.

Unsere Wirtschaft, ob kleinere, mittlere oder große Unternehmen, steht heute gut da. Doch zugleich haben wir ein doppeltes Problem: Einerseits brauchen wir in allen Bereichen mehr Fachkräfte, und deshalb werden wir ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz verabschieden. Erstmals bekennten sich alle Koalitionsparteien dazu.

Andererseits müssen wir die heute Arbeitslosen weiter befähigen, wieder in den Arbeitsmarkt hineinzukommen. Bei einigen Langzeitarbeitslosen wissen wir allerdings auch, dass wir dazu einen sozialen Arbeitsmarkt brauchen, den wir jetzt schaffen werden, der allerdings auch durchlässig sein muss; denn er darf kein Ort der Aussichtslosigkeit werden.

Die hohe Zahl von Erwerbstätigen heute sagt allerdings wenig, um nicht zu sagen: gar nichts, über die Zukunft aus. Nehmen wir einmal das Beispiel Nokia. Im Jahre 2007 – das ist gut zehn Jahre her – verkaufte Nokia 50 Prozent aller Mobiltelefone weltweit. Zehn Jahre später, nachdem das Smartphone auf den Markt kam, liegt der Verkaufsanteil von Nokia noch bei 1 Prozent. Daran sehen wir, dass sich durch die rasante Digitalisierung aller Lebensbereiche, durch die wachsende weltweite Verflechtung des Wirtschaftens, durch aufstrebende Schwellenländer – ich nenne China –, durch die Herausforderungen des Klimaschutzes die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens rasant und qualitativ oft disruptiv verän-

dern.

Übrigens: Viele sagen mir, dass es ein Weiter-so in der neuen Legislaturperiode nicht geben dürfe. Stimmt! Ein Weiter-so kann es gar nicht geben; denn die Welt um uns herum ändert sich nicht einfach so, sondern sie ändert sich gerade epochal. Unsere Leitindustrien, namentlich die Automobilindustrie und ihre Zulieferer, aber auch die pharmazeutische Industrie, die Chemie und der Maschinenbau, sie alle sind davon betroffen. Es ist nicht garantiert, dass wir in fünf oder zehn Jahren wirtschaftlich so gut dastehen wie heute.

Fehler in einzelnen Branchen können sich sehr schnell zu systemischen Problemen entwickeln. Wie schnell das gehen kann, sehen wir beim Dieseltreibe. Deshalb wird sich die Bundesregierung – das wird eine der ersten Amtshandlungen sein – mit der Zukunft des Dieselantriebs befassen. Saubere Luft, intelligente innerstädtische Verkehrssysteme und Nutzung individueller Mobilität müssen in Einklang gebracht werden, und zwar so, dass Arbeitsplätze nicht in Gefahr geraten, die Käufer von Dieselaautos nicht die Dummen sind und wir trotzdem Luft und Klima schützen – im Grunde eine Quadratur des Kreises.

Flächendeckende Fahrverbote lehnen wir ab. Wir brauchen vielmehr maßgeschneiderte Lösungen für die von Grenzwertüberschreitungen betroffenen Kommunen. Die allermeisten Kommunen – Jahr für Jahr sinkt ja auch der Stickoxidausstoß – werden in der Kombination von eigenen Luftreinhalteplänen, Förderprogrammen des Bundes und zwingend notwendigen Beiträgen der Automobilindustrie die Grenzwerte sehr bald einhalten können. Einige wenige Städte werden besondere Lösungen

brauchen, und dabei nehmen wir die Automobilindustrie in die Pflicht.

Für die eigenen Fehler müssen die Hersteller geradestehen, und wir müssen dafür sorgen, dass ausreichend in die Mobilität der Zukunft investiert wird; auch das ist wichtig.

Verbrennungsmotoren sind eine Brückentechnologie, die wir zwar noch auf absehbare, relativ lange Zeit brauchen, aber die Zukunft gehört alternativen Antrieben. Hier setzt die Bundesregierung mit umfangreichen Förderprogrammen an. Deutschland braucht – da steht die Automobilbranche stellvertretend für viele – auch in Zukunft ein starkes industrielles Rückgrat. Deshalb entwickeln wir mit Frankreich ein modernes Unternehmensteuerrecht, auch als Antwort auf den globalen Wettbewerb.

Deshalb investieren wir in Forschung und Entwicklung. Gemeinsam mit dem privaten Sektor wollen wir bis 2025 nicht nur 3,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Innovation investieren, sondern 3,5 Prozent. Wir werden für kleinere und mittlere Unternehmen eine steuerliche Forschungsförderung einführen. Da die Investitionszyklen kürzer sind, werden wir neue Abschreibungsmöglichkeiten einführen, Start-ups fördern und Bürokratie abbauen. Wir brauchen neue Schwerpunkte der Innovation. Ich nenne hier die künstliche Intelligenz – auch in deutsch-französischer Kooperation. Investitionen in die Infrastruktur – Straßen, Schienen, Breitbandausbau, Stromtrassen – werden in unserem Programm gestärkt. Aber vorrangig ist, so banal es klingen

mag, die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Ansonsten können viele Projekte nicht realisiert werden; zwar ist das Geld da, aber die Planung zu langsam.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bezahlbare Energie ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Industriestandort. Bezahlbarkeit zu sichern und die Energiewende hin zu marktnahen erneuerbaren Energien voranzubringen, das entscheidet darüber, ob wir unsere Klimaschutzziele

erreichen. Wir werden ein Klimaschutzgesetz verabschieden, um unsere Klimaziele 2030 zu erreichen und den Weg dahin verlässlich vorzuschreiben. Dazu gehört auch ein Plan zur schrittweisen Reduzierung

und Beendigung der Kohleverstromung einschließlich eines Abschlussdatums und der notwendigen sozialen und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen den Treiber des Wandels unserer Arbeits- und Wirtschaftswelt gestalten, und das ist der digitale Fortschritt. Was immer digitalisiert werden kann, wird digitalisiert werden. Wo früher Massenproduktion stattfand, findet heute individuelle Produktion mit der Stückzahl eins statt.

Daten werden zum Rohstoff des 21. Jahrhunderts, insbesondere Daten über das Verhalten und die Wünsche der Kunden. Hersteller, ihre Maschinen und ihre Produkte werden digital, und zwar global, vernetzt. Menschen und Maschinen – Maschinen, das heißt Roboter – arbeiten zusammen, und Maschinen können mithilfe der künstlichen Intelligenz zu lernenden Systemen werden. Alle diese Entwicklungen vollziehen sich in einem atemberaubenden Tempo. Die Geschwindigkeit des Handelns – man kann auch sagen: das Tempo des Handelns – wird zum entscheidenden Faktor unserer Zukunftsfähigkeit. Das bedeutet, die soziale Marktwirtschaft mit Ludwig Erhards Versprechen vom „Wohlstand für alle“ muss eine neue Bewährungsprobe bestehen.

Was genau ist die Rolle der Politik unter diesen Umständen? Zunächst einmal muss die Politik wie vor 70 Jahren während der Anfänge der sozialen Marktwirtschaft Leitplanken setzen, den rechtlichen Rahmen schaffen, im Wettbewerbsrecht, im Steuerrecht und bei der Frage der Sicherung des Eigentums, eine der Kernfragen der sozialen Marktwirtschaft. Genau hier stellen sich die schwierigsten Aufgaben. Wenn Daten der Rohstoff der Zukunft

sind, dann entscheidet die Souveränität des Menschen über diese Daten und damit auch über die Frage des Eigentums und damit der Teilhabe jedes Einzelnen. Wird der Einzelne auf neue Weise ausgebeutet, weil die Daten privaten Monopolen oder Staaten gehören? Oder schaffen wir es, ein faires System des Dateneigentums aufzubauen?

Diese Fragen sind Herausforderung und Chance, nicht nur für Deutschland, sondern für die Europäische Union insgesamt. Die Frage, die uns in diesen Tagen im Hinblick auf Facebook beschäftigt, was da mit den Daten passiert ist, ist nur ein Ausschnitt aus der gesamten Frage. Deshalb haben Europa und Deutschland durch die Erfahrung mit der sozialen Marktwirtschaft die einmalige Chance, hier wieder ein gerechtes, den Menschen in den Mittelpunkt stellendes System der Teilhabe an der Souveränität der Daten zu schaffen. Aber bis dahin haben wir noch einen weiten Weg zu gehen. Die Datenschutz-Grundverordnung ist ein erster kleiner zaghafter Schritt. Hier müssen wir weitergehen, wenn wir es gerecht machen wollen.

Natürlich ist die Infrastruktur, das heißt der Ausbau von Breitband, eine wesentliche Grundvoraussetzung für den Erfolg der Digitalisierung. Wir wollen, dass bis 2025 alle Zugang zu Breitbandnetzen haben. Wir wollen den Ausbau der 5G-Netze flächendeckend durchsetzen. Hierfür haben wir im Koalitionsvertrag den Weg vorgezeichnet. Wir brauchen ein einheitliches Vorgehen der Bundesregierung, um die IT-Systeme des Bundes zu bündeln. Das Kanzleramt wird hierbei seine koordinierende Funktion stärken. Wir brauchen eine digitale Verwaltung beim Umgang der Bürger mit ihrem Staat auf allen Ebenen. Dem dient die Schaffung eines Bürgerportals mit jeweils einem Zugang für jeden Bürger zu allen öffentlichen Stellen.

Alle Ministerien werden ihre digitalen Kompetenzen verstärken: von Wirtschaft 4.0 über Arbeit 4.0 bis in den Forschungs-, Gesundheits- und Landwirtschaftsbereich – um nur einige zu nennen. Wir werden einen Kabinettsausschuss Digitalisierung schaffen. Um die gesamte Breite der durch die Digitalisierung entstehenden neuen gesellschaftlichen Entwicklungen zu erfassen und zu durchdringen, werde ich einen Digitalrat mit Vertretern und Sachverständigen aller Bereiche gründen, der mich und die ganze Bundesregierung beraten wird; denn neue Erkenntnisse müssen wegen des rasanten Wandels natürlich möglichst schnell in politisches Handeln umgesetzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kolle-

**Wir wollen,
dass bis
2025 alle
Zugang zu
Breitbandnetzen
haben.**



Messstation an einer stark befahrenen Straße mit angrenzenden Wohnhäusern. In vielen Städten drohen Fahrverbote, weil die Stickoxid-Werte überschritten werden.

© picture-alliance/Jochen Eckel

gen, Digitalisierung und Abschottung sind zwei Pole, die sich nach unserem Verständnis besonders schlecht vertragen. Deshalb ist das 21. Jahrhundert eigentlich das Jahrhundert der multilateralen Lösungen und der multilateralen Institutionen. Das gilt ganz besonders für den Handel.

Die Bundesregierung ist überzeugt, dass Abschottung am Schluss allen schadet. Deshalb werden wir uns in den anstehenden Diskussionen, derzeit mit der amerikanischen Administration, natürlich weiter für Gespräche einsetzen, notfalls aber auch unmissverständliche Gegenmaßnahmen ergreifen. Das wird auch ein Thema beim kommenden Europäischen Rat sein.

Wolfgang Schäuble hat einmal festgestellt, dass die Europäische Union die beste Idee ist, die wir Europäer im 20. Jahrhundert hatten.

Man kann es trotz aller Schwierigkeiten und Mühsal kaum treffender beschreiben. Die Europäische Union hat sich seit ihrer Gründung als Glücksfall gerade für uns Deutsche erwiesen; denn machen wir uns nichts vor: Die Welt um uns herum ist ungemütlich und unübersichtlich. Europa ist heute von großen Konflikten umgeben. Instabilität, Gewalt, die Verletzung völkerrechtlich anerkannter Grenzen – all das findet heute, und zwar vor unserer Haustür, statt.

Europas wirtschaftliche Bedeutung hat sich durch den Aufstieg anderer Regionen relativiert. Auch wenn die Europäische Union als Ganzes endlich wieder Wirtschaftswachstum hat, sitzen viele der Lokomotiven der digitalen Weltwirtschaft nicht in Europa, sondern in den USA oder in Asien. Schon heute ist absehbar, dass eines Tages kein europäisches Land mehr als 1 Prozent der Weltbevölkerung stellen wird. Deshalb bin ich überzeugt: Unsere Zukunft liegt im Zusammenhalt Europas, nicht in Kleinstaaterei, nicht im Rückzug auf sich selbst, nicht in nationalen Egoismen. Nur gemeinsam können wir unsere Souveränität, unsere Interessen und unsere Werte verteidigen. Nur gemeinsam werden wir in der Lage sein, unseren Wohlstand auf Dauer zu sichern. Und nur gemeinsam wird es uns gelingen, unseren Friedens- und Stabilitätsbeitrag in der Welt überhaupt leisten zu können.

Deshalb werden wir beim morgigen Europäischen Rat über einige Themen sprechen, die für die zukünftige Entwicklung Europas entscheidend sein werden. Wir werden natürlich über die internationalen Handelsbeziehungen sprechen. Sie wissen, dass die Entscheidung der USA ansteht, ob Zölle auf Stahl und Aluminium auch für Europa eingeführt wer-

den. Wir halten diese Zölle für rechtswidrig. Wir glauben, sie sind schädlich – ich habe das gesagt –; aber wir müssen die Entwicklung natürlich abwarten.

Nachdem wir am Donnerstag beim Europäischen Rat gemeinsame Fragen der 28 Mitgliedstaaten besprochen haben werden, wird es am Freitag zwei Treffen geben: Zum einen kommen wir im Format der 27 – ohne Großbritannien – zusammen und werden über das zukünftige Verhältnis zu Großbritannien sprechen. Dafür liegen jetzt die entsprechenden Leitlinien auf dem Tisch. Wir wollen ein freundschaftliches, enges Verhältnis zu Großbritannien in möglichst vielen Bereichen. Aber natürlich wird das Verhältnis von Großbritannien zur Europäischen Union durch den Wunsch, weder dem Binnenmarkt noch der Zollunion anzugehören, nicht so eng sein können, wie es heute ist. Es geht also im Kern um ein sehr tiefgreifendes, detailliertes Freihandelsabkommen, das nach dem derzeitigen Stand der Dinge zu verhandeln ist. Es ist entscheidend, dass die Europäische Union der zukünftig 27 Mitgliedstaaten in den kommenden Monaten genauso gemeinsam auftritt, wie wir das bisher gemacht haben.

Zum anderen werden wir am Freitag mit den 19 Mitgliedstaaten des Euro-Raums tagen und über die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion sprechen; denn nachdem die akute Krise des Euro bewältigt ist und auch Griechenland Chancen hat, sein Programm zu verlassen, nachdem alle Mitgliedstaaten des Euro-Raums wieder wachsen und die Arbeitslosigkeit sinkt, geht es jetzt um die langfristige Absicherung und Stabilität des Währungsraums, um eine Bankenunion, eine Kapitalmarktunion und eine abschließende Struktur der Zusammenarbeit im Euro-Raum.

Dazu gehört die Weiterentwicklung des europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem europäischen Währungsfonds und die Frage, wie wir durch Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und gegebenenfalls zusätzliche Finanzmittel die wirtschaftliche Konvergenz im Euro-Raum verbessern. Denn wie das Wort schon sagt: Es handelt sich um eine Wirtschafts- und Währungsunion und nicht nur um eine Währungsunion. Von einer Wirtschaftsunion sind wir jedoch noch immer weit entfernt; denn eine Wirtschaftsunion ist viel mehr als nur der Binnenmarkt.

Natürlich bleibt die zentrale Verantwortung für die wirtschaft-

liche Stärke dabei bei den Mitgliedstaaten. Haftung und Kontrolle müssen immer Hand in Hand gehen.

Wir haben erlebt, dass das Fehlverhalten eines Landes die Entwicklung aller in Gefahr bringen kann. Damit dies nicht wieder geschieht, brauchen wir eine Gesamtarchitektur der Euro-Zone. Die abschließenden Entscheidungen dazu sollen im Europäischen Rat im Juni gefällt werden.

Wir werden im Juni auch über das Gemeinsame Europäische Asylsystem entscheiden. Außerdem brauchen wir neben der stärkeren und strukturierten Zusammenarbeit in

Fragen der Verteidigung auch viel mehr Gemeinsamkeit in der Außenpolitik. Die anstehenden Probleme zeigen es. Das gilt neben der transatlantischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada natürlich auch für unser Verhältnis zu China und Russland. Dabei muss Deutschland angesichts der vielen internationalen Krisen auch weiterhin ein verlässlicher Partner sein – nicht nur in der EU, sondern auch in der NATO.

Im Koalitionsvertrag bekennen wir uns zu den Zielen des Bündnisses, also auch zu den finanziellen Beiträgen. Für uns ist ein vernetzter Handlungsansatz zentral. Deshalb werden wir die Ausgaben für Entwicklungshilfe und Verteidigung jeweils eins zu eins erhöhen, bis wir das 0,7-Prozent-Ziel bei der ODA-Quote erreicht haben.

Aber mit Blick auf die Verteidigungsausgaben gilt: Wir brauchen eine modern ausgerüstete und einsatzfähige Bundeswehr. Der letzte Bericht des

Wehrbeauftragten zeigt überdeutlich, dass hier noch viel zu tun ist – obwohl wir in den vergangenen vier Jahren eine Wende bei den Ausgaben für Verteidigung vollzogen haben. Wir müssen in diese Richtung weiterarbeiten.

Ich will Ihnen – vielleicht hier manchmal ein Geheimnis, aber eigentlich kein Geheimnis – verraten:

Es gibt in der NATO und in der EU nicht ein einziges Mitgliedsland, das der Meinung ist, dass Deutschland zu viel für seine Verteidigung ausgibt. Ängste vor Übermilitarisierung in Bezug auf Deutschland gibt es außerhalb Deutschlands nirgends.

Lassen Sie mich an dieser Stelle unseren Soldatinnen und Soldaten für ihren Dienst im In- und

Ausland danken und ebenso denen, die für die Entwicklungszusammenarbeit für unser Land rund um den Globus unterwegs sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bewältigung internationaler Spannungen und Konflikte wird uns auch in den nächsten Jahren stark in Anspruch nehmen. Wie sehr, wird schon an wenigen Punkten deutlich. Beispielhaft für eine der akuten Krisen ist der Einsatz des schrecklichen Nervengifts in Großbritannien – einer verbotenen chemischen Substanz. Wir stehen an der Seite Großbritanniens und sind solidarisch. Viele Hinweise deuten auf Russland hin.

Deshalb ist Transparenz von Russland gefragt, um den Verdacht aus der Welt zu schaffen.

Ich wäre froh, wenn ich an dieser Stelle Russland nicht nennen müsste, meine Damen und Herren. Aber wir können Evidenzen nicht auflösen, weil wir Russland nicht nennen wollen; so geht es ja nun auch nicht.

Es gilt, weiter an der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu arbeiten, um die Souveränität der Ukraine zu sichern und das Verhältnis zu Russland wieder auf eine neue Grundlage zu stellen. Der Irak muss stabilisiert werden. Das Sterben in Syrien muss ein Ende finden, und die politische Zukunft Syriens muss angegangen werden; ich habe dazu vorhin schon etwas gesagt.

Libyen muss stabilisiert und unterstützt werden. Die Arbeit für die Erhaltung des iranischen Nuklearabkommens wird uns in den nächsten Wochen zusammen mit Frankreich und Großbritannien sehr beschäftigen.

Nicht zuletzt zum Verhältnis zu unserem europäischen Nachbarn und NATO-Partner, der Türkei: Das ist und bleibt schwierig. Uns verbindet viel mit der Türkei: Über 3 Millionen Menschen in unserem Land haben türkische Wurzeln; unsere Volkswirtschaften sind eng verbunden; wir stehen zusammen im Kampf gegen den Terrorismus; wir arbeiten verlässlich zusammen beim Thema Migration.

Aber in der jüngsten Vergangenheit waren die Beziehungen unserer Länder größten Belastungen ausgesetzt – nicht nur wegen dem, was in Afrin passiert –; denken wir an die Verhaftungen von Deniz Yücel, Peter Steudtner, Mesale Tolu und anderen. Wir freuen uns, dass diese Menschen wieder in Freiheit sind; aber wir werden uns genauso entschieden für die Freiheit derjenigen einsetzen, die noch in Haft sind.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD muss nun mit großer Dringlichkeit in die Tat umgesetzt werden. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt allerdings, dass wir zu Beginn einer Legislaturperiode bei weitem nicht alle Herausforderungen erahnen konnten, die wir in den folgenden vier Jahren bewältigen müssen.

Inzwischen kennen Sie mich. Ich werde jeden Tag von morgens bis abends meine ganze Kraft und Energie nach bestem Wissen und Gewissen dafür einsetzen, das Beste für die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands, für alle Menschen in unserem Land zu erreichen. Denn ich möchte alles dafür tun, dass die Menschen am Ende dieser Legislaturperiode sagen: Die in Berlin haben aus dem Wahlergebnis vom September 2017 etwas gelernt.

Die haben wirklich etwas verstanden und viel Konkretes und Gutes für uns erreicht.

Ich möchte, dass am Ende dieser Legislaturperiode diese Bilanz gezogen wird: Unsere Gesellschaft ist menschlicher geworden, Spaltungen und Polarisierungen konnten verringert, vielleicht sogar überwunden werden, und Zusammenhalt ist neu gewachsen. Ich möchte, dass wir am Ende dieser Legislaturperiode sehen können: Wir haben eine starke Dynamik entfaltet, und Deutschland hat ein gutes Stück des Weges in das digitale Zeitalter bewältigt. Ich möchte, dass am Ende dieser Legislaturperiode erkennbar ist: Wir haben einen neuen Aufbruch für Europa erreicht, und Europa steht gestärkt da.

Ich lade alle, die an diesem Deutschland und Europa mitbauen und mitarbeiten wollen, ein, genau daran mitzuwirken. Dabei leitet mich heute wie am Anfang meiner Kanzlerschaft ein Ansatz, den ich am besten mit meinen eigenen Worten von damals beschreibe – ich darf dazu aus meiner ersten Regierungserklärung vom 30. November 2005 vor diesem Haus zitieren –:

... fragen wir zuerst, was geht, und suchen wir nach dem, was noch nie so gemacht wurde ... Überraschen wir uns also damit, was möglich ist, überraschen wir uns damit, was wir können! ... ich bin überzeugt, Deutschland kann es schaffen.

Heute füge ich hinzu: Deutschland, das sind wir alle.

Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Abgeordnete der CDU/CSU erheben sich)

Der Koalitionsvertrag muss nun mit großer Dringlichkeit umgesetzt werden.

Unsere Zukunft liegt im Zusammenhalt Europas, nicht in Kleinstaaterei.

Generalausprache zur Regierungserklärung / 22. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 21. März 2018

Dr. Alexander Gauland, AfD:

Es gibt keine Pflicht zu Vielfalt und Buntheit



Alexander Gauland (*1941)
Landesliste Brandenburg

In den deutschen Kinos läuft zurzeit der Film „Die dunkelste Stunde“ über den englischen Kriegspremier Winston Churchill. Es ist ein Lehrfilm über die Kraft des Wortes in einer fast ausweglosen Situation, als England sich mit fast leeren Händen und eben leidenschaftlichen Worten verteidigen musste. Nun liegt es mir fern, die Frau Bundeskanzlerin mit dem wortgewaltigen Winston Churchill vergleichen zu wollen, aber ein bisschen mehr Pathos, ein bisschen mehr Tiefgang oder auch das, was Helmut Schmidt einmal kritisch „Vision“ genannt hat, hätte ich mir schon gewünscht, lieber Herr Lindner.

Sie, Frau Bundeskanzlerin, behaupten ja wieder, eine gesplante Gesellschaft versöhnen zu wollen, auch mit der Kraft der Ansprache – die nicht mehr ganz so große Koalition sozusagen als Schmiermittel zur Integration der täglich neu Ankommenden in die Gemeinschaft der schon länger hier Lebenden. Von Deutschen war bei Ihnen schon lange nicht mehr die Rede. Im Manuskript Ihrer Rede habe ich das Wort nicht gefunden, aber Sie haben das erste Mal wieder von Deutschen gesprochen. Das ist der Erfolg der AfD. Ja, ich weiß, einmal in der Legislaturperiode schwören Sie einen Eid. Er gemahnt Sie an die Verpflichtung, Schaden vom deutschen Volk fernzuhalten. Dass Sie das aus unserer Sicht nicht tun, belegen die Koalitionsverhandlungen.

Die Masseneinwanderung, Frau Bundeskanzlerin, geht ungebremst weiter. Eine Obergrenze, gefordert einmal von Ihrem Innenminister, gibt es nicht. Allein der Zufall und die Wetterkonditionen auf dem Mittelmeer entscheiden über die

Zahl der Neuankömmlinge.

„Herrschaft des Unrechts“ hat Ihr Innenminister es einmal genannt und wird darin von einem deutschen Obergericht, dem Oberlandesgericht Koblenz, bestätigt, das in der Begründung seiner Entscheidung vom 14. Februar 2017 die bemerkenswerten Sätze schrieb – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Zwar hat sich der Betroffene durch seine unerlaubte Einreise in die Bundesrepublik ... strafbar gemacht ... Die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik ist in diesem Bereich jedoch seit rund eineinhalb Jahren außer Kraft gesetzt und die illegale Einreise ins Bundesgebiet wird momentan de facto nicht mehr strafrechtlich verfolgt.

Meine Damen und Herren, Frau Bundeskanzlerin: Rechtsbruch als Dauerzustand, und kein Ende abzusehen!

Wenn ich mir Ihren Koalitionsvertrag anschau und mir die Leidenschaft vor Augen führe, mit der erstaunlicherweise besonders Sozialdemokraten den Familiennachzug subsidiär Geschützter, also von Menschen, die kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht haben, durchgesetzt haben – 1 000 pro Monat und Härtefälle obenauf –, frage ich mich, welche Verkäuferin in Dresden oder welcher Bandarbeiter in Wolfsburg daran auch nur das geringste Interesse nimmt. Aber Sie müssen ja wissen, für wen Sie Politik machen.

Weder im Wahlkampf noch im Koalitionsvertrag noch in der Regierungserklärung spielen Attentäter, Messermorde und Vergewaltigungen eine Rolle, auch nicht die Tatsache, dass die Kriminalitätsrate unter Migranten erheblich höher ist als unter Einheimischen, auch nicht die aberwitzigen Kosten – die kommen gar nicht vor – der illegalen Zuwanderung in Höhe von 50 Milliarden Euro jährlich, die das Institut der deutschen Wirtschaft berechnet hat. In dem Land, in dem Sie gut und gerne leben, Frau Bundeskanzlerin, bekommt ein Syrer mit zwei Ehefrauen und sechs Kindern in Pinneberg ein ganzes Haus und üppige Sozialleistungen geschenkt, während immer mehr Deutsche obdachlos werden – allein hier in Berlin gibt es

6 000 davon –, immer mehr Rentner verarmt sind und ihr Essen von Lebensmitteltafeln holen müssen. Wenn das dann nicht zusammengeht, müssen sich die freiwilligen Helfer der Tafeln auch noch beschimpfen lassen – wie kürzlich in Essen.

Ja, Frau Bundeskanzlerin, die Gesellschaft zerfällt. Sie selbst haben im Fernsehen vor No-go-Areas gewarnt. Sie haben gesagt – ich zitiere Sie –:

... solche Räume gibt es. Die muss man dann auch beim Namen nennen und etwas dagegen tun.

Wer, bitte schön, ist „man“, Frau Bundeskanzlerin?

Die Folgen Ihrer Politik der offenen Grenzen holen Sie aber nicht nur in der Innenpolitik ein; denn niemand in Europa will die Folgen dieser Politik tragen. Zu Recht sagen die Polen, Ungarn, Slowaken, Tschechen: Wenn Frau Merkel Menschen nach Deutsch-

land holt, geht uns das nichts an. Wir haben die Einladung nicht ausgesprochen. – Recht haben diese Völker und deren Staatsmänner. Das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes umfasst natürlich auch das Recht, zu bestimmen, mit wem ich zusammenleben will und wen ich in meine Gemeinschaft aufnehmen. Es gibt keine Pflicht zu Vielfalt und Buntheit. Es gibt auch keine Pflicht, meinen Staatsraum mit fremden Menschen zu teilen.

Indem Sie immer von neuem den Versuch machen, Frau Bundeskanzlerin, die Fehler Ihrer Politik anderen aufzubürden, spalten Sie Europa. Herr Tusk haben Sie auf diesem Wege schon verloren, andere werden folgen. Das ruiniert aber schon im Ansatz Ihren Anspruch, die Europäer zusammenzuführen. Und da in der Welt staatlicher Interessen nichts umsonst ist, müssen Sie jetzt Herrn Macron weit entgegenkommen – mit allen möglichen finanzpolitischen Unverdaulichkeiten, die am Ende auf eine Transferunion mit neuen deutschen Lasten hinauslaufen.

Sie haben sich, Frau Bundeskanzlerin, in Europa mit Ihrer Flüchtlingspolitik so weit isoliert, dass Sie dankbar sein müssen,

wenn der französische Präsident Ihre finanziellen Opfer huldvoll entgegennimmt.

Deutschen Interessen, meine Damen und Herren, dient das schon lange nicht mehr. Aber wir folgen ja auch nicht deutschem Interesse, sondern einem imaginären europäischen – wer immer das auch definiert. Und so kann man die Bundeskanzlerin und ihren neuen Außenminister nur an eine Warnung – ja, lachen Sie jetzt gleich! – Otto von Bismarcks erinnern, der einmal feststellte:

Ich habe das Wort „Europa“ immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten ...

Vielleicht fragen Sie mal Ihren Kollegen, den Präsidenten Macron, nach diesem Zitat.

Meine Damen und Herren, auch wenn Sie es anders sehen: Es hat sich in der Außenpolitik seit den Tagen Bismarcks eben nicht so viel geändert, und deswegen kann man sehr gut daran erinnern.

Danke.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Andrea Nahles, SPD:

Wir wollen Konflikte im Land nicht anheizen, sondern lösen



Andrea Nahles (*1970)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Die Welt ist unsicher – das ist kein Gefühl, das ist so –, und das hat konkrete Auswirkungen auf unser Leben. Wir haben diese Bundesregierung – ich spreche hier für die diese Regierung tragenden Fraktionen – gebildet, um die Konflikte, die es gibt, nicht noch weiter anzuhetzen, sondern um sie zu lösen, Brücken zu bauen und auf dieser Basis auch deutsche Interessen zu

vertreten.

Wenn wir darüber reden, was diese Welt unsicher macht, dann müssen wir über die militärischen Konflikte reden, die es derzeit gibt, zum Beispiel in Syrien, mit weitreichenden Konsequenzen auch für unser Land. Aber wir sind auch über das Verhalten unseres Bündnispartners Türkei besorgt. Für Staaten gilt das Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen. Nur in Ausnahmesituationen kann diese Regel etwa durch das Recht zur Selbstverteidigung kurzfristig ausgesetzt werden. Es gibt berechtigte Zweifel, dass ein Angriff durch die syrischen Kurden auf die Türkei erfolgt ist oder eine direkte Bedrohung türkischen Staatsgebietes vorliegt. Weder von der Verhältnismäßigkeit noch von der Dauer her dürfte sich der Einsatz des türkischen Militärs mit dem Recht zur Selbstverteidigung begründen lassen. Dieses völkerrechtswidrige Verhalten halten wir deswegen nicht für akzeptabel.

Auch die bewaffneten Konflikte in Afghanistan, im Irak und in der Ukraine sowie die unsichere Lage auf der koreanischen Halbinsel erfüllen uns mit Sorge und erfordern umsichtiges Vorgehen, aber auch eine klare Haltung. Und ich sage hier: Wir haben einen funktionierenden Kompass. Das kann man leider nicht von allen Fraktionen in diesem Haus sagen, bestimmt nicht von der AfD, die sich vom syrischen Diktator Assad für seine Propagandazwecke hat einspannen lassen.

„Pfui!“, sage ich dazu nur.

Wenn ich sage, wir haben eine unsichere Welt, dann sage ich das durchaus auch vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Konflikte, die Sorgen machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Straßzölle sind nun mal Relikte aus dem 19. Jahrhundert. Sie stellen keine passenden Antworten auf die Probleme

Fortsetzung auf nächster Seite

me des 21. Jahrhunderts dar.

Unser Standpunkt ist klar: Wir brauchen freien und fairen Handel. Er ist gut für alle. Alles andere schadet, übrigens auch den USA. Davon bin ich fest überzeugt.

Ich bin Finanzminister Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Altmaier dankbar, dass sie den direkten Austausch gesucht haben. Aber ich bin der Meinung: Wenn es zur Erhebung von Strafzöllen kommt, dann müssen wir auch entschlossen darauf reagieren.

Genauso entschlossen sollten wir auch an die weiteren Konflikte wirtschaftlicher Art, die es noch gibt, herangehen. Mit Sicherheit eine große Herausforderung stellt der chinesische Staatskapitalismus dar, bei dem man von betrieblicher Mitbestimmung weit entfernt ist. Auf der anderen Seite gibt es Monopole – Silicon Valley lässt grüßen –, die zwar mit Menschenrechtsrhetorik daherkommen, aber nicht bereit sind, hier Steuern zu zahlen und Arbeitnehmerrechte zu wahren. Deswegen sage ich: Es muss Antworten geben, und eine Antwort, die wir haben, ist ein starkes Europa. Das ist einer der wesentlichen Punkte, um die es gehen muss: dieses Europa zu stärken und die Zusammenarbeit in Europa zu verbessern.

Deswegen ist es ein gutes Zeichen, dass sowohl Sie, Frau Bundeskanzlerin, als auch Olaf Scholz, der Vizekanzler und Finanzminister, und auch Heiko Maas, der Bundesaußenminister, sofort nach Amtsantritt nach Paris geflogen sind und dort die Gesprächsfäden aufgegriffen haben; denn nur die Achse Deutschland-Frankreich kann den Zusammenhalt in Europa wirklich vorantreiben.

Es gibt Kräfte in Europa, die viel Zeit und Geld investieren, um Europa zu destabilisieren. Wir, die Bundesrepublik Deutschland, müssen daher Zeit und Geld investieren, um Europa zusammen-

zuhalten. Das ist unsere Verpflichtung und unser Auftrag. Damit das gelingt, muss die Europäische Union gestärkt und reformiert werden; das ist keine Frage. Wir brauchen eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion – die Frau Bundeskanzlerin hat das eben sehr präzise beschrieben –, um die Europäische Union krisenfester und wachstumsfreundlicher zu machen. Wir brauchen aber auch den Aufbau einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Das ist gerade für die Osteuropäer ein ganz entscheidender Punkt. Darüber hinaus brauchen wir eine weitere Angleichung der Lebensverhältnisse. Der nächste Haushalt der Europäischen Union muss ein Investitionshaushalt sein. Außerdem brauchen wir Mindeststandards sozialer Natur, damit dieses Europa zusammenhält. Das ist ein entscheidender Punkt, den wir auch im Koalitionsvertrag niedergelegt haben.

Ich habe gesagt, wir brauchen ein starkes Europa; denn das ist eine Antwort auf die Unsicherheit. Eine weitere Antwort darauf ist, uns selbst zu stärken, auch im Inneren. Stärke entsteht nach meiner Einschätzung durch Zusammenhalt. Den Zusammenhalt in unserem Land zu festigen und gute Perspektiven für die Zukunft aller in unserem Land zu eröffnen, das ist das große Ziel dieser Bundesregierung. Auch hier gilt: Wir wollen die Konflikte, die es in unserer Gesellschaft gibt, nicht noch anheizen, sondern sie lösen; und wir fangen damit bei den Alltagsorgen der Menschen an.

Nehmen wir zum Beispiel eines der Themen, das mir zunehmend begegnet: Zusammenhalt. Das ist zum Beispiel gute Nachbarschaft, ein Zuhause, in dem man sich aufgehoben fühlt, die Nachbarschaft, in der man sich kennt und hilft, der Kiez, in dem die Kinder zur Schule gehen. Das ist Heimat im besten Sinne. Doch in den Bal-

lungszentren steht diese ganz simple Sache Heimat unter Druck. In München-Schwabing in der Agnesstraße zum Beispiel haben Mieterinnen und Mieter das ganz konkret erlebt. Es beginnt damit, dass ein Schreiben ins Haus flattert, in dem Modernisierungsmaßnahmen angekündigt werden: Zentralheizung einbauen, neue Elektroleitungen installieren, Fenster austauschen, Aufzug einbauen, Kellerdecke und Dach dämmen, Balkone vergrößern. Die Mieterhöhung wird gleich mitangekündigt. Da vervierfacht sich die Miete von heute auf morgen von 560 Euro auf rund 2 100 Euro. Das mag ein extremes Beispiel sein, aber es ist real passiert. Es ist auch nicht der einzige Ort in Deutschland, wo so etwas passiert.

Ich glaube, dass die Frage des bezahlbaren Wohnens eine der zentralen sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts geworden ist. Ob in Berlin, in Frankfurt, in Düsseldorf oder in München: Bürgerinnen und Bürger werden durch Luxusanierungen und explodierende Mieten aus ihrer Heimat, aus ihrem angestammten Quartier gedrängt. Das ist absolut nicht akzeptabel. Deswegen wollen wir dagegen vorgehen. Wir wollen extreme Mieterhöhungen nach Modernisierung und Sanierung stoppen. Wir wollen mehr und vor allem bezahlbaren Wohnraum schaffen und jungen Familien mit dem Baukindergeld Unterstützung beim Kauf von Eigentum zukommen lassen. Das ist das Paket, zu dem wir hoffentlich sehr bald Gesetzesinitiativen in diesem Haus beraten können.

Zusammenhalt brauchen wir auch dort, wo Menschen aufeinander angewiesen sind: Das betrifft für mich den Bereich der

Pflege. Viele Pflegerinnen und Pfleger in unserem Land können davon berichten, was es heißt, in der Nachtschicht für 50 Patientinnen und Patienten – teilweise schwerkrank – allein verantwortlich zu sein, von der Angst davor, dass etwas passieren könnte, von der Erleichterung, wenn die Schicht ohne Katastrophe überstanden ist. Ja, die Aufgaben, die im Bereich Gesundheit und Pflege vor uns liegen, sind groß und erfordern die volle Konzentration des zuständigen Ministers, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der nächste Haushalt der Europäischen Union muss ein Investitionshaushalt sein.

Das Ministerium kann die Arbeit sofort aufnehmen; denn wir haben im Koalitionsvertrag zahlreiche konkrete Maßnahmen vereinbart, um die Situation der Pflegenden und der

Pflegekräfte zu verbessern. Zu den Maßnahmen gehören mehr Geld für Pflegepersonal und eine Personalmindestgrenze; das zu betonen, ist sehr wichtig. Neben den 8 000 neuen Fachkraftstellen, die Frau Merkel erwähnt hat, geht es um bessere Löhne über einen Tarifvertrag Soziales sowie um unbürokratische Hilfe für pflegende Angehörige. Schon bald werden uns hier sicherlich erste Gesetzesinitiativen erreichen.

Zusammenhalt bedeutet aus meiner Sicht aber auch, dass wir das Ziel der Vollbeschäftigung anstreben. Das können wir, das werden wir hoffentlich – ich bin sehr optimistisch. Aber das gelingt nicht, wenn wir nicht auch denen endlich eine Perspektive geben, die schon seit vielen Jahren arbeitslos sind, den Langzeitarbeitslosen. Hier ist der entscheidende Punkt, dass wir den Leuten nicht Maßnahmen – das haben wir oft genug getan – für 6 Wochen oder 6 Monate anbieten. Wer das ein paarmal mitgemacht hat, empfindet das als demütigend. Was wir machen wollen, ist, den Menschen über den sozialen Arbeitsmarkt – ich bin sicher, dass Hubi Heil das auch sehr schnell anpacken wird – Arbeit zu geben und Arbeitsverträge mit ihnen abzuschließen. Arbeit ist Würde, und darum geht es hierbei!

Ich bin sehr glücklich darüber, dass wir das gemeinsam verabreden und absichern konnten. Wir haben dies entsprechend finanziert und werden es in allen Jobcentern in Deutschland anbieten können.

Zusammenhalt setzt aber auch einen funktionierenden Generationenvertrag voraus. Wir spielen nicht Jung und Alt gegeneinander aus, sondern schaffen für Jung und Alt Planungssicherheit. Die Stabilisierung des Rentenniveaus ist ja vor allem für die Jüngeren

eine gute Nachricht, die sich nämlich darauf verlassen können müssen, dass die gesetzliche Säule auch in Zukunft die zentrale Säule des deutschen Rentensystems ist, auf die alle, auch die Jüngeren, bauen können. Das ist der entscheidende Vorteil.

Und ich denke, dass im Bereich der Rente insbesondere die Grundrente für langjährig Versicherte ein wesentlicher Baustein zur Verhinderung von Altersarmut sein wird.

Wenn wir über Zusammenhalt reden, heißt das aus meiner Sicht auch, dafür zu sorgen, dass in die Integration von neu zu uns kommenden Menschen investiert wird. Jede Investition in Sprache, in die Integration in den Arbeitsmarkt – die Bundesagentur für Arbeit ist da nicht erfolglos; über 250 000 Menschen sind bereits in den ersten Arbeitsmarkt integriert worden; das ist doch eine sehr positive Entwicklung, die wir weiter verstärken müssen –, jeder Euro, den wir da investieren, ist eine Investition in unsere eigene Zukunft, gerade vor dem Hintergrund der demografischen Situation unseres Landes.

Was wir zudem dringend brauchen, ist ein Einwanderungsgesetz.

Wir wollen ein geordnetes Verfahren, wir wollen steuern; aber wir wollen auch Weltoffenheit, und vor allem brauchen wir die Menschen, die zu uns kommen. Deshalb ist es ja nun – nach vielen, vielen Jahren der Diskussion – ein gemeinsames Projekt geworden, wofür ich mich ausdrücklich bedanken möchte.

Es dürfte in diesem Haus unstrittig sein, dass der Bildungspolitik für die Zukunft unseres Landes eine enorme Bedeutung zukommt. Von der Verbesserung unserer Bildungslandschaft, und zwar von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Weiterbildung, hängt es ab, ob wir in zehn Jahren ein starkes Land mit sicheren Arbeitsplätzen sind. Davon bin ich fest überzeugt. Die ersten Weichen werden in der Bildung früh gestellt. Franziska Giffey wird sich darum bemühen, die frühkindliche Bildung auch qualitativ weiter voranzubringen. Insgesamt investieren wir in dieser Legislaturperiode 11 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung, in Kitas, in digitale Ausstattung, in Ganztagschulen, in Berufsschulen, in Studienplätze, in BAföG, in Meister-BAföG und in Weiterbildung – mit einer nationalen Weiterbildungsstrategie und dem Recht auf Weiterbildungsberatung.

Ich sage an dieser Stelle: Wer die Digitalisierung anpackt, der muss das zusammen mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern machen. Das ist keine rein technische Sache. Wir brauchen auch hier die Gewerkschaften; denn nur



Die europäische und deutsche Fahne wehen vor dem Reichstagsgebäude in Berlin.

so können wir aus meiner Sicht die Stärke unseres Landes auch für die Zukunft bewahren. Deswegen müssen wir die Weiterbildungsstrategie zusammen mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf den Weg bringen.

In der Koalition sind wir uns einig: Wir wollen das Grundgesetz ändern, um die Kommunen dabei zu unterstützen, die Bildungsaufgaben so zu organisieren, dass das Geld in den Schulen vor Ort ankommt. Wir wollen, dass diese Mittel direkt ankommen. Das ist eine große Herausforderung. Ich hoffe, dass wir in diesem Haus für dieses Vorhaben auch von anderen Fraktionen Unterstützung bekommen. Das ist notwendig; denn das ist ein wichtiges Anliegen für unser Land.

Wir müssen den Strukturwandel unserer Wirtschaft vorantreiben. Gerade hinsichtlich Digitalisierung haben wir nun genug angekündigt. Ich denke, jetzt geht es darum, das umzusetzen. Ich glaube, es ist uns allen klar: Wir brauchen Dynamik; die ist an dieser Stelle tatsächlich wichtig. Wir belegen im internationalen Vergleich auch gar keine so schlechten Plätze. Im Bereich Robotisierung zum Beispiel liegen wir weltweit auf Platz fünf. Unser aller Auftrag ist es nun, Potenziale zu heben, damit wir im weltweiten

Vergleich auch in den Bereichen Spitzenniveau erreichen, in denen wir das noch nicht erreicht haben, und das Spitzenniveau in den Bereichen halten, wo wir es erreicht haben. Nichts weniger dürfen wir uns in diesem Sektor für die nächsten Jahre vornehmen; da bin ich mir ganz sicher.

Dynamik brauchen wir auch beim Klimaschutz. Ich will es ganz ehrlich sagen: Ich bin froh, dass wir im Jahr 2019 ein Klimaschutzgesetz beschließen werden; denn es geht darum, ganz konkrete Maßnahmen zu verabreden, wie wir die Klimaziele erreichen wollen. Ich glaube, in diesem Zusammenhang ist auch das Thema Braunkohle wichtig. Noch in diesem Jahr wird die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ihre Arbeit aufnehmen und bis Jahresende einen Plan für die Strukturentwicklung in den Braunkohlegebieten vorlegen. Zugleich soll auch ein Datum für den endgültigen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung vereinbart werden. Wir müssen hier für einen Interessenausgleich stehen: Auf der einen Seite müssen wir den Klimaschutz vorantreiben und auf der anderen Seite die betroffenen Regionen mitnehmen und weiterentwickeln. Für mich sind das gleichrangige Aufgaben. Die Aufgabe ist nicht klein, aber ich bin mir sicher, dass Peter Alt-

maier und Svenja Schulze das sehr gut machen werden; denn sie kommen beide aus Bundesländern, in denen Strukturentwicklung schon fast zur DNA der jeweiligen Regionen gehört. Deswegen ist das Thema bei ihnen sicher in guten Händen; gegebenenfalls werden wir da noch einmal genauer hinschauen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über Zukunft, über Dynamik und über Aufbruch für unser Land reden, müssen wir auch klar sagen: Wir brauchen neue Mobilitätskonzepte. Ich sage an dieser Stelle ganz klar, dass ich noch nicht im Detail weiß, wie wir die Quadratur des Kreises hinkommen können. Ich bin mir aber sicher, dass wir gemeinsam der Auffassung sind, dass wir die betroffenen Kommunen damit nicht hängen lassen können.

Wir können auch – das müssen wir an dieser Stelle klar sagen – die betroffenen Dieselfahrerinnen und Dieselfahrer nicht hängen lassen. Hier gibt es eine Verantwortung der Automobilindustrie. Für mich ist auch klar, Fahrverbote müssen, so gut es geht, vermieden werden. Sie müssen die absolute Ausnahme bleiben. Deswegen sind alle anderen Maßnahmen prioritär.

Der Dieselskandal, aber auch die jüngsten Datenleaks bei Facebook zeigen, dass wir die Rechte

der Verbraucherinnen und Verbraucher in dieser Legislaturperiode noch einmal neu gewichten müssen. Sie haben eine viel größere Bedeutung als in der Vergangenheit. Es wird viel mehr erfasst. Die Möglichkeiten der Konsumentinnen und Konsumenten sind riesig, aber auch die Manipulationsmöglichkeiten sind enorm. Deswegen ist es richtig, dass Katarina Barley als neue Bundesjustizministerin direkt die Initiative für eine Musterfeststellungsklage ergriffen hat. Es gehört für mich nämlich zu einer modernen digitalen Wirtschaft dazu, dass die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt und geschützt werden.

Für eine lebendige Demokratie ist auch die lebendige parlamentarische Arbeit – das geht uns alle hier an – zentral. Dazu werden wir auch das Parlament stärken, beispielsweise indem wir regelmäßige Orientierungsdebatten führen, in denen es jenseits des täglichen Geschäfts um grundsätzliche Fragen geht. Wir wollen auch eine regelmäßige Befragung der Bundeskanzlerin im Plenum durch die Abgeordneten einführen. Ob das gelingt, liegt aber nicht an der Regierung und den die Regierung tragenden Fraktionen alleine. Deswegen laden wir alle hier dazu ein, sich daran zu beteiligen. Denn ich denke, wir

sind uns einig, dass der Bundestag der zentrale Ort der Debatte sein soll.

Die Ministerinnen und Minister können sich bei der Umsetzung der vielen guten Projekte des Koalitionsvertrages auf die SPD-Fraktion verlassen. Das will ich klar sagen. Wir werden das eng begleiten – füge ich hinzu. Im Parlament als Zentrale der politischen Debatte werden wir aber die Interessen und Stimmen der Bürgerinnen und Bürger aus unseren Wahlkreisen, den Verbänden und den Interessenvertretungen aufnehmen und sie in die Beratung der Gesetzentwürfe einbringen. Das führt dann eben manchmal dazu, dass diese Gesetzentwürfe noch einmal geändert werden.

Das ist die Arbeit dieses Parlamentes, die wir leisten müssen, und das ist auch unser Mandat. Für mich heißt diese Arbeit, jeden Tag zu beweisen, dass die parlamentarische Demokratie die beste aller Staatsformen ist. Das müssen wir uns immer klarmachen. Diesen Beweis jeden Tag neu anzutreten, das ist das gemeinsame Ziel dieses Parlamentes.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU/CSU)

Christian Lindner, FDP:

Die Bürger sind der Souverän, und der verdient Respekt



Christian Lindner (* 1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Helmut Kohl regierte 16 Jahre. Er war ein großer Kanzler, der sich um Europa und Deutschland historische Verdienste erworben hat.

Am Ende dieser Wahlperiode, Frau Bundeskanzlerin, werden auch Sie 16 Jahre regiert haben. Aber der Charakter Ihrer Kanzlerschaft ist offen, und Sie selbst sind dafür die beste Zeugin. Ich kann mich nicht erinnern, jemals eine Regierungschefin gehört zu haben, die so oft gesagt hat: „Seien wir

ehrllich“, „Sagen wir die Wahrheit“. Das wirft die Frage nach den vergangenen zwölf Jahren auf.

Der Charakter der Kanzlerschaft ist offen. Werden Sie Europa in der Sicherheits- und Migrationspolitik handlungsfähig machen oder neue Fliehkräfte durch falsche Weichenstellungen in der Währungsunion entfachen? Können Sie den durch Ihre Flüchtlingspolitik entstandenen Vertrauensverlust durch eine vernünftige Einwanderungs- und Integrationspolitik überwinden? Werden Sie die wirtschaftliche Stärke dieses Landes nur verbraucht haben oder die Wettbewerbsfähigkeit sichern? Werden Sie unsere Gesellschaft für die Zukunft gestärkt haben oder den Sozialstaat mit einer Hypothek übergeben? Werden wir nach Ihrer Amtszeit das digitale Neuland betreten haben oder hinnehmen müssen, dass Südkorea und viele andere Gesellschaften uns abgehängt haben?

Diese Fragen entscheiden über den Charakter Ihrer Kanzlerschaft. Nach Ihrer Regierungserklärung

bleibt offen, ob Sie dereinst in einem Atemzug mit Kohl genannt werden oder mit Kiesinger, auf den die wirkliche Erneuerung des Landes folgen musste.

Frau Bundeskanzlerin, wir wünschen Ihnen und Ihrer Regierung bei Ihren Vorhaben im Interesse des Landes Erfolg.

Wir haben Spannendes gehört. Beispielsweise nannte Horst Seehofer Ihre Politik einst die „Herrschaft des Unrechts“. Nun ist er in Ihr Kabinett eingetreten. Er hat als Kabinettsmitglied angekündigt, dass er Abschiebungen forcieren will und dass er die Kontrolle der Grenzen sicherstellen möchte. Herr Seehofer, Ihr niedersächsischer SPD-Amtskollege Boris Pistorius hat Sie einen „Anschneiderweckungspolitiker“ genannt. Ich kann Ihnen versichern: Wenn Sie das Recht durchsetzen wollen, dann werden wir Sie vor jeder Kritik der SPD in Schutz nehmen. Da dürfen Sie sich auf uns verlassen. Aber das Ziel kann nicht die Rückkehr zu Schlagbäumen in Europa sein, sondern Ziel muss die Kon-

trolle der europäischen Außengrenze sein.

Diese Regierung, Herr Minister Seehofer, führt auf Ihre Initiative allerdings auch eine Debatte darüber, ob der Islam zu Deutschland gehört. Wem nützt diese Uneinigkeit? Was soll aus dieser Debatte tatsächlich folgen, aus welcher Antwort auch immer, für die Millionen Muslime, die seit Jahrzehnten in unserem Land leben?

Herr Minister Seehofer, Sie könnten sich bleibende Verdienste erwerben, wenn die CSU sich endlich ihren eigenen Dämonen stellen würde. Machen Sie den Weg frei für ein wirklich weltoffenes Einwanderungsgesetz und eine Integrationspolitik, die Religionen nicht gegeneinander ausspielt, sondern die republikanischen Werte des Grundgesetzes ins Zentrum stellt! Die erlauben keinen Rabatt; die sind aber eben auch nicht konfessionell gebunden.

Der Gesundheitsminister Jens Spahn – auch das war spannend – hat eine Debatte eröffnet, um den Sozialstaat treffsicherer zu machen. Dafür hat er Widerspruch erhalten, – nicht nur Widerspruch von den Grünen, die die Gelegenheit genutzt haben, um sich vom Prinzip des Förderns und Forderns der Agenda 2010 zu verabschieden, und dokumentiert haben, dass sie in Fragen der Sozialpolitik – und das ist ja legitim – der

Linkspartei näher stehen als der SPD, sondern Sie haben auch Widerspruch erhalten aus Ihren eigenen Reihen, der Union.

Was aber ist falsch an der Debatte, die Herr Spahn eröffnet hat? An der Debatte ist nichts falsch. Es stellt sich nur die Frage nach der Konsequenz.

Denn in der Tat: Hartz IV sichert ein Existenzminimum. Sollte es das Existenzminimum nicht sichern, müsste man fragen, was Frau Nahles in den vergangenen vier Jahren gemacht hat. Dennoch kann sich niemand mit Hartz IV zufriedengeben, und deshalb müsste die Regierung doch den Impuls von Herrn Spahn aufnehmen, den Sozialstaat aktivierend neu ausgestalten und dafür sorgen, dass sich jede Stunde zusätzlicher Arbeit für einen Hartz-IV-Empfänger auch wirklich lohnt. Das wäre ein Beitrag zur Leistungsgerechtigkeit.

Die neue Internetbeauftragte Dorothee Bär hat uns Flugtaxi versprochen. Auch das war spannend. Das ist auch eine wünschenswerte Vision für alle Staugeplagten in Deutschland. Andi Scheuer wäre auf einen Schlag alle Sorgen und Probleme los.

Aber wie wäre es, wenn wir zunächst mit den Basics beginnen

Fortsetzung auf nächster Seite

würden, also schnellem Internet oder papierloser Verwaltung, und zwar nicht erst 2025? Dazu ist eine Bündelung von Kompetenzen, sind klare Zuständigkeiten, personelle Kapazitäten notwendig. Und das weiß die Regierung selbst, dass bei wichtigen, prioritären Vorhaben die Kräfte gebündelt werden müssen. Aber aus diesem Wissen hat die Regierung kein Digitalministerium gemacht, sondern das, was Horst Seehofer selbst ein „Heimatmuseum“ nennt.

Manchmal muss man nicht kritisieren, manchmal muss man nur zitieren.

Im Koalitionsvertrag gibt es indessen zweimal Positives zu würdigen – und das darf hier bei einer Regierungserklärung und der Aussprache nicht unerwähnt bleiben :

Erstens gibt es eine Bereitschaft zur Reform des Bildungsföderalismus. Das war am Veto des Grünen Winfried Kretschmann in einer traumatisierenden Phase meines Lebens im vergangenen Jahr gescheitert.

Frau Nahles, ich will Ihnen sagen: Die Freien Demokraten werden die von der Großen Koalition geplante Änderung des Grundgesetzes natürlich unterstützen.

Aber klar ist: Das ist nur ein erster, zaghafter Schritt in die richtige Richtung. Deutschland braucht viel mehr Mobilität, mehr Vergleichbarkeit, mehr Qualität zwischen und in den 16 Bildungssystemen, um tatsächlich international Anschluss zu finden.

Der Digitalpakt der Bundesregierung ist indessen noch nicht in trockenen Tüchern; das muss hier heute gesagt werden. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben bei der letzten Konferenz mit den Ministerpräsidenten am 1. Februar 2018 eingeräumt, dass die 3,5 Milliarden Euro für den Digitalpakt im Koalitionsvertrag noch nicht mit Haushaltsmitteln hinterlegt sind. Das muss man realisieren: Die Mütterrente kommt ganz sicher, die Bildung aber steht unter Finanzierungsvorbehalt. Sie haben gesagt, Sie wollten im Land Spaltungen verhindern und den Zusammenhalt stärken. Eine Politik, die die Großmütter gegen die Enkel ausspielt, die spaltet aber das Land.

Zweitens würdigen wir den neuen Klimarealismus der Koalition: Die Ziele des Jahres 2020 sind physikalisch nicht zu erreichen. Im vergangenen Jahr war dies umstritten.

Aber jetzt fehlt der notwendige nächste Schritt, nämlich innovative und realistische Wege, um wenigstens die Ziele des Jahres 2030

zu erreichen. Dazu ist eine Wende nötig. Statt Planwirtschaft am Reißbrett braucht unser Land einen marktwirtschaftlichen Weg. Also, statt Quoten, Verboten und Subventionen sollten wir den Innovationsmotor der sozialen Marktwirtschaft anwerfen. Welcher Antrieb der beste ist, das muss wieder eine Frage von Technikern werden und darf keine von Technokraten bleiben.

Über 200 Stellen schafft die Regierung für sich selbst im Regierungsapparat. Jenseits des parteipolitischen Bodenturnens charakterisiert das diese Koalition. Der SPD reichen die Mittel des ehemaligen Vizekanzlers Gabriel nicht aus, es muss aufgestockt werden.

Horst Seehofer baut mit dem Heimatministerium ein zweites Vizekanzleramt. Das ist offensichtlich ein Ausdruck eines Misstrauens innerhalb der Regierung. Und es entlarvt, wie Sie Unterschiede überwunden haben: nicht durch Richtungsentscheidungen, sondern durch Geld.

Peter Altmaier hat innerhalb von wenigen Wochen Milliarden aus dem Hut gezaubert. Gegenüber den Jamaika-Verhandlungen hat er innerhalb weniger Wochen Milliarden zusätzlicher Euro gefunden. Man wünscht ihn sich als privaten Vermögensverwalter.

Niemals zuvor hatte eine Regierung einen solchen Verteilungsspielraum wie Sie, und dennoch reicht er nicht, um alle Ihre Ausgabenwünsche zu finanzieren. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln beziffert das drohende Defizit im Jahre 2021 auf 20 Milliarden Euro. Wenn Olaf Scholz nicht aufpasst, dann wird er als der Finanzminister in die Geschichte des Landes eingehen, der es geschafft hat, den Staatshaushalt zu Boomzeiten zu ruinieren.

Wo sind die Antworten auf die neuen Herausforderungen? Wir begrüßen die neue Flexibilität am Arbeitsmarkt; wir begrüßen die Konzentration auf innovative Technologien und Bildung; wir begrüßen die spürbare Entlastung der breiten Mitte des Landes – in Frankreich.

Hierzulande geht es um Mietpreisbremsen, um die Einschränkung der Vertragsfreiheit am Arbeitsmarkt. Es geht um die Erhöhung der Abgeltungsteuer, die Verlängerung des Solidaritätszuschlags und, wie Sie selbst eingeräumt haben, die absehbare Steigerung des Rentenversicherungsbeitrags im nächsten Jahrzehnt.

Also, die Bürokratie, die Macron abbaut, wird in Deutschland aufgebaut. Die Entlastungen, die Frankreich beschließt,

die bleiben in Deutschland aus. 15 Jahre nach der Agenda 2010 kann man sagen: Frankreich ist dabei, deutscher zu werden, und Deutschland ist dabei, französischer zu werden. So haben wir uns die deutsch-französische Annäherung aber nicht vorgestellt, Frau Bundeskanzlerin.

Europa ist ein Friedensprojekt – Sie haben es zu Recht betont –, auch angesichts der Herausforderungen durch China, die Türkei und Russland. Deshalb müssen die Fliehkräfte durch eine andere Migrations- und Sicherheitspolitik bewältigt werden. Die Gefahr aber besteht, dass durch falsche Entscheidungen in der Währungspolitik neue Fliehkräfte entstehen. Deutschland hängt hier an den Lippen Frankreichs. Der Weg von Wolfgang Schäuble wird absehbar verlassen.

Sie selbst haben davon gesprochen, der Euro-Raum benötige zusätzliche Finanzmittel für wirtschaftliche Konvergenz. Das ist eine diplomatische Umschreibung für Transferunion, für Finanzausgleich und Umverteilung.

Das ist wichtig, zu sagen; denn

Volker Kauder, CDU/CSU:

Wirtschaft fördern heißt, die Digitalisierung zu bewältigen



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen

Diese Regierungskoalition – das wird nicht nur in diesem Haus, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern erwartet – gibt Antworten auf die großen Herausforderungen, die vor uns stehen.

Für die großen Herausforderungen möchte ich einige Beispiele nennen.

Die erste große Herausforderung ist Europa. Deshalb steht das Thema Europa auch ganz vorne im Koalitionsvertrag. Europa wird darüber entscheiden, ob wir eine gute Zukunft haben oder nicht. Darin sind wir uns ja einig.

Denn Europa ist für uns notwendig, um deutsche Interessen erfolgreich in der Welt zu vertreten.

auch unsere Partner in den Niederlanden, in den skandinavischen Ländern und im Baltikum sehen diese Politik kritisch. Sie erinnern an die finanzpolitische Eigenverantwortung. Man möge nur das Interview des niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte dieser Tage lesen. Das spaltet Europa, wenn die finanzpolitische Eigenverantwortung infrage gestellt wird.

Und weil Sie über die Bankenunion gesprochen haben, Frau Merkel: Wenn Sie tatsächlich die Einlagensicherung beschließen und die Kunden von Sparkassen und Volksbanken in Deutschland für instabile Institute anderswo in Europa in Mithaftung geraten, dann stärkt das den europäischen Gedanken nicht; dann trägt das vielmehr einen Spaltpilz in das europäische Einigungsprojekt.

Ich begrüße, dass Frau Nahles und die Frau Bundeskanzlerin über den Freihandel gesprochen haben. Also beschließen Sie doch das CETA-Abkommen! Ratifizieren Sie es!

Dann fahren Sie doch, Frau Merkel, nach Washington zu

Herrn Trump und sprechen Sie über einen neuen Deal! Holen Sie TTIP aus dem Eisschrank heraus, und sorgen Sie dafür, dass es einen freien Handel gibt!

Man kann mit Trump sprechen. Man kann mit Herrn Trump Deals erzielen. Was die Nordkoreaner geschafft haben, das schaffen Sie schon lange, Frau Bundeskanzlerin.

Ich komme zu einem letzten, abschließenden Gedanken. Diese Koalition hat von sich gesagt, sie sei eine Koalition der kleinen Leute. – Herr Seehofer nickt. Ich kenne in diesem Land Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen, die bedürftig und auf Hilfe und Solidarität angewiesen sind. Aber wissen Sie, was es in unserem Land nicht gibt? Es gibt keine kleinen Leute, auf die eine Regierung von oben herabschauen kann. Die Bürgerinnen und Bürger sind der Souverän, und der verdient Respekt.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Alleine werden wir das nicht schaffen. Deshalb kommt es jetzt darauf an, dieses Europa wieder dynamisch zu gestalten. Dazu hat Präsident Macron Vorlagen eingebracht, und wir geben darauf Antworten.

Eine Antwort heißt: Ja, wir wollen, dass auch in Europa die Wachstumsimpulse gestärkt werden. Es hat sich in Europa einiges verändert. In Ländern, die große Probleme hatten, sehen wir eine gute Entwicklung. Das muss weiter unterstützt werden.

Dieses Europa muss natürlich auch unsere Handelsinteressen vertreten. Wir werden in der Diskussion mit den Vereinigten Staaten für unsere Interessen keinen Erfolg haben, wenn dieses Europa nicht zusammensteht. Es darf auf keinen Fall passieren, dass ein europäisches Land versucht, andere Lösungen mit Amerika zu finden als wir miteinander.

Deshalb ist dieses Europa für uns von so zentraler Bedeutung.

Einen Hinweis möchte ich dabei geben, nicht um einen Blick zurück zu werfen, sondern um uns für die Zukunft darin zu bestärken, die richtigen Dinge zu machen. Wir hätten manches Problem jetzt nicht, wenn wir bereit gewesen wären, Freihandelsabkommen mit den Vereinigten

Staaten viel konsequenter zu verfolgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das muss uns auch klar werden. Gerade bei dem, was zurzeit in Amerika geschieht, zeigt sich, wie Freihandelsabkommen einen auch schützen können. Deswegen bin ich der Meinung: Wir sollten nun CETA auf jeden Fall auf den Weg bringen und andere Gelegenheiten, Freihandelsabkommen zu schließen, nicht außer Acht lassen.

Wir haben Antworten im Hinblick auf den Reformkurs in Europa gegeben. Aber eines will ich auch deutlich sagen: Ja, wir können uns vorstellen, dass aus dem ESM beispielsweise ein europäischer Währungsfonds entsteht, wie es Macron formuliert hat, aber nur dann, wenn dies einen zusätzlichen Mehrwert bedeutet. Nur für eine Umfirmierung stehen wir nicht zur Verfügung. Des Weiteren werden wir nur dann einer neuen Entwicklung zustimmen – darauf legen wir in der Unionsfraktion großen Wert –, wenn die parlamentarischen Rechte in keiner Weise beschränkt werden.

Wir haben Beteiligungsrechte formuliert, und zwar so stark wie in keinem anderen nationalen Parlament in Europa. Auf diese werden wir aufsetzen. Diese Rechte müssen bei den Entwicklungen

beibehalten werden.

Schauen wir uns eine zweite große Herausforderung an. Wir müssen unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Bevor wir über soziale Fragen sprechen – darauf komme ich noch –, muss klar sein: Wir werden kein einziges soziales Problem wirklich lösen können, wenn wir die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes nicht erhalten.

Zuerst muss erwirtschaftet werden. Dann können wir auch an andere Dinge denken.

Deswegen ist es richtig, dass wir Signale in die Wirtschaft aussenden; die Bundeskanzlerin hat das bereits angesprochen. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch Forschungsförderung stärken. Über viele Jahre hinweg haben wir immer wieder gefordert: Es muss eine steuerliche Forschungsförderung geben. – In dieser Legislaturperiode wird sie kommen.

Sie muss relativ rasch kommen. Das muss eine der ersten Maßnahmen sein, die wir in den nächsten Monaten beschließen.

Die Wirtschaft fördern bedeutet auch, die wahrscheinlich größte gesellschaftliche Herausforderung, die Digitalisierung, zu bewältigen. Wir müssen mit der Wirtschaft darüber sprechen, was jetzt getan werden muss. Aber das Wichtigste ist, dass wir die Infrastruktur schnell ausbauen; denn sie ist die Voraussetzung für die Digitalisierung.

Jetzt erwähne ich etwas, was unser Land über viele Jahre hinweg leider Gottes auch ausgezeichnet hat – mit einer ganz großen Ausnahme –: In unserem Land geht vieles viel zu langsam voran.

Von der Entscheidung, eine Autobahn zu bauen, bis zum ersten Spatenstich vergehen im Schnitt 13 Jahre. Das ist für eine moderne Investitionspolitik entschieden zu lang.

Das haben wir damals, als die deutsche Einheit kam, verändert. Daran müssen wir wieder anknüpfen. Deswegen finde ich es wirklich gut, dass es gelungen ist, im Koalitionsvertrag ein Planungsbeschleunigungsgesetz zu vereinbaren. Wir haben zusätzlich beschlossen, ein paar wenige große Maßnahmen mit einem Maßnahmengesetz voranzubringen. Beide Punkte – Planungsbeschleunigungsgesetz und Maßnahmengesetz – müssen bis zum Ende des Jahres auf den Weg gebracht sein, damit wir die Projekte, die wir haben, auch umsetzen können.

Wenn wir von der Förderung der Wirtschaft sprechen, dürfen

wir das große Thema Fachkräftemangel nicht vergessen. Man kann natürlich mit einem Fachkräfte-einwanderungsgesetz versuchen, das eine oder andere zu erreichen. Ich kann nur sagen: Den größten Teil der Fachkräfte, die wir in der Wirtschaft brauchen, werden wir für unser Land nicht aus dem Ausland bekommen. Diese Menschen müssen wir in unserem eigenen Land ausbilden.

Deshalb ist eine Bildungspolitik, die darauf einen Schwerpunkt setzt, von größter Bedeutung.

Wir haben gesehen, was in Ländern passiert, die eine einseitige Akademisierung betreiben; Spanien ist dafür ein Beispiel. Insofern finde ich es richtig, dass wir diese Regierungskoalition, gesagt haben: Wir werden einen Schwerpunkt auf die duale, sprich: auf die berufliche Bildung legen. Das ist ein wirklich guter Weg, Fachkräfte für unser Land zu gewinnen.

Da hoffe ich, dass wir hierüber mit den Ländern entsprechende Vereinbarungen erzielen können.

Wenn wir über die Digitalisierung sprechen, ist auch klar: Das wird für die Menschen Veränderungen bedeuten. Ich habe von anderen Seiten dieses Hauses wenig darüber gehört, wie man damit umgeht. Insofern ist es völlig richtig, dass wir gesagt haben – da helfen wir der Wirtschaft auch –, dass wir bei der Digitalisierung alles daransetzen werden, dass niemand zurückbleibt. Dies heißt, dass wir Fort- und Weiterbildung in großem Umfang vorantreiben müssen. Daran werden wir uns auch finanziell beteiligen müssen. Sonst wird das vor allem der kleinere Mittelstand nicht schaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, richtig ist auch, dass die Entwicklung in unserem Land auch davon abhängt, dass wir Sicherheit garantieren können. Wir von der Union reden immer auch davon, dass Freiheit ein zentrales Thema unserer Politik ist, etwa die Freiheit, selbst zu entscheiden, wie man sein Leben führen will. Aber zur Freiheit gehört Sicherheit. Ich bin sehr zufrieden mit dem, was wir im Koalitionsvertrag zum Thema Sicherheit miteinander vereinbart haben. Auch das gilt es jetzt ganz schnell umzusetzen.

Jetzt kann man natürlich sagen, Herr Lindner: Bestimmte Themen braucht man gar nicht anzusprechen. Aber ich sage einmal: Es bedeutet für uns eine Herausforderung, dass es in den großen Städten unseres Landes kleinere Bereiche gibt, wo die Durch-

setzung des Rechtsstaats und des Gesetzes nicht so ist, wie wir uns das vorstellen. Das Recht muss durchgesetzt werden, damit Sicherheit in unserem Land tatsächlich entstehen kann.

Dafür braucht man Personal, zum einen bei der Polizei, zum anderen aber auch bei der Justiz. Dazu sind alle nötigen Beschlüsse gefasst, sodass wir die entsprechenden Maßnahmen schnell auf den Weg bringen werden.

Natürlich ist es richtig, was die Bundeskanzlerin gesagt hat: dass wir den Menschen, die aus Bürgerkriegsregionen kommen und die ein Asylrecht haben, hier einen Aufenthalt genehmigen. Aber genauso richtig ist es – auch das ist nichts anderes als Ausdruck des Rechtsstaates –, dass diejenigen, die kein Aufenthaltsrecht haben, unser Land schnellstmöglich verlassen müssen.

Wir haben gesehen, dass dies umso schwerer wird, je schneller Menschen in Gemeinschaften ankommen und dort Freundschaften pflegen; manche Menschen verschwinden auch einfach. Daher ist es richtig, dass wir sagen: Die Verfahren werden in sogenannten AnKER-Einrichtungen schleunigst vorangetrieben; Menschen, die kein Bleiberecht haben, gehen nach Hause. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Das ist im tiefsten Sinne human. Ich habe mich einmal erkundigt, was den Flüchtlingen passiert ist, die auf dem Weg von der Subsahara endlich in Nordafrika angekommen sind: unmenschliche Geschehnisse, ver-

antwortet von Schleuserbanden und von Banden, etwa in Libyen, die diese Menschen in Lagern quälen. Dazu kann ich nur sagen: Das Beste ist, wenn die Menschen erst gar nicht auf die Flucht geschickt werden, sondern wenn sie Zukunftsperspektiven in ihrer Heimat haben.

Dafür werden wir uns einsetzen, und wir werden nicht Schlepperbanden noch motivieren, ihre Aktionen auch in Zukunft fortzuführen.

Ein letzter Punkt. Wir alle sind davon überzeugt, dass wir bei den außenpolitischen Herausforderungen nicht einfach zuschauen können. Ich finde, dass der NATO-Rat sich mit dem, was die Türkei im Augenblick unternimmt, beschäftigen muss.

Die NATO ist nicht nur ein Verteidigungsbündnis, sondern die NATO ist auch ein Wertebündnis, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es kann doch unmöglich sein, dass wir zuschauen, wie ein NATO-Mitglied Menschenrechte verletzt, und genau das geschieht im Augenblick durch die Türkei. Das darf nicht unwidersprochen bleiben.

Ich weiß sehr wohl, dass dieser Satz einfach zu sagen ist. Wir wissen auf der anderen Seite aber auch, welche Gefahren lauern. Einer, der sich riesig darüber freuen würde, wenn die Türkei die NATO verlässt, wäre Putin. Genau das wollen wir auch nicht. Darin liegt eine gewisse Problematik: den Laden zusammenzuhalten und trotzdem das, was im Augenblick

im Norden Syriens geschieht, nicht einfach hinzunehmen. Deswegen werden wir uns mehr auch mit diesen Themen beschäftigen müssen. Ich finde, eine entsprechende außenpolitische Debatte zu den Fragen würde uns gut anstehen.

Es besteht auch ein gewisses Problem, wenn wir sagen – ein Thema von mir –: Wir müssen uns natürlich auch für verfolgte Christen, für Jesiden und andere einsetzen. – Aber das, was dort in Afrin gerade passiert, hat mit dem Schutz von verfolgten Christen herzlich wenig zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deswegen müssen wir uns schon die Frage stellen: Was kann unser Beitrag dazu sein?

Wenn ich mir dies alles anschau, dann muss ich sagen: Es hat lange gedauert. Wir haben ein halbes Jahr gebraucht, bis wir eine Regierung haben bilden können. Jetzt muss einiges an Zeit wieder hereingeholt werden, müssen schnell ein paar Dinge auf den Weg gebracht werden. Aber wenn ich mir anschau, was wir im Koalitionsvertrag vorgelegt haben, dann bin ich ganz sicher: Darin stecken, wenn wir es jetzt richtig machen, alle Möglichkeiten, das Land dynamischer zu machen, einen neuen Aufbruch in Europa hinzubekommen und den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Rassismus und Ausgrenzung gehören nicht zu Deutschland



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Wir haben seit sieben Tagen eine Regierung in Deutschland, und die hat sich in diesen sieben Tagen wirklich von ihrer charmantesten Seite gezeigt. Frau Merkel, Sie haben hier in Ihrer Erklärung davon gesprochen, dass Spaltungen überwunden werden sollen. Ich kann

nur sagen: Das, was in der ersten Woche hier stattgefunden hat, war das blanke Chaos. Wegen der bayerischen Landtagswahl spielt der aus Bayern abgeschobene neue Innenminister hier den harten Hund und macht einen auf Verbalradikalismus.

Soll das die Art und Weise der Arbeitsteilung in den nächsten vier Jahren sein?

Herr Seehofer – im Übrigen gilt das Grundgesetz auch für Innenminister; vielleicht hat Ihnen das noch keiner gesagt, oder Sie waren zu lange weg; ich will es nur mal sagen –, ich hätte mir von Ihnen gewünscht, dass Sie klar sagen, was nicht zu Deutschland gehört. Rassismus, Ausgrenzung und Menschenhass gehören nicht zu Deutschland. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

Ich hätte mir auch gewünscht, dass alle neuen Ministerinnen und

Minister klar sagen, dass wir Armut in unserem reichen Land nicht akzeptieren werden; denn Armut ist immer auch politisches Versagen. Dass Menschen zu Tafeln gehen müssen, ist politisches Versagen, meine Damen und Herren.

Niemand aus dem Bundestag sollte sich arrogant über die Menschen erheben, die dort etwas leisten, wo Regierungspolitik versagt hat.

Eines können wir festhalten: Wenn das so weitergeht, Frau Merkel, werden die letzten vier Jahre Ihrer Amtszeit chaotische Jahre; denn der Anfang war wirklich eine Katastrophe. Es war auch nicht so sehr viel anderes zu erwarten; denn es treffen sich ja hier die Wahlverlierer: Die Union hat 8,6

Fortsetzung auf nächster Seite

Prozent verloren, die SPD hat 5,2 Prozent verloren. Ja, das ist eine reine Notkoalition, die sich hier zusammennut.

Ich zitiere Heribert Prantl, der in der „Süddeutschen Zeitung“ so schön geschrieben hat:

Autorität schafft man nicht dadurch, dass man das Wort „Weiter so“ einfach durch „Erneuerung“ ersetzt.

Da hat der Mann völlig recht.

In dem Koalitionsvertrag steht viel Lyrik, aber entgegen aller Beteuerungen von heute: Er ist ohne Aufbruch und ohne Schwung. Wo Sie sehr schwungvoll waren, das war beim Personal und bei der Einstellungspolitik. Als erste Maßnahme wurden 35 Staatssekretäre und Staatsminister eingestellt, so viele wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Jeder Staatssekretär oder Staatsminister kostet circa eine halbe Million Euro. Das ist doch nicht normal. Bei der SPD ist ja jetzt jeder Staatsminister, Ausschussvorsitzender, Fraktionsvorsitzender, stellvertretender Fraktionsvorsitzender; jeder hat einen Posten bekommen, mit Ausnahme von Sigmar Gabriel und Martin Schulz.

Als nächste Maßnahme werden dann überall erst einmal ordentliche Machtzentren geschaffen. Da werden bei Herrn Seehofer im Innenministerium 100 neue Stellen geschaffen.

Da werden bei Frau Merkel im Kanzleramt 39 neue Stellen geschaffen. Da werden bei Herrn Scholz im Finanzministerium 40 neue Stellen geschaffen. Diese Selbstbedienungsmentalität steht in keiner Relation zu Ihren Wahlergebnissen.

Der Koalitionsvertrag, den Sie hier referiert haben, ist in der Substanz ein Dokument des Weiterso. Wenn man sich ihn anschaut und auch die heutige Regierungserklärung gehört hat, dann kann man da natürlich auch unterstützenswerte Vorhaben finden; das ist unbestritten. Ich habe zwei herausgesucht, die ich, zumindest was die Überschriften betrifft, für ausgesprochen begrüßenswert halte: Kinderarmut endlich entschlossen bekämpfen und beim Thema Europa: Abkehr von der Sparpolitik.

Zur Kinderarmut. Zum ersten Mal steht Kinderarmut in dieser Form im Koalitionsvertrag und dass man in diesem Bereich etwas tun will. Das hat mich auch persönlich sehr gefreut. Seit zwei Jahren haben wir Linke ein Netzwerk gegen Kinderarmut; das hat offensichtlich ein bisschen Wirkung gezeigt. Ich freue mich auch, dass Kinderrechte ins Grundgesetz kommen sollen und über den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Insgesamt sollen 12 Milliarden Euro dafür ausgegeben werden. Das ist in Ordnung.

Ich möchte dennoch darauf verweisen, dass es 2,7 Millionen Kinder gibt, die arm oder von Armut bedroht sind. Das ist natürlich ein Riesenproblem. Da frage ich mich natürlich auch: Wer hat denn in den letzten Jahren die Regierungsverantwortung getragen? Irgendwer ist doch dafür zuständig, dass wir dahin gekommen sind.

Eines möchte ich noch ergänzen: Seit der Einführung von Hartz IV hat sich die Kinderarmut in Deutschland verdoppelt. So viel nur dazu, lieber Herr Spahn, lieber Herr Lindner, dass Hartz IV vor Armut schützen soll. Das ist nämlich nicht der Fall. Seit den Hartz-IV-Gesetzen hat sich die Kinderarmut verdoppelt.

Jetzt haben Sie unter anderem beschlossen, das Kindergeld um 25 Euro zu erhöhen. Zunächst einmal ist interessant, dass es 15 der 25 Euro erst im Jahr 2021, also im Wahljahr, und nicht etwa jetzt geben soll. Das ist wirklich sehr durchsichtig. Außerdem möchte ich betonen: Wir Abgeordnete profitieren von der Kindergelderhöhung, aber bei der alleinerziehenden Mutter, die Hartz IV bekommt, wird die Kindergelderhöhung angerechnet. Meine Damen und Herren, das ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Da fehlen mir beinahe die Worte.

Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Da müssen wir etwas machen. Das spüren die Leute doch, dass dadurch die soziale Spaltung in unserem Land eher verschärft wird. Ändern Sie das! Wir brauchen bei dem Thema Kinderarmut einen Systemwechsel. Eine Kindergrundsicherung wäre notwendig, die wirklich fundamental etwas bewegen kann.

Jedes Kind muss die Chance auf ein gutes Leben haben, und jedes Kind muss uns gleich viel wert sein.

Ich möchte kurz etwas zu Europa sagen. Frau Merkel, Sie haben ja sehr viel dazu gesagt; im Koalitionsvertrag spielt dieses Thema eine noch größere Rolle. Ich möchte festhalten, dass es einen Punkt gibt, wo man die Unaufrichtigkeit deutlich sehen kann. Sie reden vom Ende der Sparpolitik. Olaf Scholz ist aber ein Verfechter der schwarzen Null überall in Europa. Im Kern ist es ja egal, ob die Null schwarz oder rot ist. Eine Null ist nun mal eine Null. Aber der Fetisch des ausgeglichenen Haushaltes hat halb Europa in den Abgrund getrieben.

Aber Sie bleiben ja nicht bei der Null. Sie holen sich – und das ist symbolisch – als Staatssekretär Herrn Jörg Kukies ins Finanzministerium, der von Goldman

Sachs kommt. Die Älteren hier im Bundestag erinnern sich noch: Das ist die Truppe, die beim Bilanzbetrug Griechenlands federführend war, damit Griechenland in die Euro-Zone kommt. Die haben daran verdient. Das ist die Truppe, die fett an der Griechenland-Krise verdient hat.

Goldman Sachs hat auf die Finanzkrise gewettet, meine Damen und Herren. Was ist das denn für ein Symbol? Ich sage das selten, aber schämen Sie sich dafür nicht ein bisschen?

Man muss ja Angst kriegen, wenn Sie Europa höhere Aufmerksamkeit widmen wollen. Ergebnisse Ihrer Politik sind der Brexit und die Ergebnisse in Italien. Das hat doch alles auch etwas mit deutscher Politik zu tun.

Was im Koalitionsvertrag gänzlich fehlt, ist das Thema Umverteilung. Ich glaube, das ist ein zentrales Thema. Offensichtlich kennen Sie das Wort nicht; denn im Koalitionsvertrag steht, dass Sie keine Steuererhöhungen planen – für niemanden, also auch nicht für die Superreichen in diesem Land. Die soziale Spaltung lässt sich aber nicht einfach hinwegwünschen, meine Damen und Herren. Die Steuerungerechtigkeit muss beendet werden. Wir haben ein Steuersystem aus dem vergangenen Jahrhundert, und es gibt da vielfältigen und sehr dringenden Reformbedarf. Es kann doch nicht sein, dass wir zusehen, wie die Zahl der Milliardäre und der Vermögensmillionäre in Deutschland steigt. Bei uns in Deutschland ist es besonders ungerecht: Die 45 reichsten Haushalte in Deutschland besitzen so viel wie die Hälfte der Bevölkerung. Das ist doch nicht normal, meine Damen und Herren; da muss man doch handeln.

Aber Sie trauen sich nicht, sich mit den Konzernen und den Superreichen anzulegen. Vermögensteuer – Fehlanzeige! Erbschaftsteuerreform – Fehlanzeige! Abbau des Mittelstandsbauchs – Fehlanzeige! Abbau der kalten Progression – Fehlanzeige! Finanztransaktionssteuer – noch butterweicher als im letzten Koalitionsvertrag. Das alles ist meines Erachtens ganz schlimm.

Sie haben hier von der Quadratur des Kreises gesprochen; die ist bekanntlich unmöglich. Aber dabei will ich schon noch einmal das Beispiel Diesel nennen. Beim Thema „Diesel und Fahrverbote“ lässt sich Ihre Politik doch wun-

derbar erkennen. Es handelt sich dabei nicht nur um eine ganz gewichtige ökologische Frage, sondern es ist natürlich auch eine zentrale soziale Frage.

Weil Sie sich nicht trauen, die Autokonzerne in die Verantwortung zu nehmen, dürfen die Dieselbesitzer mit Fahrverboten rechnen. Das treibt die Leute im Alltag um, und Sie schauen de facto weg. VW verkündet Riesenrekordgewinne, und Sie schauen weg. Dass die Leute da wütend werden, ist doch logisch, meine Damen und Herren.

Sie haben jetzt tausendmal gesagt: Wir müssen in die Zukunft investieren. – Donnerwetter! Das ist völlig richtig; da haben Sie recht. Darüber reden Sie aber schon seit Jahren, und wir sind immer noch unterhalb des europäischen Durchschnitts. Ich möchte eine Zahl nennen: Sie wollen 5 Milliarden Euro in fünf Jahren in Schulen investieren. Donnerwetter! Wenn ich das aufteile, stelle ich fest, dass nicht einmal in jeder Schule eine Maurerkelle ankommt. Das ist viel zu wenig. Sie müssen endlich klotzen und nicht kleckern.

Das trifft ebenso für die digitale Infrastruktur zu. Das trifft für den Klimaschutz zu. Das trifft für die Pflege zu. Für das, was Sie vorschlagen, loben Sie sich auch noch. Das ist alles viel zu wenig; das weiß hier jeder im Haus. Sie versteigen sich in Flugtaxiträume, aber in den Schulen regnet es weiter durch. Das kann keine vernünftige Politik sein.

Eine nachhaltige Investitionsoffensive, öffentliche und private Investitionen wären notwendig.

Außerdem gründen Sie auch noch Kommissionen ohne Ende. Der alte Satz „Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis“ bekommt hier völlig neue Dimensionen: Rente, Pflege, gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West und, und, und. Ihnen fehlt es am politischen Willen, etwas zu verändern. Das ist der Punkt.

Lassen Sie mich eine Bemerkung zum Osten machen, der mir ja bekanntlich wirklich sehr am Herzen liegt. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben dazu heute – leider – gar nichts gesagt. Im Koalitionsvertrag kommt der Osten in der Präambel und sonst nur als Nahe Osten und als Kosten vor.

Ich finde, das ist ein Problem. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn der Frust darüber besonders wächst. Auch hier wird das Problem nicht mit der Gründung einer Kommission gelöst, sondern es muss gehandelt wer-

den.

Lassen Sie mich auch ein paar wenige Bemerkungen zur Außenpolitik machen; denn es war erstaunlich, mit welcher selbstkritischen Komponente Sie hier agiert haben. Manches teile ich. Dass die UN-Hilfsprogramme gekürzt worden sind, ist ein Unding. Da hätten wir engagierter vorgehen müssen. Aber das Symbol, dass wir als Allererstes in dieser Woche sechs Auslandsmandate der Bundeswehr verlängern, sagt doch ganz viel aus. Sie werden einfach durchgewunken; da gibt es gar keine Diskussion mehr. Ihnen, Frau Merkel, nimmt Ihre Partei im Kern doch übel, dass Sie zu einem gewissen Zeitpunkt Menschlichkeit gezeigt haben. Ich frage mich: Wer trägt Mitverantwortung dafür, dass Menschen flüchten? Richtig, auch die Bundesregierung trägt Mitverantwortung – mit Waffenexporten, mit Kriegseinsätzen, mit obszönen Handelsüberschüssen und mit einer Bündnispolitik, die zum Haarreraufen ist.

Die Türkei – ich bin dankbar, Herr Kauder, dass Sie sie überhaupt erwähnt haben – führt einen völkerrechtswidrigen Krieg und hat Afrin plattgemacht, aber mit deutschen Waffen. Durch Afrin fährt ein Leopard-Panzer. Dieses Symbol ist doch furchtbar für uns; es ist Symbol für ein Versagen der Politik auf diesem Sektor.

Herr Kauder, Sie haben das Wertebündnis angesprochen. Jawohl, stoppen Sie alle Rüstungsexporte dahin! In den letzten Wochen sind gegen andere Beteuerungen 20 Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von 4,4 Millionen Euro genehmigt worden. Tun Sie als Fraktionsvorsitzender etwas! Lassen Sie es nicht zu, dass Ihre Regierung so einen Unsinn macht!

Meine Damen und Herren, von dieser kleinen schwarz-roten Koalition kann man festhalten: Es ist keine große – weder numerisch noch vom politischen Anspruch.

Es gibt keine großen Reformvorhaben, keine grundsätzlichen Änderungen sind geplant. Stattdessen: viele Kommissionen, Flickwerke und projizierter permanenter interner Zoff. Wir können uns auf turbulente Jahre einrichten, weil es weder eine Liebesheirat noch eine Zweckhochzeit ist. Es ist einfach zum Scheitern verurteilt. Seien Sie sich entgegen Ihrer Ankündigung nicht so sicher, dass es nach der nächsten Wahl überhaupt noch für diese Koalition reicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Seit der Einführung von Hartz IV hat sich die Kinderarmut in Deutschland verdoppelt.

Was im Koalitionsvertrag gänzlich fehlt, ist das Thema Umverteilung.

Dr. Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen:

Was lange währt, wird nicht automatisch gut



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Ja, Sie haben recht, wir haben eine lange Regierungsbildung erlebt. Leider ist es so: Was lange währt, wird nicht automatisch gut. Aber ich glaube, dass trotzdem viele Menschen hier in Deutschland und im Ausland froh sind, dass die Unklarheit vorbei ist.

Es kommt jetzt darauf an, was wir – die demokratischen Abgeordneten, die demokratischen Fraktionen – gemeinsam in Opposition und Regierung daraus machen. Denn wir als demokratische Abgeordnete haben ein gemeinsames Interesse. Dieses gemeinsame Interesse ist, dass wir die Identifikation aller Menschen in diesem Land mit dem Rechtsstaat und der Demokratie massiv stärken. Das ist das Interesse der demokratischen Fraktionen hier im Deutschen Bundestag.



Hilfsbedürftige Kinder erhalten zum Schulanfang Schultüten. Rund zwei Millionen Kinder sind von Hartz IV abhängig. „Die Menschen spüren die soziale Spaltung“, kritisierte Dietmar Bartsch (Linke) im Plenum. © dpa

Wir Grüne werden uns mit der Regierung ganz hart auseinandersetzen; denn wir sind in vielen Punkten grundsätzlich anderer Meinung. Wir sind grundsätzlich anderer Meinung bei der Klimapolitik. Wir haben eine grundsätzlich andere Position zu der Flüchtlingspolitik, wie Sie sie inzwischen betreiben. Wir haben auch in vielen Punkten im Bereich der Sozialpolitik eine grundsätzlich andere Haltung. Aber, ich glaube, dass es uns allen guttut, trotz aller heftigen Leidenschaften, die dazugehört, Respekt füreinander zu haben. Wir sollten bei aller eigenen Überzeugung trotzdem auf die Argumente der anderen hören und auf sie eingehen. Es würde dieser Großen Koalition verdammt guttun, wenn sie auch auf das eine oder andere Argument aus der Opposition eingehen und nicht wieder eine schwarz-rote Trutzburg bilden würde.

In der Kürze der Zeit kann ich nur auf ein paar wenige Punkte eingehen. Vorneweg eine kurze Anmerkung zu etwas, was vorhin gesagt worden ist. Herr Gauland, ich weiß nicht, in welchem Jahrhundert Sie leben, aber um nur einen fundamentalen Unterschied zur Zeit von Bismarck zu nennen: Frankreich ist jetzt unser engster Verbündeter; wir führen keinen Krieg mehr gegen Frankreich. Ich glaube, das ist ein relevanter Unterschied, auch wenn Sie es vielleicht noch nicht verstanden ha-

ben.

Eine Anmerkung zu Herrn Lindner. Es tut mir ja leid, dass Sie die Zeit damals traumatisiert hat, aber es tut mir noch mehr leid, dass Sie, wie man Ihrer Rede angemerkt hat, Ihr Trauma leider noch nicht überwunden haben.

Jetzt zur Regierungserklärung von Frau Merkel. Wissen Sie, Frau Merkel, ich habe es sehr geschätzt, in der Regierungserklärung von Ihnen zu hören, dass Sie etwas tun wollen, um sowohl den sozialen als auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in diesem Land zu stärken. Dazu muss ich mir bloß anschauen, wie sich Ihr Kabinett in der vergangenen Woche präsentiert hat. Als ich Ihre Rede hörte, dachte ich spontan: Morgen wird Herr Seehofer entlassen, und übermorgen ist Herr Spahn fällig. Das wäre doch die Konsequenz aus Ihrer Regierungserklärung.

Was hat denn Herr Seehofer als neuer Innenminister gemacht, noch nicht verstehend, welche Verantwortung er trägt? Er hat dazu beigetragen, die Gesellschaft in diesem Land tiefer zu spalten. Deshalb hat der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter recht: Wer solche Aussagen tätigt, ist ein Sicherheitsrisiko.

Herr Seehofer, Ihnen ist es mit Ihren Aussagen gelungen, sowohl dem ganz rechten Rand als auch den Islamisten einen Gefallen zu tun. Das ist wirklich nicht hilfreich. Wissen Sie, was ich von einem Innenminister, der verantwortungsvoll ist, erwarten würde? Von einem Innenminister würde ich erwarten, dass er sich um die realen Probleme kümmert, die es gibt. Nehmen wir zum Beispiel einmal die vernünftige Zusammenarbeit unserer Sicherheitsbehörden. Wir haben hier gemeinsam einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Warum haben wir ihn eingesetzt? Weil der Anschlag auf dem Breitscheidplatz wohl auch auf ein Versagen unserer Sicherheitsbehörden zurückzuführen ist. Wenn Sie sich darum kümmern würden, hätten Sie auch unsere Unterstützung.

Was wir überhaupt nicht brauchen, ist ein Gesundheitsminister, der glaubt, seine Karriere – er ist ja gar nicht konservativ; das ist ja eine Schande für die Konservativen

– im rechten Flügel der Union auf dem Rücken der Schwächsten aufbauen zu können.

Herr Spahn, Sie wissen doch auch, dass die Sätze für das Arbeitslosengeld II seit zehn Jahren künstlich heruntergerechnet werden.

Herr Spahn, Sie wissen doch auch, dass man mit 2,77 Euro pro Tag ein Kind nicht vernünftig ernähren kann. Lassen Sie das doch, und kümmern Sie sich um Ihre eigenen Aufgaben!

Ein Beispiel, was man tun könnte, wäre, sich zu überlegen, was man wirklich bei der Pflege verbessern kann. Frau Merkel hat gesagt, 8 000 zusätzliche Stellen seien ein erster Schritt. Verdammt noch mal! Wir waren doch schon einmal weiter. Es war einmal von 25 000 zusätzlichen Stellen die Rede. Wenn Sie sich darum kümmern würden, dann hätten Sie unsere Unterstützung.

Was ich, ehrlich gesagt, bitter finde an der ganzen Geschichte, ist, dass man von der SPD, wenn die Schwächsten bei uns im Land so diffamiert werden, eigentlich nichts hört.

Frau Nahles, Herr Heil, ich finde es ja gut, wenn Sie sich darum kümmern wollen, dass mehr Menschen in Arbeit

kommen, dass mehr Langzeitarbeitslose in Arbeit kommen. Der Vorschlag eines sozialen Arbeitsmarktes ist eine gute Sache. Aber im Grundgesetz steht nicht: „Die Würde des arbeitenden Menschen ist unantastbar“, sondern: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Deshalb hätte ich erwartet, dass Sie die Ärmsten der Armen gegen Ihren Koalitionspartner verteidigen. Lassen Sie uns gemeinsam für ein Sozialsystem sorgen, das die Würde aller Menschen ins Zentrum stellt. Das wäre die Aufgabe, die ansteht.

Ganz kurz noch zur Klimapolitik. Das Problematische an der Klimapolitik, so wie Sie sie betreiben, ist, dass Sie massiv Vertrauen in unserer Gesellschaft zerstören. Erfolgreiche Klima- oder Umweltpolitik erfordert einen langfristigen Umbau. Sie ist etwas, worin Unternehmen investieren müssen, worauf sich Menschen langfristig einstellen können müssen. Deshalb ist das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Politik so wichtig. Mit dem Kippen des Klimaschutzziels 2020 haben Sie genau diese Verlässlichkeit zerstört. Indem Sie die Tricksereien der Autokonzerne haben durchgehen lassen, haben Sie genau diese Verlässlichkeit zerstört. Wie soll ein Unternehmer, der Millionen in Klimaschutz investieren will, das gegenüber sei-

nen Investoren begründen, wenn sein Konkurrent sich darauf verlassen kann, dass die Durchsetzung der Klimaschutzziele immer und immer wieder verschoben wird? Wie soll denn ein Manager – es gibt auch progressive in der Autoindustrie – durchsetzen, dass endlich moderne, saubere Antriebe produziert werden, wenn Sie zulassen, dass die Tricksereien weitergehen? Ändern Sie das endlich! Dadurch wird Ihre Klimapolitik auch noch eine richtig schlechte Wirtschaftspolitik.

Zum Abschluss noch eins, Herr Kauder. Man könnte noch zu vielen Dingen etwas sagen. Zu Europa müsste man dringend etwas sagen. Hören Sie endlich auf, Macrons Vorschläge immer als Transferunion zu diffamieren!

Herr Kauder, man müsste auch dringend etwas zu dem sagen, was Sie zur NATO, zu Afrin und zur Türkei gesagt haben. Verdammt noch mal: Sie haben ja recht. Aber was macht diese Bundesregierung? Dann muss diese Bundesregierung endlich einmal den NATO-Rat anrufen, anstatt in einer Tour weiter Waffen dorthin zu liefern. Sie sagen hier das Richtige, und das Gegenteil wird von Ihrer Bundesregierung gemacht. Daher erwarte ich von Ihnen als Regierungsfractionen, dass Sie sich durchsetzen.

Deshalb zum Abschluss nur eines: In den ersten Wochen hat man erkennen können, dass die Koalitionsfraktionen und Parteien vor allem mit sich selbst beschäftigt sind: Herr Spahn gegen Annette Kramp-Karrenbauer; Frau Nahles und die SPD waren sowieso mit sich selbst beschäftigt. Bei der CSU gibt es einen Wettbewerb zwischen Seehofer und Söder, wer am weitesten nach rechts ausschlägt. Hören Sie damit auf; denn wir brauchen dringend eine Regierung, die die großen Probleme dieses Landes anpackt. Tun Sie das! Das wünsche ich mir nicht nur als Opposition, das wünsche ich mir vor allem als Bürger dieses Landes.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Christan Petry (SPD), Dr. Alice Weidel (AfD), Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Dr. Frauke Petry (fraktionslos), Gunter Krichbaum (CDU/CSU), Monika Grütters (CDU/CSU), Dr. Marc Jongen (AfD), Martin Rabanus (SPD), Erhard Grundl (Bündnis 90/Die Grünen), Dorothee Bär (CDU/CSU), Uwe Kamann (AfD), Dr. Jens Zimmermann (SPD), Nicola Beer (FDP), Thomas Jarzombek (CDU/CSU), Anke Domscheit-Berg (Die Linke) und Dieter Janecek (Bündnis 90/Die Grünen).

leicht
erklärt!

Wahl in Russland

Wladimir Putin bleibt Präsident



In Russland war eine wichtige Wahl. Und zwar vor ungefähr einer Woche. Genauer: Am 18. März.

Es war die Wahl zum Präsidenten von Russland.

Im folgenden Text steht mehr dazu.

Was macht der russische Präsident?



Der russische Präsident ist der Staats-Chef von Russland.

Das bedeutet:

Er ist der wichtigste Politiker dort. Kein anderer Politiker kann so viel bestimmen.

Seine Aufgaben sind zum Beispiel:

- Er bestimmt über die Politik innerhalb von Russland.
- Er bestimmt, wie Russland mit anderen Ländern umgeht.
- Er ist der Chef von den russischen Soldaten.



Wer ist Wladimir Putin?

Wladimir Putin hat die Wahl gewonnen.

Er ist also der Präsident von Russland. Und zwar für 6 Jahre.

Also bis zum Jahr 2024.

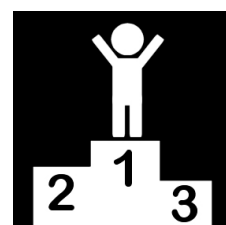
Das ist er nicht zum ersten Mal. Seit dem Jahr 2000 hat er schon 3 Wahlen zum Präsidenten gewonnen.

Und in den Jahren von 1999 bis 2000 und von 2008 bis 2012 war er Minister-Präsident.

Das ist der Leiter von der russischen Regierung. Also von den Politikern, die Russland leiten.

Wladimir Putin ist also seit 20 Jahren der wichtigste Politiker von Russland.

Ergebnisse von der Wahl



Der Präsident wird direkt von den Wählern in Russland gewählt.

Putin hat die Wahl mit sehr guten Ergebnissen gewonnen.



Er hat über 76 Prozent von allen Stimmen bekommen.

Das bedeutet:
Von 100 Wählern haben 76 für Putin gestimmt.

Es gab eine sehr hohe Wahl-Beteiligung. Sie lag bei ungefähr 67 Prozent.

Das bedeutet:
Von 100 Personen, die wählen durften, haben 67 eine Stimme abgegeben.

Gründe für den Sieg



Schon vor der Wahl war sehr sicher: Putin wird gewinnen.

Ein wichtiger Grund dafür ist: Putin ist in Russland sehr beliebt.

Dafür gibt es verschiedene Gründe.

Besseres Leben in Russland

Russland hatte in den Jahren von 1990 bis 2000 eine schwere Zeit.

Früher war Russland der wichtigste Teil von einem Land namens Sowjet-Union.

Die Sowjet-Union war eins der beiden bestimmenden Länder auf der Welt.

Im Jahr 1991 ist die Sowjet-Union in verschiedene Länder zerfallen. Eins davon ist Russland.

Für viele Menschen war das eine gute Nachricht.

Für viele war es aber auch sehr traurig. Denn: Russland konnte plötzlich nicht mehr viel auf der Welt bestimmen.

Der Zerfall von der Sowjet-Union hat dann auch zu vielen Problemen geführt.

Zum Beispiel:

- Viele Verbrechen
- Armut
- Arbeits-Losigkeit



Im Jahr 2000 wurde Putin dann zum ersten Mal Präsident.

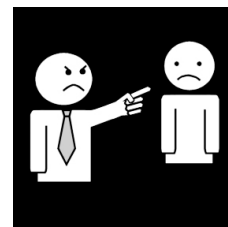
Und heute geht es den Menschen in Russland etwas besser.

Und sie sagen:
Das haben wir Putin zu verdanken.

Man kann nicht genau sagen, ob das stimmt.

Aber: Viele wählen Putin, damit es in Russland noch besser läuft.

Starker Mann



Putin gilt als Mann, der sich durchsetzen kann. Und der sich von Politikern aus anderen Ländern nichts sagen lässt.

Deswegen finden viele Menschen: Er kann Russland gut führen.

Zum Beispiel:



Schon seit längerem gibt es immer wieder Streit zwischen Russland und dem Westen.

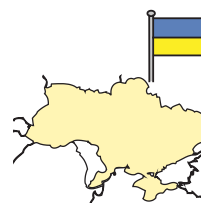
Als „Westen“ bezeichnet man eine Gruppe von Ländern.

Zum Beispiel:

- Die Länder von der Europäischen Union. Also auch Deutschland.
- Die USA

Streit gibt es um verschiedene Dinge.

Zum Beispiel um die Ukraine.



Die Ukraine ist ein Land. Es liegt genau zwischen Russland und der Europäischen Union.

Manche Menschen in der Ukraine wollen enger mit der Europäischen Union zusammen arbeiten.

Andere wollen lieber enger mit Russland zusammen arbeiten.

Einen großen Streit gibt es im Moment auch um einen Mann namens Sergei Skripal.

Er hat früher für Russland gearbeitet. Und zwar als Spion. Später hat er dann als Spion für das Land Groß-Britannien gearbeitet.



Am 4. März wurden er und seine Tochter dort vergiftet.

Die Regierung von Groß-Britannien und andere Länder aus dem Westen glauben: Russland hat das getan.

Russland sagt aber: Das stimmt nicht.

Putin bleibt bei solchen Streitereien oft bei seiner Meinung. Er gibt nicht nach.



Und viele Russen finden: Das zeigt, wie stark Russland ist.

Und deswegen sind sie dann stolz auf ihr Land und auf Putin.

Andere Meinungen zu Putin

Putin ist also in Russland sehr beliebt.

Aber: Es gibt auch andere Meinungen über ihn.



Und zwar in Russland selbst. Dort machen zum Beispiel immer wieder Menschen Demos gegen ihn.

Vor allem aber auch in anderen Ländern.

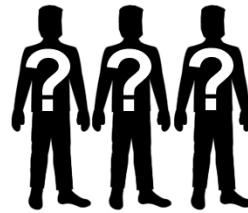
Im Folgenden 4 Beispiele, was die Leute über Putin sagen. Und auch über die Wahl.

1) Keine Chancen-Gleichheit



Für eine Wahl ist wichtig: Es muss mehrere Bewerber geben, die eine Chance haben. Denn: Nur dann ist es auch wirklich eine Wahl.

Viele Menschen sagen: Bei der Wahl in Russland war das nicht so.



Bei der Wahl gab es zwar 8 Bewerber.

Aber schon früh war klar: Niemand hat eine Chance gegen Putin.

Die Bewerber waren entweder nicht sehr bekannt. Oder sie waren nicht sehr beliebt.

Es gibt einen Mann, der ein guter Gegner für Putin gewesen wäre.

Sein Name ist Alexej Nawalny.

Auch er ist sehr beliebt.

Aber: Seine Bewerbung für die Wahl wurde abgelehnt.

Der Grund: Er wurde vor ein paar Jahren von einem Richter bestraft.

Viele, die Putin nicht gut finden, sagen aber: Das war alles nur ein Plan, damit Nawalny nicht bei der Wahl mitmacht.

2) Ungerechter Wahl-Kampf

Der Wahl-Kampf ist die Zeit vor einer Wahl.

In dieser Zeit machen die Politiker, die gewählt werden wollen, Werbung für sich. Sie versuchen, die Wähler von sich zu überzeugen.

Sie erklären zum Beispiel, was sie nach der Wahl alles machen wollen. Und sie machen Versprechen.

Für einen Wahl-Kampf ist wichtig: Alle Bewerber müssen die gleichen Chancen haben, sich den Wählern vorzustellen.

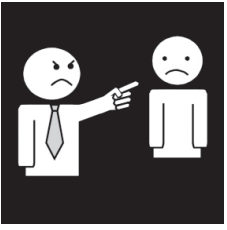
In Russland ist das oft schwierig.

Denn: Dort gehören die meisten Fernseh-Sender zum Staat. Oder sie haben eine sehr gute Meinung von der Regierung.

Darum berichten die Nachrichten sehr häufig gute Dinge über Putin. Und über die anderen Bewerber berichten sie schlechte Dinge.

Das sorgt dafür, dass viele Wähler Putin gut finden.





3) Druck auf Wähler

Bei einer Wahl darf man entscheiden, ob man wählen geht.

Einige Menschen sagen über die Wahl in Russland: Dort war das nicht so.

Sie sagen:

Die Wähler wurden beeinflusst.

Zum Beispiel haben in manchen Firmen die Chefs ihren Mitarbeitern gesagt:

Sie müssen zur Wahl gehen.

Zum Teil sollen Wähler auch Geld bekommen haben, wenn sie zur Wahl gehen.

So etwas kann das Ergebnis von einer Wahl verfälschen.

4) Wahl-Betrug

Manche Menschen vermuten auch: Bei der Wahl wurde betrogen.

Darum hat die OSZE über 500 Personen nach Russland geschickt.

Die OSZE ist eine Gruppe.

Zu ihr gehören alle Länder von Europa und noch ein paar andere Länder.

Auch Russland ist dabei.

Die OSZE kümmert sich um Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Die Leute von der OSZE hatten folgenden Auftrag:

Sie sollten schauen, ob bei der Wahl alles korrekt abläuft.

Dass es also keine Fälschungen gibt. Und keinen Betrug.

Sie haben Folgendes herausgefunden:

Die Wahl lief meistens nach den Regeln ab.

Man hat zwar Betrug bemerkt, aber der hat die Wahl nicht so sehr beeinflusst.

Die Bewerber, der Wahl-Kampf und der Druck auf die Wähler waren ein größeres Problem.



Wie geht es weiter?

Es gibt also verschiedene Meinungen zur Wahl in Russland.

Und dazu, dass Putin Präsident bleibt.

Klar ist aber:

Für die nächsten Jahre bleibt er Präsident.



Russland ist ein wichtiges Land. Für den Westen ist darum die Frage: Wie soll man mit Russland umgehen?

Im Moment ist die Zusammen-Arbeit zwischen Russland und vielen Ländern im Westen schlecht.

Darum finden viele Menschen: Putin muss die Zusammen-Arbeit verbessern.

Viele Menschen glauben aber auch: Viel besser als in den letzten Jahren wird es nicht werden.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Mikhail Klimentyev/TASS/dpa. Portrait Putin: © picture alliance / Mikhail Metzel/TASS/dpa. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 13-14/2018
Die nächste Ausgabe erscheint am 9. April 2018.